



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1974

Grafik des Monats: Sozialprodukt

Aufsätze:

Bevölkerungsereignisse im Bild X
Haushalte und Familien 1970
Industrieumsätze und -löhne
Gebäude und Wohnungen 1972
Rinder- und Schweinehaltung

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Beilage:

Erweiterte Kreiszahlen



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1973	1974	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt Mai bis September			
INDUSTRIE¹					
Produktionsindex	1962 = 100	179	189	+	6
Beschäftigte	1 000	187	188	+	0
Umsatz ²	Mill. DM	1 421	1 678	+	18
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	22	21	-	4
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	8,6	p 7,3	-	15
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 665	1 690	-	37
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	270,7	368,3	+	36
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	224,2	326,2	+	46
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 300	6 334	-	13
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einfuhrpreise	1970 = 100	111,1	144,5	+	30
Grundstoffpreise ³	1962 = 100	119,0 ^a	143,8 ^a	+	21 ^a
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ³	1970 = 100	114,4	130,4	+	14
landwirtschaftlicher Produkte ³	1961/63 = 100	121,5	113,0	-	7
Lebenshaltung ⁴					
insgesamt	1970 = 100	119,0	127,4	+	7
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	118,8	125,8	+	6
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	4 907	5 387	+	10
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	16 959	18 716	+	10
Sparenlagen	Mill. DM	7 308	7 920	+	8
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	90	96	+	7
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	79	85	+	7
Lohnsteuer	Mill. DM	149	181	+	21
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	221	246	+	11

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte 5) an die Nichtbankenkundschaft
6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer
a) April bis August

INHALT 11/12-74

	Seite
Aktuelle Auslese	213
Aus dem Inhalt	214
Aufsätze	
Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle der letzten Jahre	215
Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins in Privat- und Anstaltshaushalten und in den Familien	218
Umsätze und Löhne in der Industrie im Konjunkturablauf 1969 bis 1974	225
Die Struktur der Gebäude und Wohnungen 1972	230
Die Struktur der Rinder- und Schweinehaltung 1973	235
Grafik des Monats	226
Wirtschaftskurven A (allgemein)	240
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Gemeindestatistik Schleswig-Holstein 1970

Teil 4: Landwirtschaft, Heft 2 (Betriebssysteme, Haupterwerbs-
quelle der Inhaber, Besitzverhältnisse, Arbeitskräfte u. a.)
136 Seiten, Preis 7,— DM

Inhalt dieses Jahrgangs siehe 2. Halbseite!

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Monaten

Heft 1 / 1974

Bruttoinlandsprodukt, Kreise
Betriebssysteme Landwirtschaft
Auftragslage im Baugewerbe

Heft 2 / 1974

Zur Reallohnentwicklung
Zur Getreideernte 1973
Güterumschlag in den Häfen
Kapitalgesellschaften
Lohnsteuerpflichtige

Heft 3 / 1974

Bruttoinlandsprodukt
Fachhochschulstudenten
Bauhauptgewerbe
Vermögensteuer

Heft 4 / 1974

Wirtschaftliches Wachstum 1973
Investitionen 1972
Umsätze 1972
Arbeitskräfte Landwirtschaft
Baumschulen
Industrielle Kleinbetriebe
Einzelhandelsumsätze

Heft 5 / 1974

Kommunalwahl 1974 (Teil 1)
Gesundheitswesen
Straßenverkehrsunfälle

Heft 6 / 1974

Kommunalwahl 1974 (Teil 2)
Verarbeitende Industrie
Preisindex für die Lebenshaltung

Heft 7 / 1974

Kommunalwahl 1974 (Teil 3)
Hochbau 1973
Verdienste im Vergleich
Versteuerte Bruttolöhne 1971

Heft 8 / 1974

Ausländer
Betriebsstruktur im Gartenbau
Öffentlicher Tiefbau
Außenhandel

Heft 9/10-1974

Fernpendler
Fremdenverkehr
Beherbergungskapazität
Entwicklung im Handwerk

Heft 11/12-1974

Bevölkerungsereignisse im Bild
Haushalte und Familien 1970
Industrieumsätze und -löhne
Gebäude und Wohnungen 1972
Rinder- und Schweinehaltung



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1974

Aktuelle Auslese



**Frauen leben durchschnittlich
6 Jahre länger als Männer**

Nach den Berechnungen der Sterbetafel 1970/72 beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung in Schleswig-Holstein für ein neugeborenes Mädchen 74,16 Jahre und für einen neugeborenen Jungen 67,96 Jahre. Damit leben die Frauen im Schnitt gut sechs Jahre länger als die Männer.



Es wird wieder gespart

Ungefähr seit Mai 1974 ist in Schleswig-Holstein wieder eine stärkere Sparneigung zu beobachten als im Vorjahr. Von Anfang Mai bis Ende September 1974 erhöhten sich die Spareinlagen bei den Kreditinstituten (ohne Postsparkasse) um 180 Mill. DM auf 8 004 Mill. DM. Dies entspricht einer Zunahme um 2,2 % im Zeitraum von fünf Monaten. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1973 hatten sich die Einlagen um 1,2 % vermindert. Die höchste Zuwachsrate der letzten beiden Jahre entfällt auf August 1974, in dem die Beträge um 69 Mill. DM oder 0,9 % angestiegen sind. Im September 1974 ließ zwar die Sparaktivität ein wenig nach, jedoch erhöhte sich der Spareinlagenbestand noch um 37 Mill. DM (+ 0,5 %).



**Industrielle Entwicklung
Januar bis September 1974**

Während die Entwicklung der Beschäftigtenzahl in der Industrie im Bundesdurchschnitt in den ersten neun Monaten des Jahres 1974 in

bedeutenden Teilbereichen unter dem Einfluß rezessiver Erscheinungen stand, war die Beschäftigungslage in den schleswig-holsteinischen Betrieben im ganzen stabil. Das Niveau im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres wurde voll gehalten, das von 1972 nur wenig unterschritten. Die Bruttosumme der in den ersten neun Monaten dieses Jahres gezahlten Löhne und Gehälter stieg gegenüber dem Vergleichszeitraum 1973 um 12 % an, das Umsatzvolumen erhöhte sich um 19 %. Damit verringerte sich der reine Personalkostenanteil von 21,5 % auf 20,2 % des Umsatzes. Der Wert der exportierten Erzeugnisse erreichte eine Zuwachsrate von 36 %. Demgegenüber expandierte der Inlandsatz um 15 %; das bedeutet – preisbereinigt – eine nur geringe reale Ausweitung des Inlandgeschäfts. Das Volumen des Güterausstoßes der schleswig-holsteinischen Industrie war um 7 % größer als im Vergleichszeitraum 1973. Im Bundesgebiet insgesamt näherte sich das Wachstum der industriellen Produktion dem Nullpunkt.



**Auftragsbestand
im Bauhauptgewerbe**

Der Auftragsbestand im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe war Ende September 1974 um 5 % niedriger als Ende Juni 1974. Zu dieser Entwicklung hat besonders der Hochbau, darunter vor allem der Wohnungsbau (– 11 %) beigetragen. Als einziger Wirtschaftszweig konnte der Straßenbau, wenn der gewerbliche Tiefbau bei der Betrachtung einmal ausgeklammert wird, seinen Auftragsbestand gegenüber dem Vorquartal annähernd halten (– 2 %).

Aus dem Inhalt

Bevölkerungsereignisse im Bild Seite 215

Zwei ganzseitige Grafiken zeigen den Verlauf der Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle und einiger ergänzender Daten monatsweise in Schleswig-Holstein und in Jahresdurchschnitten für das Land und das Bundesgebiet. Der knappe Text weist auf die wesentlichen Veränderungen hin, die in den letzten Jahren gegenüber früher zu beobachten waren, besonders also den Geburtenrückgang.

Haushalte und Familien 1970 Seite 218

Im Unterschied zu der Vielzahl von Volkszählungstabellen, die Aussagen über die einzelnen Personen machen, liegt in diesem Aufsatz das Schwergewicht auf der Darstellung von Kollektiven, hier Haushalten und Familien. Am 27. 5. 1970 lebten in Schleswig-Holstein in 913 000 Haushalten 2,5 Millionen Menschen, weitere 64 000 lebten als Insassen in Anstalten. Rund ein Viertel der Privathaushalte mit 9 % der Bevölkerung bestand aus einer Person, am häufigsten waren mit 28 % der Haushalte die mit zwei Personen, in denen ein Fünftel der Bevölkerung lebte. 44 % der Bevölkerung in Privathaushalten, also etwa 1,1 Millionen Menschen, lebten in Haushalten mit drei oder vier Mitgliedern, zu denen 35 % aller Privathaushalte rechneten. Gegenüber 1961 hat besonders die Zahl der Einpersonenhaushalte auffallend zugenommen; unter diesen Personen sind drei Viertel Frauen. Unter allen Haushaltsvorständen dominieren mit über 600 000 die verheirateten Männer, nächstgrößte Gruppe sind die Verwitweten, überwiegend Frauen. Die Haushalte wurden außer nach der Personenzahl auch nach 9 Typen aufbereitet, die den Verwandtschaftsgrad und die Generationenzahl der darin lebenden Personen berücksichtigen. Diese sehr ergiebige Einteilung und die jeweiligen Zahlen können in Kurzform nicht beschrieben werden. Die andere Typisierung bezieht sich auf die familiären Beziehungen, wobei nur zwei Generationen, nicht drei, als eine Familie angesehen wurden. Ein 3-Generationen-Haushalt beherbergt also zwei Familien. Die 9 Familientypen waren auch 1961 schon gebildet worden, so daß Vergleiche möglich sind.

Industrieumsätze und -löhne Seite 225

Die Entwicklung von Umsätzen und Löhnen (gezählte Lohn- und Gehaltssumme) in der konjunkturrell bewegten

Periode von 1969 bis 1974 zeigt Verschiedenheiten. So erwies sich in der Aufschwungphase die Lohnentwicklung (+ 80 %) als expansiver als die der Umsätze (+ 70 %), die erst gegen Ende dieser Periode aufgeholt haben, ohne jedoch in den betrachteten 5 Jahren den Zuwachs der Löhne gegenüber 1969 zu erreichen. Damit stieg auch die Lohnquote, und zwar von 19 % auf 21 %. Erst im abschwungbedrohten Jahr 1974 stiegen die Umsätze je Beschäftigten mit knapp 17 % deutlich stärker als die Löhne und Gehälter je Beschäftigten (11 %).

Gebäude und Wohnungen 1972 Seite 230

Die Wohnungsstichprobe von 1972 ermöglicht Aussagen über die Struktur auf diesem Gebiet, die sonst nur durch Großzählungen (zuletzt 1968) zu erlangen sind. Die Kriterien sind das Baualter, das Eigentumsverhältnis der Bewohner, die Ausstattung mit Heizung, Bad und WC, die Anzahl der Räume, die Flächengröße und die Mieten. Jedes fünfte Wohngebäude steht erst seit 1965, jedes sechste ist schon im vorigen Jahrhundert entstanden. 60 % aller Wohnungen sind gemietet, von den nach 1968 errichteten nur noch knapp die Hälfte. 53 % aller Wohnungen haben Bad, WC und Sammelheizung, 15 % haben kein WC innerhalb der eigenen Wände. Je ein Drittel der Wohnungen hat 5 oder mehr Räume, 4 Räume und 3 oder weniger Räume. Ebenfalls 33 % sind 80 und mehr qm groß. Die Miete betrug im Durchschnitt 3,19 DM je qm, das sind 34 % mehr als 1968. Altbauwohnungen lagen mit 2,70 DM darunter, Neubauwohnungen (ab 1965) mit 4,08 DM erheblich darüber.

Rinder- und Schweinehaltung Seite 235

Die Dezember-Viehzählung 1973 erlaubte, wie auch früher schon, die Halter und Bestände nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche und nach der Größe des Viehbestandes zu ermitteln und darzustellen. In den letzten 22 Jahren, in denen sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe etwa um ein Drittel verringerte, ging die Zahl der Milchkuhhaltungen auf die Hälfte zurück, die Zahl der Milchkühe aber stieg um ein Fünftel. Noch stärker ist die Wirkung des Rationalisierungszwanges in der Schweinehaltung: weniger als die halbe Zahl an Betrieben, aber das Vierfache an Schweinen. Bei Großhaltungen wirken neue Risiken (Seuchengefahr, Umweltbelastung) bremsend.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle der letzten Jahre

Der Geburtenrückgang der letzten Jahre hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf denjenigen Bereich der amtlichen Statistik gelenkt, der die sogenannten "natürlichen" Bevölkerungsvorgänge verfolgt: Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle. Die beiden hier wiedergegebenen Bilder zeigen die Entwicklung der letzten neun Jahre. Die Grafiken im ersten Bild lassen das monatliche Auf und Ab der für Schleswig-Holstein registrierten statistischen Daten erkennen, in dem zweiten Bild sind die Jahreswerte Schleswig-Holsteins denen des Bundes gegenübergestellt. Die kurzfristigen Schwankungen sind, soweit sie saisonaler Natur sind, in Land und Bund dieselben; deshalb enthält das erste Bild nur Landeszahlen. Soweit die Schwankungen zufällig sind, ist ihr Vergleich zwischen Land und Bund uninteressant. Die langfristigen Trends sind ebenfalls in Land und Bund gleich, doch es bestehen Unterschiede im Niveau. Diese treten jedoch nur bei weitgehend glatten Kurven in Erscheinung, weshalb sich das zweite Bild, das diesen Vergleich ermöglicht, auf Jahreswerte beschränkt.

An der Grafik mit den monatlichen Heiratswerten fällt auf, daß die ehemals hohe Spitze im August fast ganz verschwunden ist. Bis 1969 mußte ein Paar mit Ablauf dieses Monats geheiratet haben, wenn es für das ganze Jahr die steuerlichen Vergünstigungen für Ehepaare in Anspruch nehmen wollte. Die Eheschließungen häufen sich aber weiterhin in den Sommermonaten. Auch im Mai wird viel geheiratet. Dabei wirkt sich sicher mit aus, daß Pfingsten häufig in diesen Monat fällt.

Die zentrale Grafik über die Lebendgeborenen und Gestorbenen zeigt deutlich, wie sich der früher hohe Geburtenüberschuß rasch verminderte und schließlich in sein Gegenteil umschlug. Das um die Jahreswende 1969/70 erstmals festzustellende Mehr an Gestorbenen als Geborenen geht auf die damalige Grippe-Welle zurück. Die jährliche Zahl der Geburten in Schleswig-Holstein ist seit 1966 von 45 900 auf 26 400 gefallen, also um 19 500, das sind 43%. Der Geburtenüberschuß von 16 100 verkehrte sich bis 1973 in ein Geburtendefizit von 5 900: den 32 300 Sterbefällen standen nur 26 400 Geburten gegenüber.

Welches sind die Ursachen dafür? Sie sollen hier nur ganz kurz genannt werden. Eine ist der Altersaufbau der Bevölkerung. Er weist

tiefe Einbuchtungen bei den jüngeren Erwachsenen auf, wodurch die Eheschließungen zurückgingen. Gewichtiger ist jedoch der Wandel im generativen Verhalten. Unterstützt durch die modernen kontrazeptiven Mittel, haben die Menschen ihr Fortpflanzungsverhalten geändert. Kinderarme und kinderlose Ehen wurden häufiger. Dahinter steht der Wunsch nach weniger Kindern und auch einer Verlängerung der Geburtenabstände.

Mit der niedrigeren Zahl jüngerer Menschen ist auch die Zahl der nichtehelich Geborenen gesunken; die ansteigende Kurve, die die Anteile dieser Kinder an allen Lebendgeborenen wiedergibt, möge da keine falschen Vorstellungen erwecken. Die Zahl der nichtehelich geborenen Kinder hat aber lange nicht so stark abgenommen wie die der ehelich geborenen. In Schleswig-Holstein sank die Zahl der nichtehelich Geborenen seit 1966 um 14% auf 1 700. Ehelich kamen statt 44 000 aber nur noch 24 700 zur Welt, 44% weniger! Der Anteil der nichtehelichen Kinder an allen Lebendgeborenen stieg dadurch von 4,3% auf 6,4%. Für den Bund gilt ähnliches.

Im Gegensatz zur Säuglingssterblichkeit hat sich die Totgeborenenhäufigkeit weiterhin günstig entwickelt. Seit 1966 ist die Zahl der Totgeborenen in Schleswig-Holstein wie im Bundesgebiet prozentual stärker als die der Lebendgeborenen gefallen, und zwar um über die Hälfte der Ausgangszahl. Dadurch sank die auf 1 000 insgesamt Geborene bezogene Totgeborenenziffer für Schleswig-Holstein auf 9,6, für den Bund auf 8,9 Fälle.

Unbehagen löst die stagnierende Höhe der Säuglingssterblichkeit aus. 1973 starben im nördlichsten Bundesland von 1 000 Lebendgeborenen 21,5 Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres; die Zahl für den Bund lautet 22,7. Bis Anfang der sechziger Jahre war die Entwicklung dagegen recht positiv verlaufen. 1950 waren in Schleswig-Holstein noch 49 von 1 000 Geborenen gestorben, im Bund 55. 1962 waren es in Schleswig-Holstein nur noch 24 und im Bund 29. Die Gesundheitsverwaltungen planen, über Einzelfallanalysen die Gründe der Stagnation aufzuspüren.

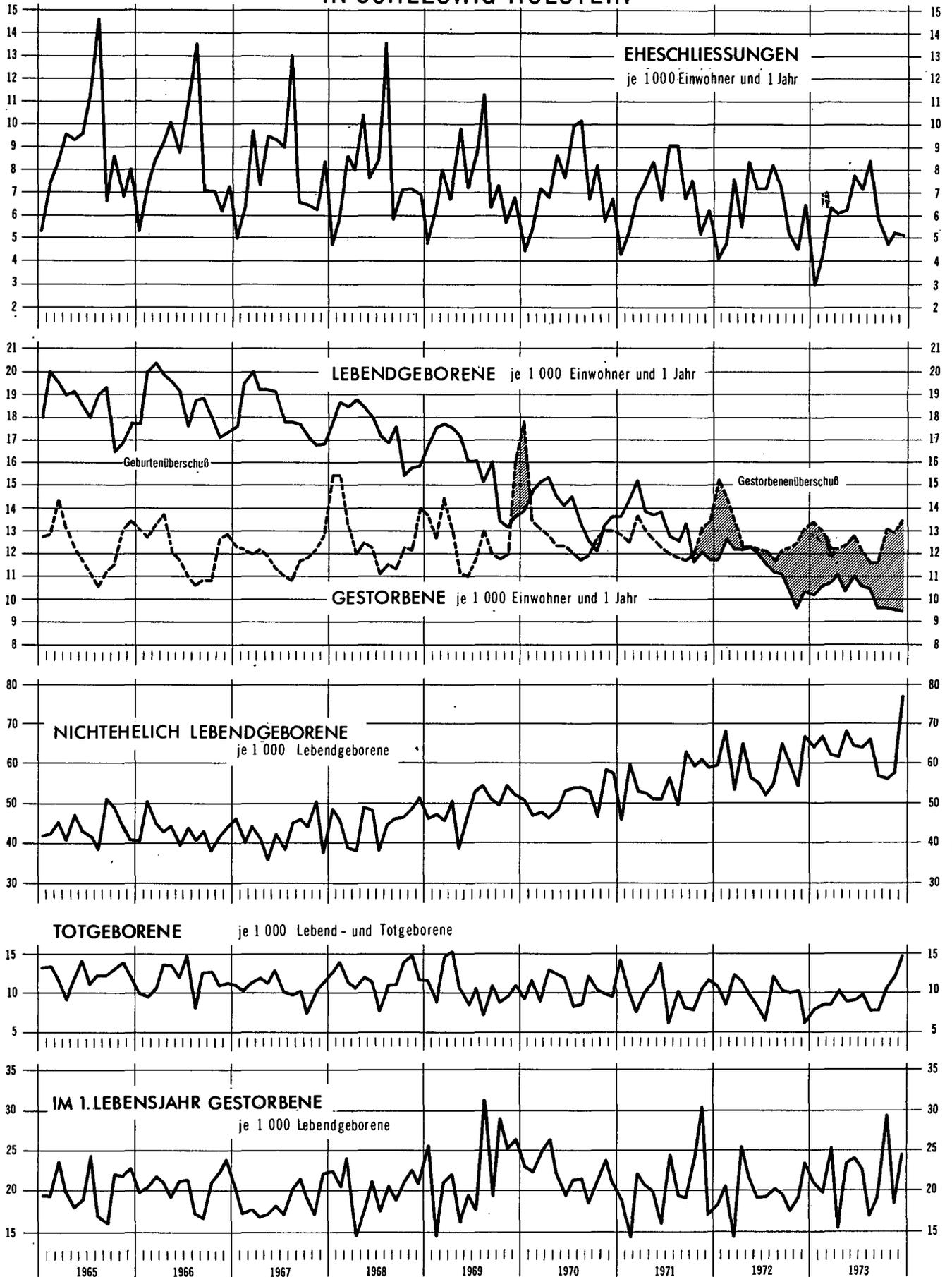
Die erwähnten Grafiken befinden sich auf den beiden folgenden Seiten.

Gustav Thissen

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht A II 1 enthalten. Vergleiche auch: "Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1973" in *Wirtschaft und Statistik* 1974, S. 401 (Juni)

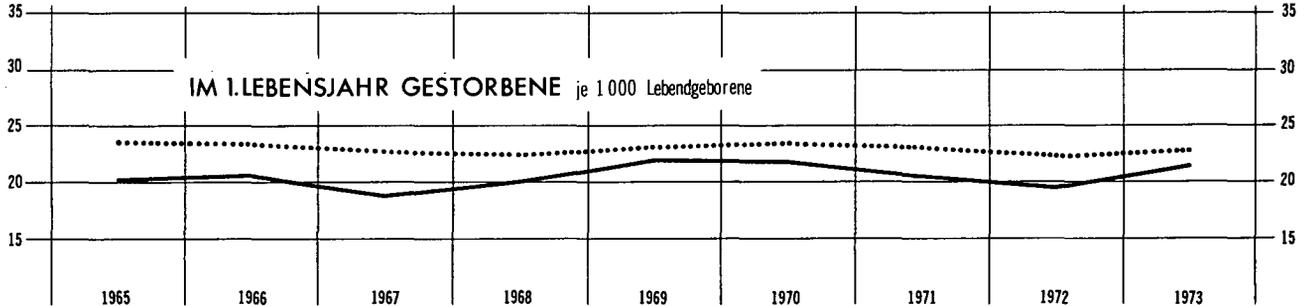
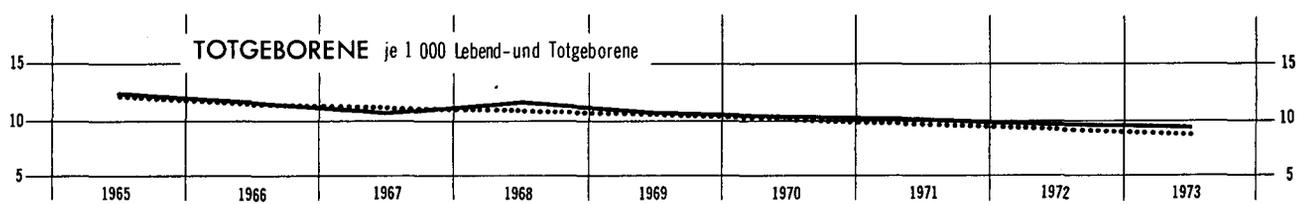
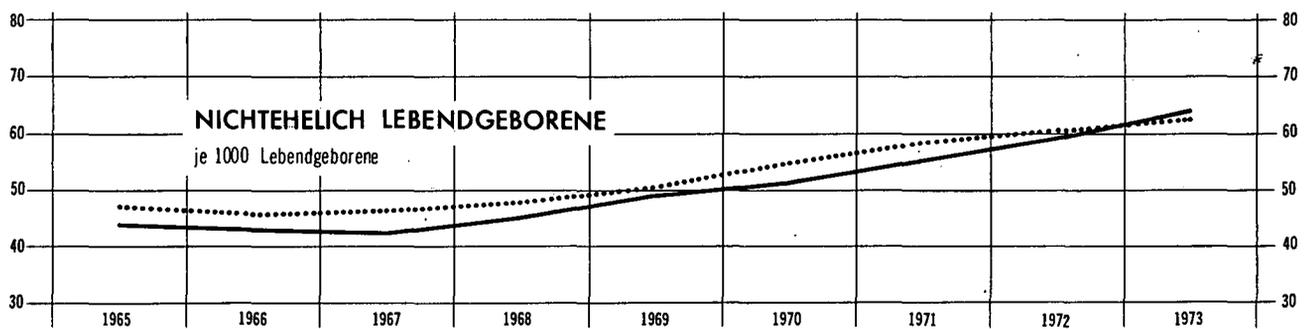
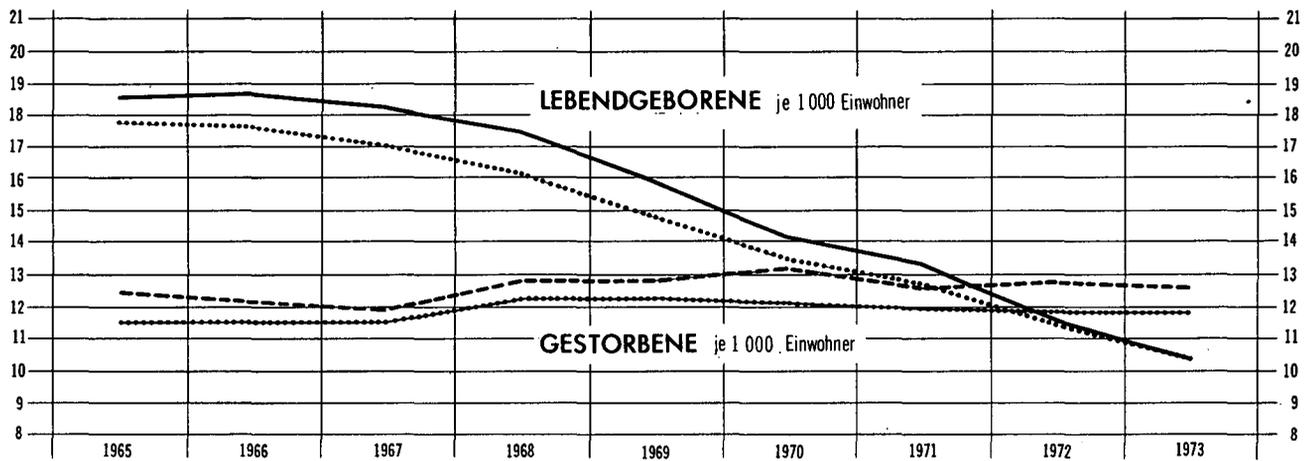
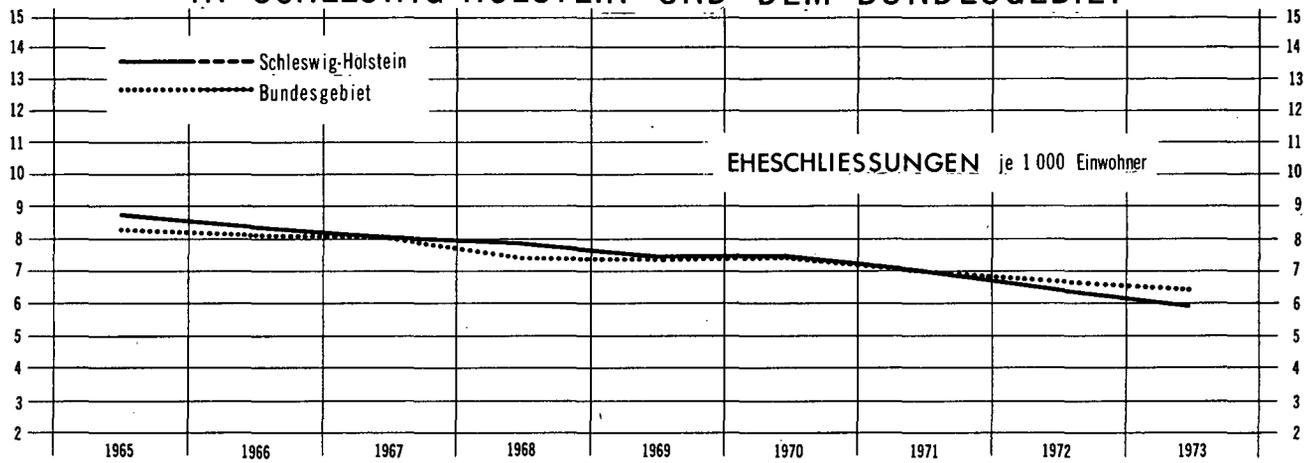
DIE MONATLICHE ENTWICKLUNG WICHTIGER BEVÖLKERUNGSEREIGNISSE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

D - 4635



DIE JÄHRLICHE ENTWICKLUNG WICHTIGER BEVÖLKERUNGSEREIGNISSE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN UND DEM BUNDESGBIET

D - 4636



Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins in Privat- und Anstaltshaushalten und in den Familien

Die tabellarische Aufbereitung einer Volks- und Berufszählung enthält in überwiegender Zahl Tabellen, die sich auf Individuen - also Personen, Erwerbstätige, Pendler usw. - beziehen. Wir finden in den Tabellenfeldern Einzelpersonen, die nach verschiedenen Erhebungsmerkmalen, wie z. B. Geschlecht, Alter, Familienstand zugeordnet wurden. Sie werden in diesen Tabellenwerken dargestellt ohne jegliche Berücksichtigung ihrer Eingliederung in "überpersönliche Gebilde"¹⁾, zu denen insbesondere der Haushalt und die Familie gehören.

Mit der Haushalts- und Familienstatistik wird diese individualstatistische Datenaufbereitung verlassen und der Weg der zahlenmäßigen Darstellung von Menschengruppen, Kollektiven, beschritten. Dies beginnt im Rahmen der Haushaltsstatistik mit der einfachen Trennung in Privat- und Anstaltshaushalte und der Darstellung der Privathaushalte nach ihrer Größe (Zahl der Personen im Haushalt) und nach Merkmalen des Haushaltsvorstandes. Die moderne Haushaltsstatistik gibt sich damit nicht zufrieden und versucht, ausgehend von der Tatsache, daß die Haushalte sich sehr unterschiedlich zusammensetzen, ihre verschiedenartigen Strukturen statistisch darzustellen. Dies geschieht in der deutschen Statistik zur Zeit über den Weg der Bildung von Haushalts- und Familientypen.

Bevölkerung in Privathaushalten

Als Privathaushalt zählte jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine gemeinsame Hauswirtschaft führt, sowie jede für sich allein wirtschaftende Einzelperson (z. B. ein Untermieter).

Die Bevölkerung in Privathaushalten umfaßte in der Regel alle in privaten Haushalten lebenden Personen ("Wohnberechtigte Bevölkerung"²⁾) einschließlich der nicht zur Familie gehörenden, im Haushalt lebenden Personen. Bei Personen mit mehreren Wohnsitzen spielte es keine Rolle, in welcher Gemeinde sie sich überwiegend aufhielten, sie zählen in jeder Gemeinde, in der sie einen Wohnsitz innehaben, zur "wohnberechtigten Bevölkerung" und damit auch zur "Bevölkerung in Privathaushalten". So gehörte z. B. der abwesende

Haushaltsvorstand, der in einer anderen Gemeinde seiner Arbeit nachgeht und dort eine zweite Unterkunft hat, zwei Haushalten an. Einmal zählte er zum Mehrpersonenhaushalt seiner Familie, zum anderen bildete er am Arbeitsort einen Einpersonenhaushalt. Diese Regelung galt allerdings nicht für wirtschaftlich von den Eltern unabhängige "Kinder" ab 25 Jahren, wenn sie anderswo zur Wohnbevölkerung gehörten. Sie wurden nicht mehr dem elterlichen Haushalt zugerechnet, auch wenn sie dort vielleicht aus Gründen einer fortbestehenden Verbundenheit mit dem Elternhaus noch in einem Volkszählungsbogen von den Eltern aufgeführt worden waren.

Auch wurde von der mehrfachen Zuordnung abgesehen, wenn alle Haushaltsmitglieder überwiegend in einer anderen Gemeinde lebten bzw. von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gingen. Sie wurden dann an dem Ort, an dem sie sich nur zeitweilig aufhielten, nicht zur Bevölkerung in Privathaushalten gerechnet. Das trifft besonders für die in Schleswig-Holstein nicht seltenen Ferien- und Wochenendunterkünfte (Ferienhäuser oder auch nur Zweitwohnungen) zu. Als Folge dieser Sonderregelungen ergibt es sich, daß die Summe der Personen in Privathaushalten und in Anstalten nicht die gesamte wohnberechtigte Bevölkerung ergibt.

Die Volkszählung im Jahre 1961 hatte dagegen zur Bevölkerung in Haushalten nur solche Personen gerechnet, die zur Wohnbevölkerung der entsprechenden Gemeinde zählten. Doppelzählungen, wie sie sich durch die Haushaltsstatistik 1970 ergeben, waren dabei unmöglich. Allerdings bringen die Ergebnisse dieser Regelung nicht zum Ausdruck, daß Personen mit zwei Wohnsitzen an beiden Orten Wohnraum belegen und Einrichtungen, Dienste und Infrastruktureinrichtungen beider Gemeinden in Anspruch nehmen.

Privathaushalte nach der Größe

Am 27. Mai 1970 wurde in Schleswig-Holstein eine Bevölkerung in Privathaushalten von 2 484 500 Personen gezählt. Sie lebten in 912 662 Haushalten, weitere 63 900 lebten in Anstalten.

Rund ein Viertel der Haushalte waren 1970 Einpersonenhaushalte (1961 etwa ein Fünftel), in denen 9% der Bevölkerung in Privathaushalten lebten. Am häufigsten sind mit 28%

1) G. Mackenroth, "Bevölkerungslehre", S. 26

2) siehe auch "Zur bevölkerungsstatistischen Terminologie der Volkszählung 1970", in dieser Zeitschrift 1973, S. 78 (April)

Privathaushalte

Haushaltsgröße	Haushalte		Personen	
	in 1 000	in %	in 1 000	in %
1961¹				
1	176	21,8	176	7,8
2	228	28,3	457	20,3
3	171	21,2	513	22,8
4	125	15,5	499	22,2
5 und mehr	106	13,1	604	26,8
Insgesamt	806	100	2 249	100
1970²				
1	227	24,9	227	9,1
2	253	27,7	505	20,3
3	174	19,1	522	21,0
4	145	15,9	580	23,3
5 und mehr	114	12,5	650	26,2
Insgesamt	913	100	2 484	100

1) 1961 = Wohnbevölkerung

2) 1970 = wohnberechtigte Bevölkerung

die 2-Personenhaushalte vertreten, in denen allerdings nur ein Fünftel der Bevölkerung in Privathaushalten lebt. 44% der Bevölkerung in Privathaushalten, etwa 1,1 Millionen Menschen, lebten in 3- und 4-Personenhaushalten, zu denen 35% aller Haushalte rechnen.

Der Vergleich mit 1961 ist durch den Wechsel des Bevölkerungsbegriffs - 1961: Wohnbevölkerung, 1970: wohnberechtigte Bevölkerung - gestört. Dieser Definitionswechsel hat allerdings keine Auswirkung auf die Gesamtzahl der Privathaushalte. Er hat lediglich Auswirkungen auf die Zahl der in ihnen lebenden Personen - und damit auch auf die Haushaltsgröße.

Die Gesamtzahl der Privathaushalte hat um 106 000 oder 12% zugenommen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 1961 noch 2,80 Personen. Hätte man 1970 gleichfalls nur die Wohnbevölkerung in den Haushalten gezählt, so betrüge die durchschnittliche Haushaltsgröße 2,66 Personen. Legt man die wohnberechtigte Bevölkerung zugrunde, sind es dagegen 2,72 Personen pro Privathaushalt.

Die Zahl der Einpersonenhaushalte hat gegenüber 1961 um rund 50 000 = 29% zugenommen. Die Zunahme ist in Wirklichkeit noch größer, denn die jetzt verwendete Zählweise "Wohnberechtigte" macht manchen Haushalt, der 1961 als Einpersonenhaushalt galt, zu einem Mehrpersonenhaushalt (z. B. rechnete ein Haushalt, der aus 2 Personen besteht - davon eine "wohnberechtigt", 1961 zu den Einpersonenhaushalten, 1970 zu den 2-Personenhaushalten). Entsprechende Verschiebungen durch Doppelzählungen als Folge der Einbeziehung der Wohnberechtigten 1970 ergeben sich selbstverständlich auch bei den übrigen

Haushaltsgrößen. Trotzdem bleibt doch auffällig die erhebliche absolute und relative Zunahme bei den 4-Personenhaushalten. In dieser Haushaltsgröße finden wir unter anderem den häufigen Familientyp der Eltern- generation mit 2 Kindern.

Privathaushalte nach Familienstand und Alter des Haushaltsvorstandes

Der größte Teil der rund 913 000 Vorstände von Privathaushalten - nämlich 618 000 oder zwei Drittel aller - sind verheiratet. Von diesen verheirateten Haushaltsvorständen sind fast 98% - 606 000 - männlich.

Privathaushalte 1970 nach dem Familienstand des Haushaltsvorstandes

Familienstand	Haushaltsvorstände insgesamt		davon			
	in 1 000	%	männlich		weiblich	
	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%
Alle Haushalte						
ledig	76,5	8,4	31,0	4,6	45,5	19,1
verheiratet	618,2	67,7	605,6	89,9	12,6	5,3
verwitwet	177,5	19,4	25,1	3,7	152,4	63,8
geschieden	40,5	4,4	12,2	1,8	28,3	11,9
Insgesamt	912,7	100	673,9	100	238,7	100
Einpersonenhaushalte						
ledig	62,0	27,3	25,1	43,3	37,0	21,9
verheiratet	12,4	5,5	7,5	12,9	5,0	3,0
verwitwet	129,0	56,9	16,7	28,8	112,3	66,5
geschieden	23,4	10,3	8,8	15,2	14,6	8,6
Zusammen	226,8	100	58,0	100	168,8	100
Mehrpersonenhaushalte						
ledig	14,5	2,1	6,0	1,0	8,5	12,2
verheiratet	605,8	88,3	598,2	97,1	7,6	10,9
verwitwet	48,5	7,1	8,4	1,4	40,1	57,4
geschieden	17,1	2,5	3,4	0,6	13,7	19,6
Zusammen	685,9	100	616,0	100	69,9	100

In Anbetracht des Verfassungsgrundsatzes der Gleichberechtigung von Mann und Frau war es bei der Zählung beider Ehepartnern freigestellt, sich als Haushaltsvorstand einzutragen. Auch beide gleichzeitig konnten sich als Vorstand eines Haushaltes eintragen³. Von dieser Möglichkeit hat nur ein kleiner Teil der Ehepaare Gebrauch gemacht. Ihre Zahl wurde nicht gesondert ausgezählt. Immerhin dürften es nach einer Schätzung (ein gewisser quantitativer Anhaltspunkt ergab

3) Der Fragebogen enthielt folgenden Hinweis:

Haushaltsvorstand (HV) können sein:

- a) Beide Ehegatten
- b) Ein Ehegatte allein, soweit nicht beide sich als HV betrachten
- c) Jede andere Person, die allein oder mit anderen gemeinsam einen Haushalt führt

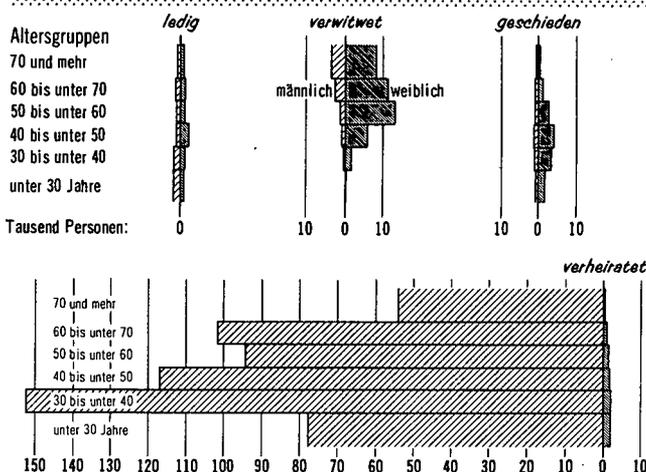
sich während der Aufbereitungsarbeiten) etwa 50 000 bis 60 000 Ehepaare gewesen sein, die sich gemeinsam als Vorstände des Haushalts eintrugen. Es fiel auf, daß solche Eintragungen bei den jüngeren Ehepaaren und in den Städten häufiger waren. Aber auch in diesen Fällen wurde in den tabellarischen Darstellungen nach dem Familienstand des Haushaltsvorstandes nur der Mann als Haushaltsvorstand gezählt. So verblieben 13 000 Frauen als verheiratete Haushaltsvorstände. Bei diesen 13 000 Frauen können zwei unterschiedliche, allerdings quantitativ nicht bestimmbare Tatbestände, vorliegen: Es handelt sich entweder um den weiblichen Partner eines zusammenlebenden Ehepaares, der sich ausdrücklich und allein als Haushaltsvorstand ansah und entsprechende Eintragungen vornahm. Oder aber es handelte sich um eine allein lebende Ehefrau, deren Mann überwiegend, z. B. zur Berufsausübung oder zum Studium, in einer anderen Gemeinde lebte und für den am Familienwohnsitz kein Volkszählungsbogen ausgefüllt wurde. Dies kann irrtümlich und entgegen der gegebenen Anweisung geschehen sein, daß Personen, die mehr als eine Wohnung haben, an jedem Ort einen Fragebogen ausfüllen sollen. Oft dürfte man auch von der Annahme ausgegangen sein, daß der in einer weiteren Wohnung lebende Ehepartner ja in jener Wohnung gezählt werde. In vielen Fällen, und zwar dort, wo sich noch verheiratete Paare in Scheidung befanden oder wegen Zerrüttung der Ehe bereits getrennt lebten, wird man aber auch bewußt ein ortsabwesendes Mitglied des Haushalts nicht eingetragen haben.

Die zweite Tabelle und das Bild zeigen deutlich die Größenordnungen, insbesondere die vorherrschende Bedeutung der Haushalte mit verheirateten Männern als Haushaltsvorstand. Die nächstgrößte Gruppe ist die der verwitweten Haushaltsvorstände - insgesamt 178 000, von denen 152 000 = 86% Frauen sind. 74% davon leben in Einzelhaushalten. Ein Blick auf die grafische Darstellung zeigt, daß es sich hier hauptsächlich um ältere Frauen handelt. Die höhere weibliche Lebenserwartung und das niedrigere Heiratsalter muß oft mit dem Schicksal des Witwentums bezahlt werden: Der zweite Weltkrieg hat darüber hinaus noch viele Frauen zu Kriegerwitwen gemacht. Diese Frauen, die damals in jungen Jahren ihren Mann verloren und in Anbetracht des Frauenüberschusses ihrer Jahrgänge häufig nicht zu einer zweiten Eheschließung kamen, befinden sich nunmehr in einem Lebensalter höher als 45 Jahre⁴. Demgegenüber fällt die Zahl von 25 000 verwitweten männlichen Haus-

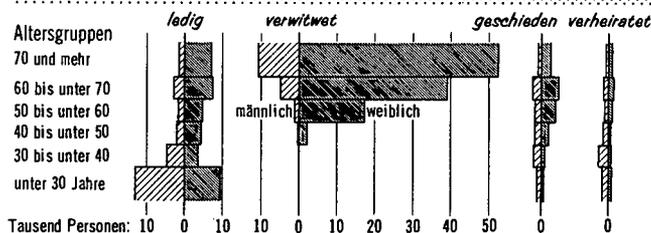
4) siehe auch "Die Altersgliederung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung" in dieser Zeitschrift 1972, S. 10 (Januar)

Haushaltsvorstände der Privathaushalte nach Familienstand, Alter und Geschlecht Volkszählung 1970

der Mehrpersonenhaushalte



der Einpersonenhaushalte



haltungsvorständen, 67% davon in Einzelhaushalten, wenig ins Gewicht.

Auch bei den geschiedenen Haushaltsvorständen überwiegen die Frauen, allerdings nicht in dem Umfange wie bei den verwitweten. Von 40 500 geschiedenen Haushaltsvorständen waren 28 300 = 70% Frauen, von denen gut die Hälfte allein lebt. Die Grafik zeigt, daß es sich auch hier vorwiegend um Angehörige der mittleren und höheren Altersklassen handelt.

Eine besondere Struktur zeigen die bereits erwähnten 227 000 Einpersonenhaushalte (siehe auch das Bild). Hier überwiegt mit mehr als drei Vierteln das weibliche Geschlecht: 169 000 Frauen gegenüber 58 000 Männer. Von den Frauen sind 67% verwitwet. Wie die grafische Darstellung der Altersstruktur der in Einpersonenhaushalten Lebenden zeigt, finden wir hier eine starke Massierung bei den Frauen im höheren Alter: 69% der Frauen in Einpersonenhaushalten - 116 000 - sind älter als 60 Jahre. Hiervon sind 79% Witwen. Demgegenüber gibt es nur 23 500

Männer im Alter von 60 und mehr Jahren, die allein wohnen. Eine weitere größere Gruppe im Bereich der Einpersonenhaushalte sind die Ledigen mit 62 000 Personen. 36% davon befinden sich im Alter unter 30 Jahren (12 900 Männer und 9 500 Frauen).

Wohnbevölkerung im Anstaltsbereich⁵

In den fast 1 000 in Schleswig-Holstein in die Zählung einbezogenen Anstalten wurde eine Wohnbevölkerung von 67 700 Personen gezählt. Dazu rechneten alle Personen, die im Anstaltsbereich wohnten, Personal und Insassen, unabhängig davon, ob sie die Gemeinschaftseinrichtungen der Anstalt benutzten oder einen eigenen Haushalt führten. Letztere Gruppe wurde als die Bevölkerung in Privathaushalten im Anstaltsbereich bezeichnet, zu ihr gehörten 4 750 Personen. Zu diesem Personenkreis gehörten unter anderem die Haushalte des Anstaltspersonals, wie z. B. der des Anstaltsleiters oder die des Küchenpersonals. Entscheidend war, daß diese Personen im Anstaltsbereich nach dem Meldegesetz meldepflichtig waren. Nicht in der Anstalt gezählt wurden die Personen, die dort nur vorübergehend untergebracht waren, wie z. B. die Patienten in den Krankenhäusern, Kinder in Erholungsheimen. Desgleichen wurden die Bediensteten von Anstalten, die lediglich arbeiten, ohne dort zu wohnen, nicht zur Anstalt gezählt, sondern in ihrer Privatwohnung.

Die Anstalten und ihre Wohnbevölkerung

Art der Anstalt	Zahl der Anstalten	Wohnbevölkerung im Anstaltsbereich
Heime von Unterrichtsanstalten	69	3 609
Erziehungsheime (nicht Jugendwohnheime)	22	1 715
Säuglings- und Kinderheime	46	2 690
Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behindertter, Wohnheime für Behinderte	26	1 807
Krankenhäuser und Sanatorien	114	11 670
Erholungs- und Ferienheime	158	1 740
Einrichtungen der Unterkunft und Unterbringung für nicht Behinderte	436	22 399
Sonstige Einrichtungen und Anstalten	119	22 078
Zusammen	997	67 708

⁵ Als Anstalt wurde jede öffentliche oder private Einrichtung angesehen, die der gemeinsamen Unterkunft und zumeist auch Verpflegung und Betreuung von Personen dient und damit die Erfüllung bestimmter Ziele auf sozialem, religiösem, gesundheitlichem, erzieherischem oder auf einem anderen Gebiet anstrebt, wie Altersheime, Krankenhäuser, Waisenhäuser. Die Anstaltsliste enthielt auf S. 2 eine Aufstellung von 39 Arten von Einrichtungen, die als Anstalt zu zählen waren. Beherrbergungsbetriebe waren nur dann über eine Anstaltsliste zu erfassen, wenn das Personal mehr als 11 in den Betriebsgebäuden wohnenden Personen umfaßte

In der vorstehenden Tabelle sind die Anstalten mit der dort untergebrachten Wohnbevölkerung nach Gruppen geordnet. Diese "Anstaltsarten" können zwei Kategorien von Anstalten zugehören. Der eine Typ sind Anstalten, in denen überwiegend solche Insassen untergebracht sind, die langfristig anstaltsmäßig betreut werden müssen und somit meldepflichtig werden und zur Wohnbevölkerung der Anstalt gehören. In anderen Anstalten wohnen die Insassen nur kurzfristig, eine Meldepflicht entsteht nicht, und die Insassen rechnen nicht mit zur Wohnbevölkerung der Anstalt. Oft zählt lediglich ein Teil des Personals, vielleicht nur der Anstaltsleiter mit seiner Familie, zur Wohnbevölkerung der Anstalt. In der Gruppe "Krankenhäuser und Sanatorien" sind Anstalten beider Kategorien vereinigt, nämlich einerseits Sanatorien und Krankenhäuser für längerweilende Kranke und andererseits Krankenhäuser, deren Patienten nach relativ kurzen Liegezeiten das Haus wieder verlassen. Zur ersten Gruppe zählen z. B. Sanatorien für Tuberkulosekranke, psychiatrische Krankenhäuser, in denen die Verweilzeiten häufig recht lang sind, so daß Meldepflicht entsteht. In der zweiten Gruppe sind die übrigen Krankenhäuser enthalten, deren Insassen zur Wohnbevölkerung ihres Heimatortes rechnen und deren Personal meistens extern ist, also in ihrer Privatwohnung gezählt wird.

Haushaltstypen

Schon aus Gründen der Zählungstechnik hat der Haushalt bei allen bisherigen Volkszählungen als kleinste Erhebungseinheit gedient. Wir sehen ihn als Wohn- und Lebensgemeinschaft und grenzen ihn nach Merkmalen der wirtschaftlichen Gemeinschaft ab. Seit 1950 verwendet man in der Statistik neben der herkömmlichen Darstellung nach Größe und nach Merkmalen des Haushaltsvorstandes die Haushaltstypen.

Die Haushaltstypisierung der Volkszählung 1970 baute auf dem bei der Volkszählung 1950 und dem für die Zählung 1961 weiterentwickelten Konzept der Abgrenzung nach dem Grad der Verwandtschaft und Verschwägerung bestehenden Beziehungen zwischen den Haushaltsmitgliedern auf. Die Haushaltstypen der einzelnen Zählungen sind im allgemeinen miteinander vergleichbar. Es ist lediglich zu beachten, daß 1961 die Gaststättenbetriebshaushalte mit bis zu fünf familienfremden Arbeitskräften (Typ G, 1 800 Einheiten mit 8 600 Personen) gesondert gezählt wurden.

Auch die oben geschilderte Vergleichsschwierigkeit der Haushaltsstatistik 1970

(wohnberechtigte Bevölkerung) mit der von 1961 (Wohnbevölkerungsbegriff) besteht bei der Haushalts- und Familientypenstatistik nicht, da hier 1961 bereits ein Bevölkerungsbegriff verwendet wurde, der dem der wohnberechtigten Bevölkerung entsprach. Schon in den 1961 repräsentativ durchgeführten haushalts- und familienstatistischen Sonderauszählungen wurden die wegen Berufstätigkeit und Ausbildung abwesenden Haushaltsmitglieder auch an ihrem Familienwohnsitz gezählt.

Es wurde nach folgenden Haushaltstypen aufbereitet:

- A 1 Haushalte, die nur aus Ehepaaren ohne Kinder bestehen (Eingenerationen-Haushalte)
- A 2 Haushalte, die aus einer Elterngeneration und ledigen Kindern oder Enkeln bestehen (2-Generationen-Haushalte)
- A 3 Haushalte, die aus der Elterngeneration und verheirateten Kindern (ohne Enkel) sowie evtl. unverheirateten Kindern ohne Enkel bestehen (2-Generationen-Haushalte)
- A 4 Haushalte, die aus der Großeltern-, Eltern-, Kinder- und evtl. Enkelgeneration bestehen (3 und mehr-Generationen-Haushalte)
- B 1 Haushalte der Typen A 1 bis A 4, in denen außerdem noch andere verwandte oder verschwägerte Personen leben
- B 2 Haushalte, in denen nur miteinander, jedoch nicht in gerader Linie verwandte und (oder) verschwägerte Personen leben
- C 1 Haushalte der Typen A 1 bis A 4 und B 1, in denen außerdem noch familienfremde Personen, z. B. Hausgehilfinnen, leben
- C 2 Haushalte des Typs B 2, in denen außerdem noch familienfremde Personen leben
- D Haushalte, die nur aus Personen bestehen, die weder miteinander verwandt noch verschwägert sind, z. B. wenn zwei pensionierte Lehrerinnen, die nicht miteinander verwandt sind, einen Haushalt führen
- G Haushalte der Typen C 1, C 2, D, soweit es sich um einen (nur Gaststättenbetriebshaushalt handelt, d. h. soweit in diesem 1961) Haushalt der Inhaber eines Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes und mindestens eine, aber nicht mehr als fünf familienfremde Arbeitskräfte leben

Die nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Verteilung der 1970 gezählten 913 000 Privathaushalte. Sie ermöglicht auch Vergleiche mit der Haushaltstypenstatistik von 1961.

Die größte und wichtigste Gruppe stellt der Haushaltstyp A 2 "Elterngeneration mit ledigen Kindern". Hierzu gehören rund 392 000 Haushalte = 43% aller Privathaushalte (1961 = 44%). In ihnen leben mit 1 479 000 Personen 57% der wohnberechtigten Bevölkerung. Die nächstgrößte Gruppe sind die Haushalte des Typs A 1, "Ehepaare ohne Kinder"; insgesamt knapp 200 000 Haushalte mit fast 400 000 Personen (22% der Privathaushalte und 15% der wohnberechtigten Bevölkerung). Beachten muß man hier die Besonderheit der Haushaltstypenstatistik: auch die Typen B 1 und C 1 enthalten

Haushalte nach Haushaltstypen¹

Haushaltstyp	1961		1970			
	Haus- halte in 1 000	Per- sonen	Haus- halte in 1 000	Veränd. geg. 1961 %	Per- sonen in 1 000	Veränd. geg. 1961 %
A 1	159,7	319,3	198,6	+ 24	397,1	+ 24
A 2	352,1	1 290,9	391,8	+ 11	1 479,3	+ 15
A 3	19,3	61,9	15,3	- 21	46,1	- 26
A 4	44,3	218,3	28,7	- 35	142,5	- 35
B 1, C 1	41,5	200,4	33,9	- 18	153,9	- 23
B 2, C 2	7,3	15,7	10,0	+ 37	21,7	+ 38
D	8,8	18,5	7,1	- 19	15,0	- 19
G	1,8	8,6	-	-	-	-
Einperson- haushalte	169,5	169,5	227,1	+ 34	227,1	+ 34
Insgesamt	804,2	2 303,2	912,5	+ 13	2 482,6	+ 8

1) Ergebnisse der 10%-Repräsentativverhebung (Abweichungen zu den total erhobenen Merkmalen sind durch den Zufallsfehler der Stichprobe bedingt)

Haushalte, die nach ihrer familiären Grundstruktur zu den eben genannten Typen A 1 bis A 4 gehören, jedoch wegen der nicht zur engeren Familie gehörigen Personen - andere verwandte oder verschwägerte sowie familienfremde Personen - nach der bundeseinheitlichen Systematik zu den Typen B 1 und C 1 gezählt werden.

Während die Zahl der 1- und 2-Generationen-Haushalte, bei letzteren nur die mit ledigen Kindern (Haushaltstypen A 1 und A 2), zunahm, hat die Zahl der Haushalte des Typs A 4, die 3- und 4-Generationen-Haushalte, stark abgenommen; sie ging von 44 300 auf 28 700 zurück. Ebenfalls rückläufig ist die Zahl der 2-Generationen-Haushalte mit bereits verheirateten Kindern (A 3). Mit verbesserter Wohnraumausrüstung der Bevölkerung vollzog sich eine zunehmende Trennung der Generationen; Jung und Alt, die in Zeiten der Wohnraumknappheit noch unter einem Dach gewohnt hatten, trennten sich und bezogen eigene Wohnungen.

Auch die Zahl der Haushalte, in denen neben in gerader Linie miteinander verwandten Personen auch andere Verwandte und Verschwägerte (die Haushaltstypen B 1 und C 1) leben, ist zurückgegangen (- 18%); entsprechend ist der Rückgang der in ihnen lebenden Personen (- 23%). Auch hier zeigen sich die Auswirkungen der besseren Wohnraumversorgung, die zu einer stärkeren Abtrennung aller Teile führte, die nicht zur engeren Familie gehören.

Familientypen

Die Aufbereitung der Volkszählungsunterlagen für Zwecke der Familienstatistik baute auf folgenden Typen (F 1 bis F 8) auf:

- F 1 Ehepaare ohne ledige Kinder¹
- F 2 Ehepaare mit ledigen Kindern¹, ggf. zusätzlich Enkeln^{1 2}
- F 3 Ehepaare ohne ledige Kinder¹, aber mit Enkeln^{1 2}
- F 4 Verwitwete oder geschiedene Personen ohne ledige Kinder¹ oder Enkel¹
- F 5 Verwitwete oder geschiedene Personen mit ledigen Kindern¹ oder Enkeln^{1 2}
- F 6 Ledige Personen mit ledigen Kindern¹ oder Enkeln^{1 2}
- F 7 Verheiratete Personen ohne Angabe über den Ehepartner ohne ledige Kinder¹ oder Enkel¹
- F 8 Verheiratete Personen ohne Angabe über den Ehepartner mit ledigen Kindern¹ oder Enkeln^{1 2}
- F 9 nicht familienangehörige ledige Personen

1) nur in der Familie lebende

2) ohne Eltern oder Elternteil dieser Enkel in der Familie

Mit dem Haushalt gehört die Familie zu den beiden wichtigen Einheiten, in die sich die Bevölkerung gliedert. Während wir beim Haushalt die Wohn- und Lebensgemeinschaft als wichtigstes Kriterium sehen, sind bei der Familiengliederung die verwandtschaftlichen Beziehungen entscheidend. Die bundeseinheitliche Familienstatistik bedient sich des engen Familienbegriffs. Im Sinne dieser Familienstatistik wird unter Familie primär die Eltern-Kind-Gemeinschaft verstanden (Familie im engeren Sinn), wobei Voraussetzung ist, daß das Kind selbst noch ledig ist und mit den Eltern im gleichen Haushalt lebt. 3-Generationen-Familien werden z. B. im Sinne dieses familienstatistischen Konzepts als zwei Familien dargestellt. Verwitwete oder geschiedene Personen, die mit ihren Kindern im gleichen Haushalt leben, bilden ebenfalls eine Familie. Aber auch Ehepaare ohne Kinder werden als Familien angesehen. Es handelt sich hier sowohl um junge Ehepaare, als auch um ältere Ehepaare, deren Kinder evtl. schon eine eigene Familie gegründet haben. Auch verwitwete und geschiedene Personen ohne Kinder werden statistisch zum Begriff Familie gerechnet, und zwar als sogenannte "Einpersonefamilien". Ledige Personen mit Kindern, insbesondere ledige Mütter, gelten ebenfalls als Familien (F 6). Auch Ehepaare ohne ledige Kinder in der Familie aber mit Enkeln gelten als Familie (F 3). Nicht als familienzugehörig wurden alle ledigen Personen gezählt, die weder mit ihren Eltern, noch mit eigenen Kindern zusammen leben (F 9).

Da die Abgrenzung der Familie enger ist als die des Haushalts, ergibt es sich, daß in einem Teil der Haushalte mehrere Familien vorkommen. Leben z. B. drei Generationen in einem Haushalt, so können die beiden jüngeren eine Familie "Ehepaar mit ledigen Kindern" (F 2) und die Großeltern eine Familie "Ehepaar ohne Kinder" (F 1) bilden.

An diesem letzten Beispiel wird deutlich, daß die bundeseinheitliche Familienstatistik keine Auskünfte gibt über den Umfang der Familien, die aus mehr als zwei Generationen bestehen, die also über die Eltern-Kindbeziehung hinausgehen und Großeltern oder weitere in gerader auf- oder absteigender Linie Verwandte mit einbeziehen (3 und mehr-Generationen-Familien, Familie im weiteren Sinn). Wir haben zwar in der Haushaltsstatistik den Haushaltstyp A 4, der aus 3 und mehr Generationen besteht; dieser Typ erfaßt aber nicht alle 3 und mehr-Generationen-Familien, da solche auch in den Typen B 1 und C 1 enthalten, dort aber mit den Haushaltstypen A 1 bis A 3 zusammengefaßt sind. Hier hilft nur eine recht umständliche Kreuztabellierung von Haushalts- und Familientypen weiter.

Zu beachten ist, daß der Familienstatistik der Volkszählung 1970 die "Bevölkerung am Familienwohnsitz" zugrunde liegt. Dieser Bevölkerungsbegriff unterscheidet sich von der Bevölkerung in Privathaushalten dadurch, daß Personen mit mehr als einem Wohnsitz - soweit es zählungstechnisch überhaupt möglich war - nur am Wohnsitz der Familienangehörigen berücksichtigt wurden. So wurde z. B. der Student, der am Studienort einen zweiten Wohnsitz hatte, nur am Wohnsitz seiner Angehörigen zur "Bevölkerung am Familienwohnsitz" gezählt. Während man in diesen Fällen bei der Haushaltsstatistik Doppelzählungen bewußt in Kauf nimmt - der Student ist ja am Studienort als Einpersonenhaushalt existent und beansprucht z. B. die verschiedenen kommunalen Einrichtungen der Universitätsgemeinde - gehört er, solange er noch keine eigene Familie gegründet hat, zur elterlichen Familie am Heimatwohnsitz. Bei der Familienstatistik sind die Doppelzählungen der Haushaltsstatistik unerwünscht, da sie zu Verfälschungen in der Darstellung der Familien führen.

Die nachstehende Tabelle vermittelt einen Überblick über die neun verschiedenen Familientypen und ermöglicht auch einen Vergleich mit den Ergebnissen des Jahres 1961.

Der häufigste Familientyp ist mit 384 000 Familien der Typ F 2 - Ehepaare mit ledigen Kindern. Zu diesem Familientyp gehören 1 527 000 Personen, das sind 61% der Gesamtbevölkerung. Gegenüber 1961 hat dieser Familientyp, der der allgemeinen Vorstellung der "Normalfamilie" entspricht, eine Zunahme um 35 000 oder 10% zu verzeichnen. Auch der Typ F 1 - Ehepaare ohne Kinder - mit 1970 rund 442 000 Personen hat absolut (+ 28 000) und relativ (+ 15%) zugenommen. Die Gründe für die Zunahme beider Familien-

Familien nach Familientypen

Familientyp	1961	1970	Veränderung gegenüber 1961 in %
	Familien in 1 000		
F 1	192,6	220,8	+ 14,6
F 2	349,1	384,0	+ 10,0
F 3	3,4	2,9	- 14,7
F 4	181,7	222,8	+ 22,6
F 5	75,6	51,8	- 31,5
F 6	8,4	6,0	- 28,6
F 7	16,2	3,3 ^a	
F 8	4,9	5,7	+ 16,3
F 9	119,3	90,4	- 24,2
Insgesamt	951,1	987,6	+ 3,8

a) nicht vergleichbar mit 1961; 1970 wurde in der Familienstatistik die "Bevölkerung am Familienwohnsitz" zugrunde gelegt. Dabei wurden alle Personen des Typs F 7 ausgeschlossen, die noch eine weitere Wohnung haben. Es wurde von der Annahme ausgegangen, daß es sich bei der weiteren Wohnung um die der Angehörigen handelt und der Betreffende bereits dort erfaßt wurde

typen sind vorwiegend demographischer Art: die geburtenstarken Jahrgänge 1935 bis 1943 waren 1970 voll im heiratsfähigen Alter, bildeten also mit ihrem Zuwachs an jungen Eltern die Grundlage für viele Familien der Typen F 1 und F 2. 1961 war diese Bevölkerungswelle erst im Begriff, ins Heiratsalter hineinzuwachsen. Von den Jahrgängen 1935 bis 1943 waren 1961 19% der Männer und 38% der Frauen verheiratet. 1970 waren es 79% der Männer und 88% der Frauen. Es ist offensichtlich, daß als Folge dieser Strukturveränderung unseres Altersaufbaus auch die Zahl der Familien des Typs F 2 zugenommen hat. In der Zeit zwischen den beiden Zählungen sind viele Kinder geboren worden. Wir finden hier Geborenenziffern zum Teil weit über 40 000 pro Jahr (1964: 45 226, 1973 dagegen 26 400). So wurde ein großer Teil der in dieser Zeit geschlossenen Ehen bald zum Typ F 2. Es verblieb aber - wie die steigende Zahl von F 1-Familien zeigt - ein Teil der Ehen ohne Kinder. Seit 1968 sinken die Geburtenziffern. Ausschlaggebend für die Zunahme der kinderlosen Ehen war die Abnahme der Geburtenhäufigkeit in den ersten vier Ehejahren⁶.

Andererseits finden wir auch eine starke Zunahme des Typs F 4, verwitwete oder geschiedene Personen ohne Kinder und Enkel. Hierzu gehören 223 000 Familien. Die Zunahme gegenüber 1961 beträgt 41 000 oder 23%. Der Typ F 5, der sich vom Typ F 4 dadurch unterscheidet, daß in ihm auch ledige Kinder und Enkel leben, hat seit 1961 eine Abnahme von 23 800 = 31% erfahren. Die zahlenmäßigen

Veränderungen beider Typen muß man im Zusammenhang sehen. Beide Typen zusammen haben um ca. 17 000 zugenommen. Dies entspricht der Zunahme der Verwitweten und Geschiedenen⁷ in der Bevölkerung als Folge der allgemeinen Bevölkerungszunahme sowie der stärkeren Zunahme der älteren Jahrgänge.

Der starke Rückgang des Typs F 5 um fast ein Drittel ist auf den Strukturwandel der Familien mit Kriegerwitwen zurückzuführen. Während 1961 noch ein Teil der im Krieg zur Witwe gewordenen Frauen mit ihren Kindern zusammenlebte, haben diese sich 1970 nunmehr fast vollständig von ihren Müttern getrennt. Damit dürfte der größte Teil dieses bemerkenswerten Rückganges erklärt sein.

Auch der Rückgang des nicht als Familie zu definierenden Typs F 9, zu dem alleinlebende ledige Personen ohne Kinder zählen, um 29 000 oder 24% ist zum Teil auf eine gewisse Normalisierung der durch den Krieg gestörten Strukturen zurückzuführen. Ein Teil der Frauen, die auf Grund des durch die Weltkriege bedingten Frauenüberschusses nicht zur Eheschließung kamen, ist inzwischen eine Späthehe eingegangen oder verstorben. Andererseits scheint aber auch, vielleicht zum Teil als Folge der Vorverlegung des Heiratsalters, die Zahl der alleinlebenden jüngeren Ledigen zurückgegangen zu sein.

Über das Zusammenleben der Familien in gemeinsamen Haushalten gibt die nächste Tabelle Auskunft. Mehr als ein Fünftel der "Familien" lebt in Einpersonenhaushalten (Einpersonenfamilien). Es sind dies vorwiegend Verwitwete und Geschiedene (Familientyp F 4), aber auch nicht familienangehörige Ledige (Familientyp F 9). Insbesondere die Gruppen der Erstgenannten hat in den letzten neun Jahren zugenommen. Im Zuge der Verbesserung der Wohnverhältnisse wurde es eher möglich, in einer eigenen Wohnung, was gleichzeitig bedeutet, haushaltsmäßig selbständig, zu leben.

60% aller Familien mit 2 und mehr Personen leben in einem (Mehrpersonen-)Haushalt allein. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Familien der Typen F 1 und F 2, also um Ehepaare ohne und mit Kindern. Ihre absolute Zahl und ihr Anteil sind gegenüber 1961 deutlich gestiegen. Auch hier spiegelt sich die bessere Wohnungsversorgung wider, die es immer mehr Familien ermöglicht, allein zu wohnen.

Entsprechend gegenläufig sind Zahl und Anteil der Familien, die zusammen mit anderen

6) siehe K. Schwarz: "Kinderzahl der Ehen bei den Fortpflanzungsverhältnissen 1966 und 1972" in Wirtschaft und Statistik 1974, S. 303 (Mai)

7) Die geringen Abweichungen ergeben sich aus dem unterschiedlichen Bevölkerungsbegriff und dem Stichprobencharakter der Familienstatistik

Familien in Ein- und Mehrpersonenhaushalten nach Familientyp
1961 und 1970

Familien in Privathaushalten (Bevölkerung am Familienwohnsitz)	1961		1970	
	in 1 000	in % ¹	in 1 000	in % ¹
Familien in Einpersonenhaushalten insgesamt	169,5	17,8	213,6	21,6
davon nach Typ F 4, 7	115,1	67,9	156,0	72,9
F 9	54,4	32,1	57,6	27,0
Familien in Mehrpersonenhaushalten insgesamt	781,6	82,2	774,0	78,4
davon in				
Einfamilienhaushalten	511,8	65,5	590,4	76,3
Mehrfamilienhaushalten	269,8	34,5	183,7	23,7
Familien in Mehrpersonenhaushalten mit einer Familie insgesamt	511,8	53,8	590,4	59,8
davon nach Typ F 1	159,7	31,2	198,6	33,6
F 2	288,5	56,4	342,6	58,0
F 3	3,0	0,6	2,4	0,4
F 5	54,9	10,7	41,2	7,0
F 6	3,0	0,6	3,0	0,5
F 8	2,6	0,5	2,7	0,5
Familien in Mehrpersonenhaushalten mit 2 und mehr Familien insgesamt	269,8	28,4	183,7	18,6
darunter nach Typ F 1	32,9	12,2	22,2	12,0
F 2, 3	61,0	22,6	41,9	22,8
F 4	74,2	27,5	68,5	37,3
F 5	20,7	7,7	10,6	5,8
F 6	5,4	2,0	3,0	1,6
F 9	64,9	24,1	32,8	17,9

1) bei Zeilen "insgesamt" in % aller Familien, sonst der jeweiligen Gruppe

in einem Haushalt leben: 1961 noch 270 000 Familien = 28%, 1970 nur noch 184 000 = 19%. Es handelt sich hier überwiegend um Kombinationen des Familientyps F 4 "Verwitwete und geschiedene Personen ohne ledige Kinder", mit den Typen F 1 und F 2, also um Haushalte, in denen der überlebende Elternteil im Haushalt der verheirateten Kinder lebt. Hier finden sich aber auch fast 33 000 (gegenüber 65 000 im Jahre 1961) nicht familienangehörige ledige Personen, die mit anderen Familien in Haushalten zusammenleben. Darunter rechnen die wenigen noch verbliebenen Hausgehilfinnen, die im Haushalt ihres Arbeitgebers leben. Vorwiegend handelt es sich aber um Personen, die nicht in gerader Linie miteinander verwandt sind, wie sie im Haushaltstyp B 2 vorkommen, und um andere familienfremde Personen, die zum Haushaltstyp C 1 gehören. Wie sich den, hier nicht abgedruckten Kreuztabellen entnehmen läßt, leben alleinstehende Ledige des Typs F 9 nur in geringer Zahl (ca. 4 000) mit anderen ledigen, nicht mit ihnen verwandten Personen zusammen. Etwas häufiger ist aber das Zusammenleben von nicht miteinander verwandten Verwitweten und (oder) Geschiedenen (Typ F 4).

Gerhard Muske

Umsätze und Löhne in der Industrie im Konjunkturablauf 1969 bis 1974

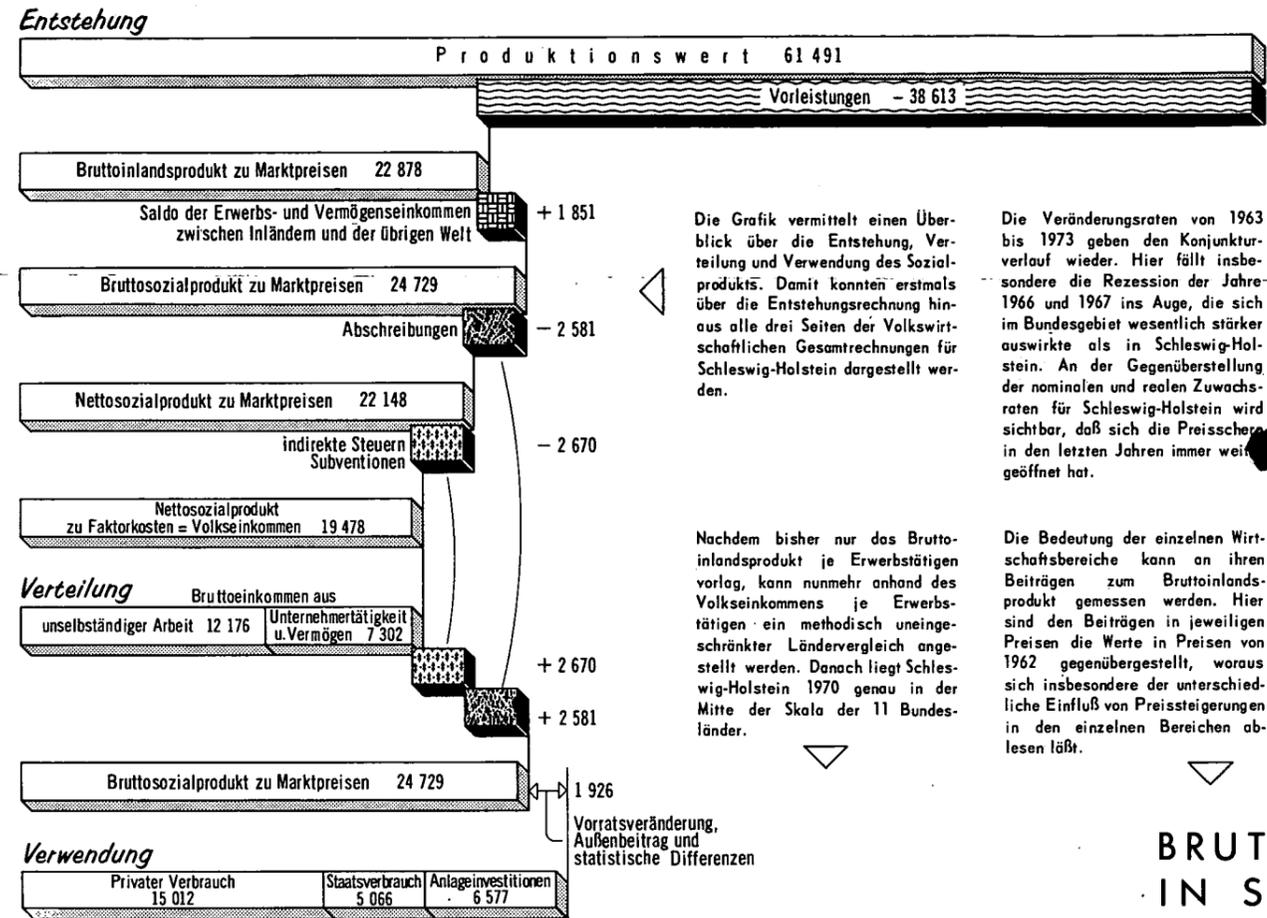
Nach Abklingen der Rezession von 1967 erholte sich die industrielle Beschäftigung verhältnismäßig schnell: der jahresdurchschnittliche Beschäftigtenstand erhöhte sich in Schleswig-Holstein von 1967 bis 1969 um mehr als 13 000 Personen auf 184 400; er ist damit deutlich höher als im ganzen vorhergehenden Jahrzehnt. Zum Vergleich dazu sei erwähnt, daß 1959, einem ebenfalls leicht rezessiven Jahr, der Beschäftigtenstand 161 700 Personen betragen hatte. Im weiteren Verlauf der expansiven Wirtschaftsentwicklung erreichte die Beschäftigtenzahl mit über 191 000 im Jahresmittel 1970 ihren höchsten Stand. In dem nunmehr in der Abschwungphase befindlichen Konjunkturzyklus geht die Beschäftigung langsam zurück. Sie dürfte sich im Jahresmittel 1974 bei etwa 186 000 Personen bewegen und wäre damit immer noch etwas höher als zu Beginn der Aufschwungphase im Jahre 1969. Als Ursache für dieses konjunkturresistente Verhalten kann die spezifische

Industriestruktur des Landes genannt werden, in der einmal die relativ beschäftigungsstabile Nahrungsmittelindustrie ein größeres Gewicht als im Bund hat und in der zum anderen empfindliche Industriezweige wie die Automobilindustrie so gut wie gar nicht und die Bekleidungsindustrie nur schwach vertreten sind. Es kommt hinzu, daß die in früheren Konjunkturlagen empfindlicheren Werften des Landes derzeit über ein beträchtliches Auftragspolster verfügen und somit die regionale Beschäftigung stabilisieren.

Die Entwicklung wurde getragen von einer - im ganzen gesehen - nur geringfügig schwankenden Zahl von knapp 1 600 Industriebetrieben. Daß im Zeitverlauf einige Industriezweige auch hinsichtlich des Betriebsbestandes expandieren, andere dagegen schrumpfen, was sich per Saldo aufheben kann, ist ein anderes Problem, mit dem wir uns hier nicht beschäftigen.

AUFBAU UND ENTWICKLUNG DES SOZIALPRODUKTS

SOZIALPRODUKT IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1970 IN MILLIONEN DM



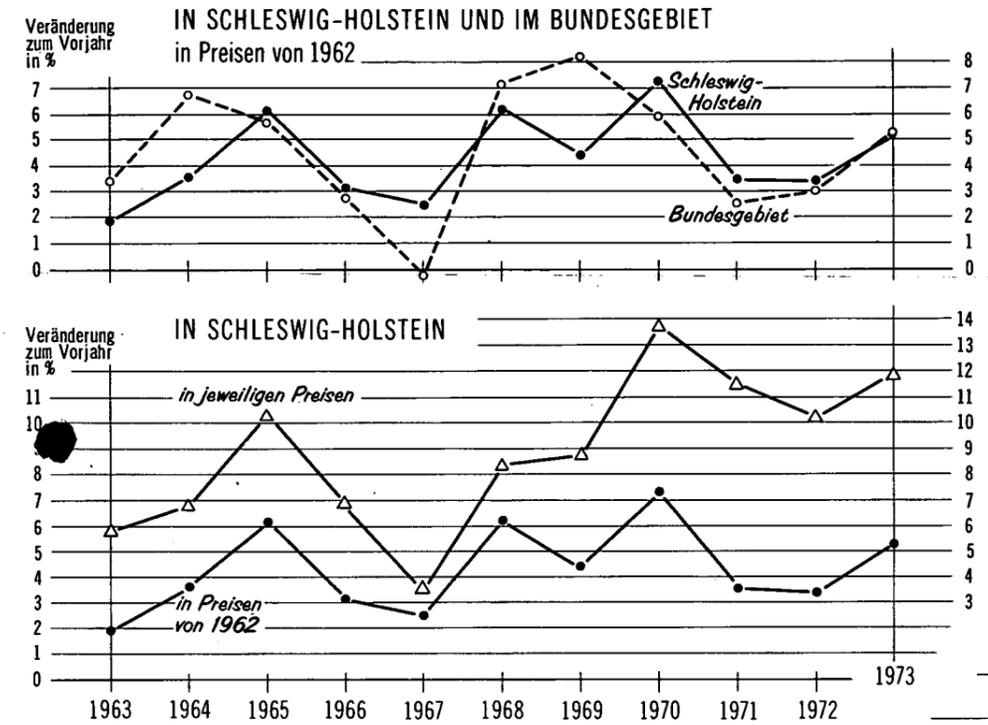
Die Grafik vermittelt einen Überblick über die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts. Damit konnten erstmals über die Entstehungsrechnung hinaus alle drei Seiten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Schleswig-Holstein dargestellt werden.

Die Veränderungsdaten von 1963 bis 1973 geben den Konjunkturverlauf wieder. Hier fällt insbesondere die Rezession der Jahre 1966 und 1967 ins Auge, die sich im Bundesgebiet wesentlich stärker auswirkte als in Schleswig-Holstein. An der Gegenüberstellung der nominalen und realen Zuwachsraten für Schleswig-Holstein wird sichtbar, daß sich die Preisschere in den letzten Jahren immer weiter geöffnet hat.

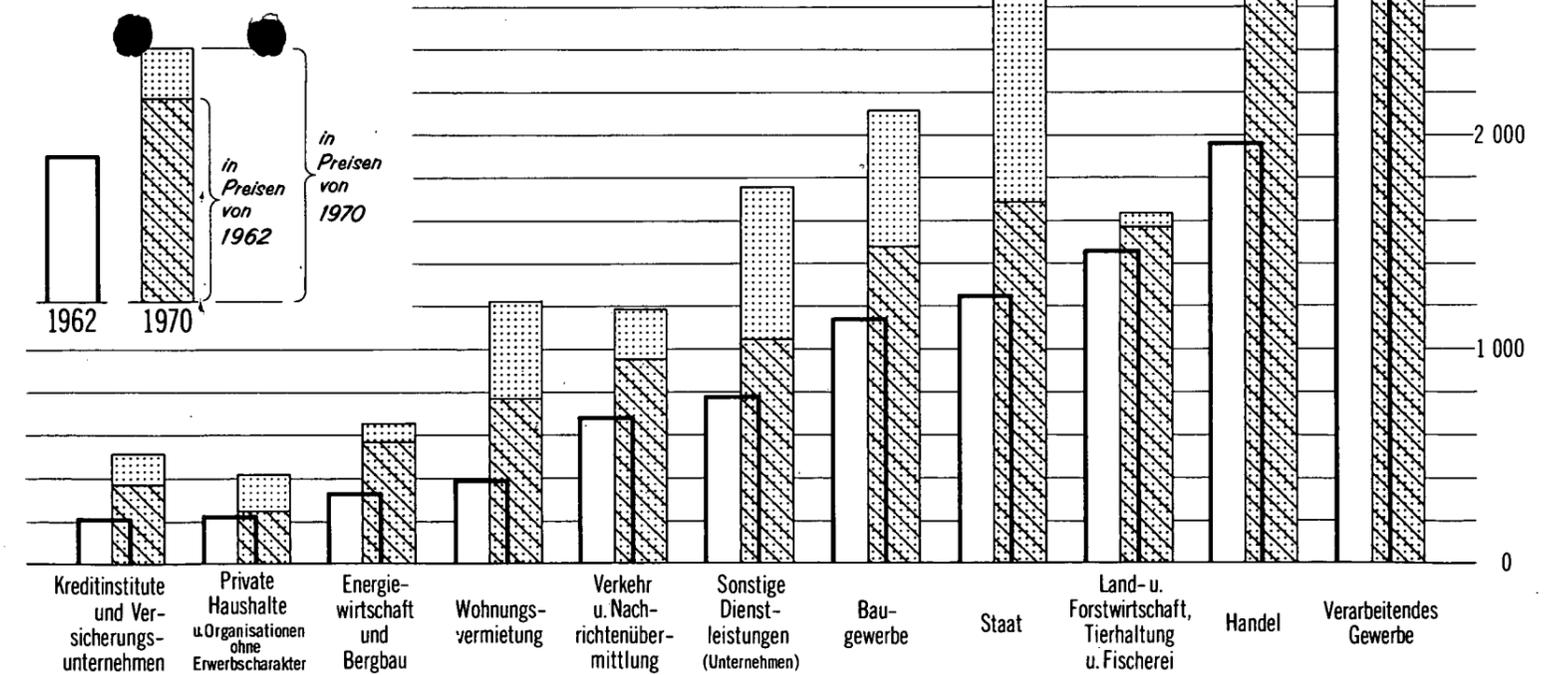
Nachdem bisher nur das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen vorlag, kann nunmehr anhand des Volkseinkommens je Erwerbstätigen ein methodisch uneingeschränkter Ländervergleich angestellt werden. Danach liegt Schleswig-Holstein 1970 genau in der Mitte der Skala der 11 Bundesländer.

Die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche kann an ihren Beiträgen zum Bruttoinlandsprodukt gemessen werden. Hier sind den Beiträgen in jeweiligen Preisen die Werte in Preisen von 1962 gegenübergestellt, woraus sich insbesondere der unterschiedliche Einfluß von Preissteigerungen in den einzelnen Bereichen ablesen läßt.

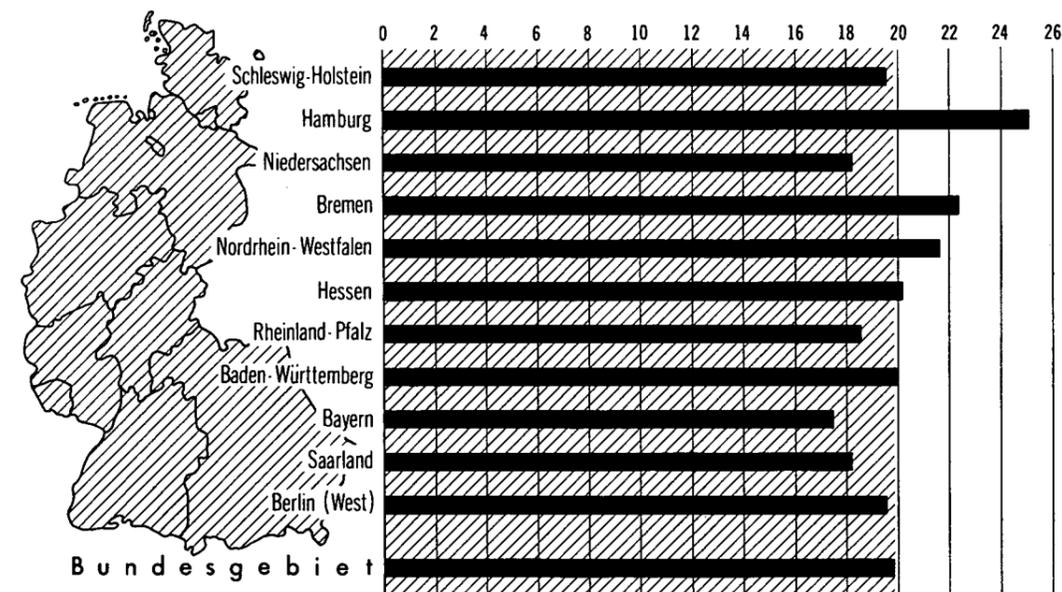
BRUTTOINLANDSPRODUKT 1963 - 1973



BRUTTOINLANDSPRODUKT IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1962 UND 1970 IN MILLIONEN DM



VOLKSEINKOMMEN JE ERWERBSTÄTIGEN 1970 IN TAUSEND DM



Lohnentwicklung im Aufschwung
expansiver als Umsätze !

Im Vordergrund der weiteren Ausführungen soll vielmehr die Lohn- und Gehaltsentwicklung stehen, wobei auf die Doppelfunktion des Lohnes einmal als Kostenfaktor und zum anderen als Einkommen hinzuweisen ist.

Die Lohn- und Gehaltssumme (brutto) in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben

(mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten) belief sich im Jahre 1969 auf rund 2,2 Milliarden DM. Sie stieg bis 1973 auf 3,7 Milliarden DM und wird im laufenden Jahr etwa 4 Milliarden DM erreichen, wenn nicht sogar leicht überschreiten. Damit liegt das Niveau des Lohnaufwandes und zugleich auch das des nominalen Einkommens 1974 um rund 80% höher als 1969.

Lohn- und Umsatzentwicklung in der schleswig-holsteinischen Industrie 1969 bis 1974

	Beschäftigte Jahresdurchschnitt	Meßzahl	Löhne und Gehälter Mill. DM	Meßzahl	Umsatz Mill. DM	Meßzahl	Löhne und Gehälter in % vom Umsatz
1969	184 443	100	2 224	100	11 797	100	18,9
1970	191 332	103,7	2 685	120,8	12 840	108,8	20,9
1971	190 655	103,4	2 994	134,6	14 365	121,8	20,8
1972	187 565	101,7	3 251	146,2	15 275	129,5	21,3
1973	187 382	101,6	3 673	165,2	17 270	146,4	21,3
1974 ¹	186 000	100,8	4 000	179,9	20 000	169,5	(20,0)

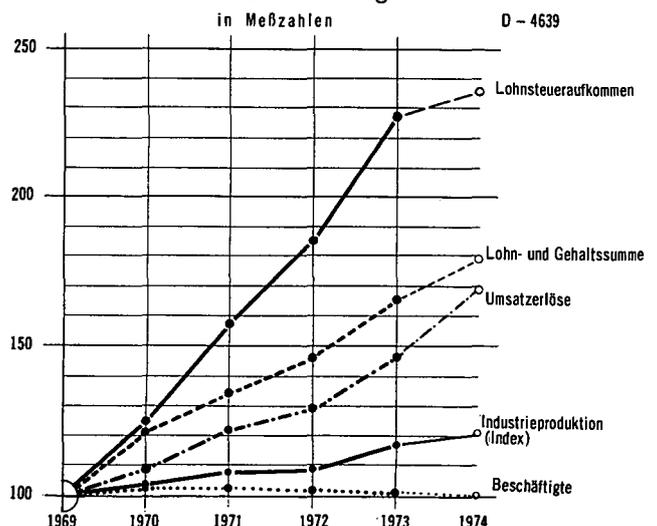
1) geschätzte Zahlen

Im gleichen Zeitraum wuchsen die Umsätze (ohne Mehrwertsteuer) von 11,8 Milliarden DM in 1969 auf 17,3 Milliarden DM in 1973. Für 1974 ist mit ungefähr 20 Milliarden DM Umsatz zu rechnen, was einer Zuwachsrate von rund 70% gegenüber 1969 entsprechen würde. Daraus ergibt sich, daß die nominale Lohnentwicklung deutlich schneller verlaufen ist als die nominale Steigerung der Umsatzerlöse, was weiter zur Folge hatte, daß der Anteil der Löhne und Gehälter (rohe Lohnquote) von 18,9% im Jahre 1969 auf 21,3% in 1973 anstieg. Die bisher vorliegenden Daten für 1974 lassen den Schluß zu, daß ein leichtes Absinken der Lohnquote im Bereich des Möglichen liegt. Da die hier ausgewiesenen Löhne und Gehälter zwar die Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung enthalten, jedoch nicht die Arbeitgeberanteile und nicht die Lohnnebenkosten, die zusammen mit etwa 15% der Lohn- und Gehaltssummen anzusetzen sind, muß dieser Prozentsatz der rohen Lohnquote zugeschlagen werden, um annähernd den tatsächlichen Lohnkostenanteil der Industrie zu erhalten. Mit anderen Worten: von 100 DM Umsatzerlös 1969 dienten 21,68 DM zur Deckung der Lohnkosten, 1973 waren es bereits 24,46 DM. Von diesen Mittelwerten weicht die Lohnkostenbelastung in den einzelnen Industriezweigen je nach der Lohn- oder Kapitalintensität der Produktion mehr oder weniger ab: sie ist im Jahre 1973 überdurchschnittlich hoch im Investitionsgüterbereich mit 37,75 DM und niedrig im Nahrungs- und Genußmittelbereich mit 9,35 DM je 100 DM Umsatz. Bei isolierter Betrachtung der Lohnkosten und der - oft realitätsfernen - Annahme, daß alle übrigen Kostenfaktoren gleich bleiben

(ceteris-paribus Klausel), ergibt sich, daß Lohnerhöhungen in den Investitionsgüterindustrien etwa viermal so stark auf den Preis (Umsatz) durchschlagen wie im Nahrungs- und Genußmittelbereich.

Die seit 1969 um 80% gestiegene Lohnsumme bedeutet keine gleich hohe Einkommenssteigerung: etwa 30% der durchschnittlichen Einkommensverbesserung wurden durch die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung aufgezehrt. Die kräftige Progression in der Einkommensbesteuerung tat ein übriges; von den individuell unterschiedlichen Auswirkungen des Steuerzugriffs bei steigendem Einkommen im einzelnen hier einmal abgesehen bewirkten die noch aus Zeiten stabileren Geldwerts

Lohn- und Umsatzentwicklung in der Industrie



stammenden Steuertarife (die bis 31.12.1974 gültigen Tarife datieren vom 1.1.1965!) ein sprunghaftes Ansteigen der Steuerlast, was gleichbedeutend mit einer Reduzierung des verfügbaren Einkommens ist. In welchem Ausmaß der nominale Einkommenszuwachs weggesteuert wurde, zeigt sich in dem seit 1969 um reichlich mehr als 130% gestiegenen Lohnsteueraufkommen in Schleswig-Holstein. Bei einer der Lohnentwicklung angepaßten Besteuerung hätte das Lohnsteueraufkommen nicht weit über 80% wachsen dürfen.

Im Abschwung Umsatzerlöse expansiver!

Während die schleswig-holsteinische Industrie im Jahre 1969 für einen Beschäftigten gut 12 000 DM im Mittel für Lohn aufzuwenden hatte (ohne Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Lohnnebenkosten), belief sich der auf den durchschnittlichen Beschäftigten bezogene Umsatzerlös auf etwa 64 000 DM. In den fünf Jahren bis 1974 stieg der Lohnaufwand auf schätzungsweise 21 700 DM, der Umsatzerlös auf etwa 107 500 DM. Interessant dürfte in diesem Zusammenhang die Entwicklung der oben genannten beiden Größen im Zeitverlauf sein; von 1969 auf 1970, also zum Beginn des konjunkturellen Aufschwungs, erhöhte sich der durchschnittliche Lohnaufwand

Umsatzerlöse und Lohnaufwand
in der schleswig-holsteinischen Industrie 1969 bis 1974

	Umsatz je Beschäftigten		Löhne und Gehälter je Beschäftigten	
	DM	Zunahme gegen Vorjahr in %	DM	Zunahme gegen Vorjahr in %
1969	63 962	.	12 057	.
1970	67 108	4,9	14 036	16,4
1971	75 348	12,3	15 703	11,9
1972	81 439	8,1	17 334	10,4
1973	92 167	13,2	19 602	13,1
1974 ¹	107 500	16,6	21 700	10,7

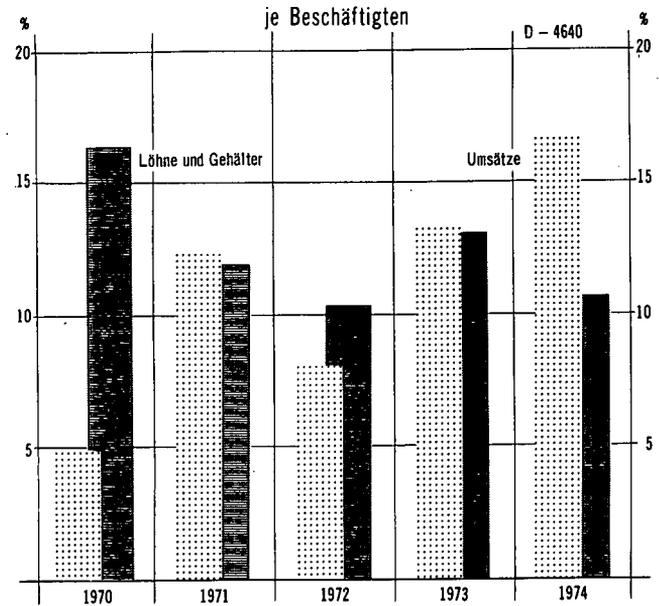
1) geschätzte Zahlen

Durchschnittliche Bruttolöhne und -gehälter in der Industrie 1969 bis 1974

	Lohn je Arbeiter				Gehalt je Angestellten			
	Schleswig-Holstein		Bund		Schleswig-Holstein		Bund	
	DM	Meßzahl	DM	Meßzahl	DM	Meßzahl	DM	Meßzahl
1969	10 987	100	11 250	100	15 982	100	17 381	100
1970	13 015	118,5	13 166	117,0	17 685	110,7	19 524	112,3
1971	14 556	132,5	14 456	128,5	19 660	123,0	21 661	124,6
1972	16 003	145,7	15 704	139,6	21 730	136,0	23 695	136,3
1973	18 099	164,7	17 646	156,9	24 436	152,9	26 457	152,2
1974 ¹	19 900	181,1	19 500	173,3	27 200	170,2	29 700	170,9

1) geschätzte Zahlen

Die jährliche Zunahme von Löhnen und Umsätzen in der Industrie



um mehr als 16%, der Umsatzerlös je Beschäftigten blieb mit einer Zuwachsrate von nur knapp 5% erheblich dahinter zurück. Im folgenden Jahr zeigt sich ein kleiner Vorsprung in der Zunahme der Umsatzerlöse, 1972 ist dann wieder die Lohnexpansion schneller als die Umsatzzunahme. Mit dem Abflauen der Konjunktur in 1973 wachsen Lohnaufwand und Umsatzerlöse praktisch gleichmäßig. Vor dem Hintergrund eines möglicherweise zu erwartenden Konjunktur-einbruchs (Ölkrise und deren partielle Auswirkungen in struktureller Hinsicht verstärken die Unsicherheit) wird die Zuwachsrate der Umsatzerlöse in 1974 ihren höchsten Wert (+ 16,6%) in dieser Periode erreichen, der Lohnaufwand hat demgegenüber sein Wachstumstempo erkennbar verlangsamt.

Unterschiede zwischen Land und Bundesgebiet

Bei einem Vergleich der durchschnittlichen Industriearbeiterlöhne in Schleswig-Holstein

und im Bund zeigt sich, daß das industrielle Lohnniveau in Schleswig-Holstein von 1971 an etwas schneller als im Bund angestiegen ist. Es wird in diesem Jahr um etwa 400 DM (rund 2%) über dem Bundesdurchschnitt liegen. Rechnet man die Jahresbeträge auf anschaulichere Monatswerte um, dann ergibt sich folgendes: Im Jahre 1969 betrug der mittlere "Monatslohn" (brutto) eines Industriearbeiters in Schleswig-Holstein 915 DM, er wird 1974 mit großer Wahrscheinlichkeit 1 600 DM überschreiten.

Das mittlere Monatsgehalt (brutto) belief sich in der schleswig-holsteinischen Industrie für 1969 auf 1 332 DM, im laufenden Jahr dürfte es fast 2 300 DM betragen. In allen betrachteten Jahren liegt das Niveau der Industriegehälter im Bund um etwa 2 000 DM jährlich (das sind 8 bis 10%) höher als in Schleswig-Holstein. Die Gehaltszunahme ging im Bund bis 1971 deutlich schneller vonstatten. Seitdem ist das Wachstum gleichmäßiger geworden.

Siegfried Schwarz

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht E 11

Die Struktur der Gebäude und Wohnungen 1972

Als Ergänzung zur letzten Totalzählung von Gebäuden und Wohnungen im Jahre 1968 wurde im Frühjahr 1972 eine Stichprobe von Wohnungen gezählt. Damit setzte die amtliche Statistik das in der Nachkriegszeit bereits mehrfach praktizierte rhythmische Zusammenspiel von sich ergänzenden und abwechselnden Totalzählungen und Stichproben¹ fort. Hierzu lieferten die großen statistischen Vollerhebungen, die seit dem Jahre 1950 durchgeführt wurden, jeweils das notwendige Basismaterial in tiefer regionaler Gliederung. Durch die darauf aufbauenden Stichproben werden laufend Veränderungen und deren Einfluß auf den Wohnungsmarkt untersucht, als Voraussetzung für eine entwicklungsnahe, entwicklungsgerechte und vorausschauende Planung und Politik.

Die Wohnungsstichprobe 1972 wurde gemeinsam mit dem Mikrozensus, einer einprozentigen Repräsentativerhebung der Bevölkerung und des Erwerbslebens, durchgeführt. Diese Koppelung zweier Stichprobenerhebungen hat den Vorteil, daß wohnungsstatistische und bevölkerungsstatistische Merkmale kombiniert ausgewertet werden können. Damit wird eine tiefgehende Analyse für Entscheidungen im Wohnungswesen, in der Regionalplanung und in Verwaltung und Wirtschaft ermöglicht. Die Koppelung brachte aber andererseits durch das umfangreiche Erhebungsprogramm und das komplizierte Aufbereitungsverfahren erhebliche Verzögerungen mit sich, so daß die Ergebnisse stark an Aktualität einbüßten.

Darüber hinaus wurden in der Wohnungsstichprobe erstmals städtebaulich relevante

Tatbestände erfragt. Daten über Art und Maß der baulichen Nutzung und deren Zusammenhänge mit sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten und Umweltbelastungen sind unentbehrlich zur Bewältigung städtebaupolitischer Aufgaben und zur Fortentwicklung des Bundesbaugesetzes und der Baunutzungsverordnung.

Die Wohnungsstichprobe wurde nach einem für den Mikrozensus ab 1972 neu gestalteten Stichprobenplan bestimmt. Die Volkszählung 1970 hatte Anlaß und Möglichkeit geboten, den Mikrozensus auf eine neuere Auswahlgrundlage zu stellen. Bei der Entwicklung des neuen Konzepts, bei dem man die Erfahrungen mit dem seit 1962 gültigen Stichprobenplan nutzen konnte, ergab sich auch Gelegenheit, die Erfordernisse wohnungstatistischer Ermittlungen für die gleichzeitig durchzuführende Wohnungsstichprobe zu berücksichtigen.

Vor allem ging es darum, größtmäßig homogenere Auswahlinheiten zu bilden. Vorher war nämlich ein beachtlicher Teil der Stichprobenfehler auf den sogenannten Klumpeneffekt zurückzuführen, der auf starken Unterschieden in der Größe der von der Volkszählung 1961 stammenden Gesamtzahl der Haushalte und Personen in den einzelnen Interviewerbezirken beruhte. Deshalb konzentrierten sich die methodischen Überlegungen auf die Schaffung "künstlicher" Auswahlinheiten, die dem Ziel der Einheitlichkeit untereinander möglichst nahekommen sollten. Die technischen Voraussetzungen dazu waren insoweit gegeben, als die Erhebungsdaten für Personen und Haushalte bis zur Straße und Hausnummer gekennzeichnet waren. Dabei wurde die Homogenität der künstlich zu bildenden Auswahlinheiten an einem möglichst einfachen

¹) Die Ergebnisse der Wohnungsstichprobe 1965 sind als Statistischer Bericht unter der Kennziffer F0 veröffentlicht. Über die Wohnungsstichproben 1960 und 1957 wurde in Aufsätzen in dieser Zeitschrift 1960, S. 196 (September) und 1958, S. 13 (Januar) berichtet

Merkmal, nämlich der Zahl der Haushalte, ausgerichtet².

Nach dem Auswahlplan war eine einprozentige Stichprobe vorgesehen. Eine geringfügige Untererfassung in Schleswig-Holstein, die durch Vergleich mit dem fortgeschriebenen Gesamtbestand der Wohnungen festgestellt wurde, konnte aus methodischen Gründen nicht ausgeglichen werden. Eine Hochrechnung der Ergebnisse durch Multiplikation mit 100 führt also nicht zu genauen Bestandszahlen. Deshalb sollte bei der Auswertung der Stichprobe vorwiegend auf die die Struktur darstellenden Anteilswerte zurückgegriffen werden.

Der folgende Beitrag soll sich zunächst auf die Auswertung von Teilbereichen des wohnungsstatistischen Frageprogramms mit den klassischen Merkmalen einer Wohnungstichprobe beschränken. Dabei geht es im wesentlichen um die qualitative Abstufung des Bestandes an Gebäuden und Wohnungen sowie eine Auswertung der Mietangaben für reine Mietwohnungen.

Jedes fünfte Wohngebäude steht erst seit 1965

In Schleswig-Holstein wurden in der Stichprobe im April 1972 4 367 bewohnte Wohngebäude mit 8 513 Wohnungen mit Küche erfaßt. Als Wohngebäude gelten Gebäude, die mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen. Dazu rechnen auch die Wochenend- und Ferienhäuser mit 50 und mehr qm Wohnfläche sowie die Wohnheime ohne Gemeinschaftsverpflegung. Die Wohnungen mit Küche schließen auch solche ein, die an Stelle einer Küche eine Kochnische oder einen Kochschrank haben.

Von den bewohnten Wohngebäuden sind der überwiegende Teil, nämlich 62%, nichtlandwirtschaftliche Einfamilienhäuser. Zusammen mit den nichtlandwirtschaftlichen Zweifamilienhäusern und den landwirtschaftlichen Wohngebäuden ergibt sich sogar ein Anteil von 85% an den Wohngebäuden insgesamt, so daß auf die nichtlandwirtschaftlichen Mehrfamilienhäuser nur noch 15% der Wohngebäude entfallen.

Wenn man das Baualter dieser im April 1972 erfaßten bewohnten Wohngebäude betrachtet, macht man die doch etwas überraschende Feststellung, daß jedes dreizehnte Wohngebäude nicht älter als drei Jahre ist; das bedeutet, es wurde erst 1969 und später errichtet. Diese Struktur ist ganz entscheidend

auf die nichtlandwirtschaftlichen Einfamilienhäuser zurückzuführen, von denen mindestens jedes zehnte Gebäude nach 1968 gebaut wurde. Bezieht man die nächste Baualtersklasse von 1965 bis 1968 mit ein, dann fallen darunter bereits 20% der bewohnten Wohngebäude; jedes fünfte Wohngebäude war also nicht älter als sieben Jahre.

Andererseits verbleibt für die alten Wohngebäude noch ein bedeutendes Gewicht, denn jedes sechste Gebäude hat sein Baujahr im vorigen Jahrhundert. Etwas mehr als jedes vierte Wohngebäude (28%) stand bereits bei Beendigung des ersten Weltkrieges. Und bei fast jedem zweiten Gebäude (46%) liegt das Baujahr vor der Währungsreform. Das bedeutet aber wiederum, daß mehr als die Hälfte der bewohnten Wohngebäude ihr Jahr der Fertigstellung zwischen 1949 und 1972, also in einer Zeitspanne von nur 23 Jahren, hatten.

Höchster Grad der Eigentumsbildung in der Gegenwart

Nach der Stichprobe wurden im April 1972 in Schleswig-Holstein insgesamt rund 8 591 bewohnte Wohnungen mit Küche, im folgenden abgekürzt als Wohnungen bezeichnet, erfaßt. Diese Wohnungen befanden sich in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden wie Fabrik- und Verwaltungsgebäuden, Schulen, Geschäfts- und Bürogebäuden.

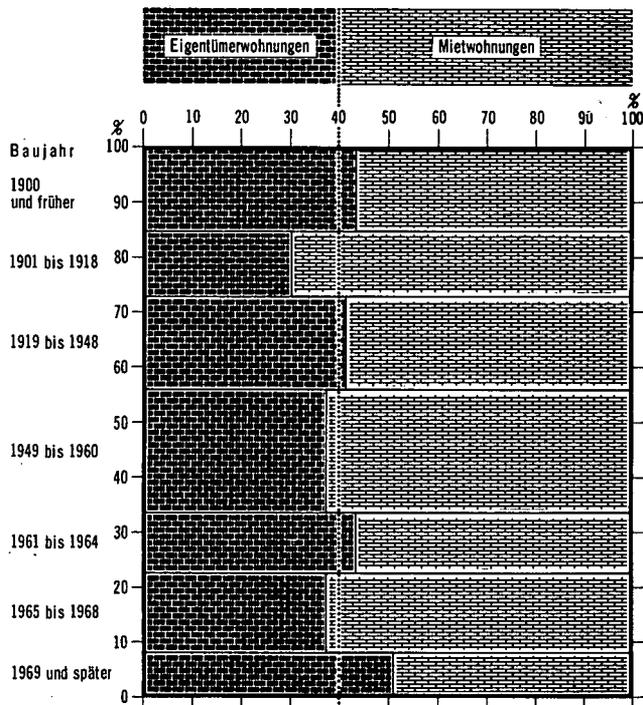
Bei den Wohnungen sind wie bei den Wohngebäuden 8% nicht älter als drei Jahre. Auch bei den übrigen Baualtersklassen ergeben sich bei Wohnungen und Wohngebäuden nahezu die gleichen Anteilswerte, womit nachgewiesen wird, daß sich die durchschnittliche Anzahl der Wohnungen je Gebäude im Zeitablauf kaum verändert hat. 16% der Wohnungen wurden im vorigen Jahrhundert gebaut, 28% standen bereits bei Beendigung des ersten Weltkrieges, und bei 44% liegt das Baujahr vor der Währungsreform.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Verteilung der Baualtersklassen nach der rechtlichen Stellung der Bewohner. Dazu sei vorangestellt, daß 60% aller Wohnungen Mietwohnungen und 40% Eigentümerwohnungen sind. (Eigentümerwohnungen sind Wohnungen, die von Gebäudeeigentümern, Wohnungseigentümern oder deren Angehörigen bewohnt werden.) Dagegen sind von den nach 1968 errichteten Wohnungen gut die Hälfte Eigentümerwohnungen. Das bedeutet, daß in den letzten Jahren auf dem Wohnungsmarkt überdurchschnittlich stark Eigentum gebildet worden ist. Das gilt auch bereits - allerdings wesentlich schwächer - für den längeren Zeitraum ab 1961, in dem auf Eigentümer-

2) Weitere Einzelheiten über die Aufstellung des Auswahlplans für jedes einzelne Bundesland können dem Aufsatz "Stichprobenplan des Mikrozensus 1972" in Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1973, entnommen werden

Bewohnte Wohnungen nach Baujahr und Anteil der Eigentümerwohnungen

Wohnungsstichprobe April 1972



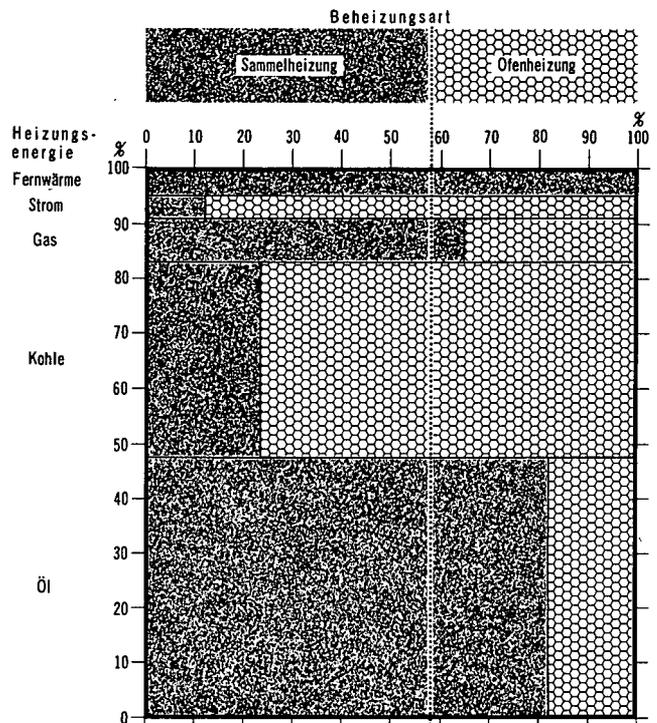
wohnungen 42% der Wohnungen insgesamt entfallen. Dagegen kommen die Eigentümerwohnungen in der Zeit nach der Währungsreform bis 1960 nur auf einen Anteil von 37% an den Wohnungen dieser Baualtersklasse. Relativ noch geringer war die Eigentumsbildung in der Zeit von der Jahrhundertwende bis zur Beendigung des ersten Weltkrieges, denn von den in jener Zeit gebauten Wohnungen sind nur 30% Eigentümerwohnungen.

Mindestens jede zweite Wohnung hat Sammelheizung, Bad und WC

Fast vier Fünftel aller Wohnungen (78%) haben Bad und WC in der Wohnung, über die Hälfte der Wohnungen (53%) haben außerdem Sammelheizung (Fern-, Zentral- oder Etagenheizung). Damit hat sich gegenüber der Zählung im Herbst 1968 infolge der Modernisierungsmaßnahmen, des Abgangs von alten Wohnungen und des Zugangs von Neubauwohnungen in relativ kurzer Zeit die Ausstattung des Wohnungsbestandes erheblich verbessert, denn damals hatten erst 65% Bad und WC und 36% der Wohnungen außerdem Sammelheizung. Welchen Einfluß hierauf die Modernisierungsmaßnahmen und die Abgänge von alten Wohnungen haben, wird daran deutlich; daß nach der Wohnungsstichprobe 1972 von den bis 1948 errichteten Wohnungen immerhin

Bewohnte Wohnungen nach Heizungsart und Heizungsenergie

Wohnungsstichprobe April 1972



fast jede Dritte (32%) mit Sammelheizung, Bad und WC ausgestattet war, während das nach der Totalzählung 1968 nur für jede fünfte Wohnung dieses Baualters (21%) zutrif. Gleichzeitig ging der Anteil der bis 1948 errichteten Wohnungen an den Wohnungen insgesamt von 50% im Jahre 1968 auf 44% im Jahre 1972 zurück. Zudem sind die ab 1969 gebauten Wohnungen nahezu vollzählig mit allen drei Einrichtungen ausgestattet, so daß selbst ein Anteil von nur 8% dieser Neubauwohnungen seine Auswirkungen auf die Anteilswerte der verschiedenen Ausstattungstypen des gesamten Wohnungsbestandes hat. Entsprechend hat sich die Zahl der mangelhaft ausgestatteten Wohnungen verringert. Waren im Herbst 1968 noch 23% der Wohnungen so unzulänglich ausgestattet, daß sich innerhalb der Wohnungen keine Toilette mit Wasserspülung befand, so verringerte sich dieser Anteil bis zum Frühjahr 1972 um acht Punkte; mit 15% blieb er aber immer noch bemerkenswert. Bei 9% ist außerhalb der Wohnung im Gebäude (auf halber Etage oder im Keller) ein WC und bei 6% ist eine Toilette mit Wasserspülung nur außerhalb des Gebäudes oder überhaupt nicht vorhanden.

Mit Sammelheizung wurden im April 1972 bereits 58% der Wohnungen beheizt. Von diesen insgesamt rund 4 989 Wohnungen waren 9% an eine Fernheizung angeschlossen. Der weitaus überwiegende Teil aber, nämlich zwei

Drittel dieser Wohnungen, hat eine Etagen- oder Zentralheizung, die durch Öl beheizt wird. Weitere 14% sind Etagen- oder Zentralheizungen, die mit Kohle beheizt werden, und für 9% ist Gas der Energiespender. Strom ist als Energiequelle noch von untergeordneter Bedeutung. Bei der Ofenheizung überwiegt dagegen ganz eindeutig die Energieart Kohle (73%). Hier wird nur bei 20% mit Öl geheizt.

Mit Strom und Wasser sind nahezu alle Wohnungen versorgt. Bei der Wasserversorgung spielt neben dem Anschluß an das öffentliche Netz besonders in kleinen Gemeinden immer noch die eigene Wasserversorgungsanlage eine bemerkenswerte Rolle; jede neunte Wohnung bekommt ihr Wasser von einer eigenen Anlage. 86% der Wohnungen hatten außer für Strom auch für Wasser Anschlüsse an das öffentliche Netz.

Für 81% aller Wohnungen steht eine Waschmaschine zur Verfügung, und zwar für 62% in der Wohnung und für den Rest außerhalb der Wohnung, aber im Gebäude. Noch etwas besser ist es um die Ausstattung der Wohnungen mit einem Kühlschrank bestellt; hier ergibt sich ein Anteilswert von 88%. Ein Telefon befindet sich in fast jeder zweiten Wohnung (47%).

Die kleinsten Mietwohnungen wurden nach der Währungsreform bis 1964 gebaut

Neben der Ausstattung ist auch die Größe der Wohnungen ein wesentlicher Maßstab für die qualitative Abstufung. Zwei Drittel aller Wohnungen haben vier und mehr Räume, jede vierte Wohnung hat drei Räume und nur 7% aller Wohnungen sind ausgesprochene Kleinwohnungen mit ein bis zwei Räumen. Zu den Räumen einer Wohnung gehören neben Wohn- und Schlafräumen auch Küche, untervermietete und gewerblich genutzte Räume. Nicht dazu gehören Nebenräume wie Badezimmer, Toilette, Flur, Speise- und Abstellkammer. Räume mit weniger als sechs qm Wohnfläche werden nicht mitgezählt. Natürlich sind hiernach die Verhältnisse bei den Mietwohnungen ganz anders als bei den Eigentümerwohnungen. Haben bei den Mietwohnungen 55% vier und mehr Räume, so sind es bei den Eigentümerwohnungen 85%.

Neben der Klassifizierung der Wohnungsgröße nach Räumen bietet sich die nach der Wohnungsfläche an. Danach ist bemerkenswert, daß 12% aller Wohnungen weniger als 40 qm Wohnfläche haben, wobei hier zur Wohnfläche auch die Flächen der Nebenräume gehören. Weitere 55% der Wohnungen haben eine Fläche von 40 bis unter 80 qm und jede dritte

Bewohnte Wohnungen nach Größe und Ausstattung in %

Bewohnte Wohnungen Insgesamt	100
mit 1 bis 2 Räumen	7
mit 3 Räumen	25
mit 4 Räumen	34
mit 5 Räumen	18
mit 6 und mehr Räumen	15
unter 40 qm Fläche	12
40 bis unter 60 qm Fläche	27
60 bis unter 80 qm Fläche	28
80 und mehr qm Fläche	33
mit Bad, WC und Sammelheizung	53
mit Bad, WC, ohne Sammelheizung	25
mit Sammelheizung	58
mit Bad/Dusche	80
mit WC in der Wohnung	85

Wohnung umfaßt mindestens 80 qm. Von den Eigentümerwohnungen sind immerhin 58% große Wohnungen mit mindestens 80 qm Fläche, während es bei den Mietwohnungen nur 16% sind.

Weitere Anhaltspunkte über die Größe der Wohnungen geben die durchschnittliche Raumzahl und die Durchschnittsfläche. Die durchschnittliche Raumzahl beträgt bei den Mietwohnungen 3,7 und bei den Eigentümerwohnungen 5,0. Dabei sind zwischen den einzelnen Baualtersklassen kaum Unterschiede festzustellen. Bei den Mietwohnungen schwankt der Durchschnittswert zwischen 3,6 und 3,8 und bei den Eigentümerwohnungen zwischen 4,9 und 5,2. Dagegen ergeben sich beim Vergleich der Durchschnittsflächen nach Baualtersklassen sowohl bei den Miet- als auch bei den Eigentümerwohnungen zum Teil erhebliche Größenunterschiede. Die Durchschnittsfläche sämtlicher Wohnungen beträgt 72 qm, die der Mietwohnungen 60 qm und die der Eigentümerwohnungen 90 qm. Die kleinsten Mietwohnungen wurden in der Zeit nach der Währungsreform bis 1964 gebaut. Für die in dieser Periode entstandenen Wohnungen ergibt sich eine durchschnittliche Wohnfläche von 55 qm. Danach sind die Wohnungen immer größer geworden. In der Bauzeit von 1965 bis 1968 erhöhte sich die Durchschnittsfläche auf 64 qm und danach bis 1972 sogar auf 68 qm. Bei den Eigen-

Bewohnte Miet- und Eigentümerwohnungen nach Baujahr und Durchschnittsfläche

Baujahr	Mietwohnungen		Eigentümerwohnungen	
	Anzahl	Durchschnittsfläche qm	Anzahl	Durchschnittsfläche qm
bis 1948 errichtet	2 328	60	1 486	86
1949 bis 1964 errichtet	1 737	55	1 107	90
1965 bis 1968 errichtet	779	64	466	99
1969 und später errichtet	338	68	350	95

tümerwohnungen sind die nach 1964 entstandenen Wohnungen überdurchschnittlich groß, die nach der Währungsreform bis 1964 gebauten Wohnungen erreichen gerade die Durchschnittsfläche, und nur die vor der Währungsreform entstandenen Wohnungen blieben flächenmäßig unter dem Durchschnitt aller Eigentümerwohnungen.

Jede sechste Küche ist durch zusätzlichen Kohlenherd abgesichert

Zu den Räumen einer Wohnung gehört, wie gesagt, auch die Küche, die mit ihrer Größe und Ausstattung auch ein wesentliches Kriterium für die Qualität einer Wohnung ist. Die meisten Wohnungen, nämlich 61%, haben eine Küche mit 6 bis 10 qm Fläche, und in jeder fünften Wohnung ist die Küche über 10 qm groß. Nur 2% der Wohnungen haben an Stelle der Küche eine Kochnische oder einen Kochschrank. Die Mindestausstattung mit Wasserzapfstelle und Ausguß fehlt aber noch in 4% der Wohnungen.

59% der Küchen sind mit einem Elektroherd und 38% mit einem Gasherd ausgestattet. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß 17% der Küchen neben einem Elektro- oder Gasherd zusätzlich für alle Fälle mit einem Kohlenherd abgesichert sind. Weitere 4% der Küchen haben nur einen Kohlenherd, so daß sich noch in jeder fünften Küche ein Kohlenherd befindet.

Jede elfte Mietwohnung kostet mindestens 5 DM je qm Wohnfläche

Neben dieser Darstellung des Wohnungsbestandes in qualitativer Abstufung dürfte von besonderem Interesse sein, wie hoch die Mieten für die Wohnungen im April 1972 waren. Um Verfälschungen durch Mieten zu vermeiden, die aus besonderen Gründen ermäßigt oder überhöht sind, wurden die Mietangaben für Hausmeister-, Dienst-, Werks- und Stiftswohnungen sowie Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen ausgeklammert. Danach konnten aus der Stichprobe die Mietangaben für 3 920 Mietwohnungen zur Ermittlung von Durchschnittsmieten herangezogen werden. In der Miete sind Aufwendungen für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung und Müllabfuhr enthalten, nicht enthalten sind Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenmiete, Untermietzuschlag und Zuschlag für Möblierung.

Danach mußten im April 1972 in Schleswig-Holstein für Mietwohnungen im Durchschnitt 3,19 DM je qm Wohnfläche gezahlt werden. Im Herbst 1968 hatte sich bei der Totalerhebung noch eine Durchschnittsmiete von

2,38 DM je qm ergeben. Das ist ein Mietpreisanstieg von immerhin 34%. Dieser hohe Anstieg ist zum Teil auf die vorher beschriebene erhebliche qualitative Verbesserung des Wohnungsbestandes und zum Teil auf die allgemeinen Preissteigerungen zurückzuführen.

Natürlich sind die Altbauwohnungen im Durchschnitt billiger als die Neubauwohnungen. So mußten für Wohnungen, die vor der Währungsreform gebaut worden sind, durchschnittlich 2,70 DM je qm gezahlt werden, während sich für die danach bis 1964 errichteten Wohnungen eine Durchschnittsmiete von 3,10 DM und für die Neubauwohnungen ab 1965 eine Durchschnittsmiete von 4,08 DM je qm ergibt. Von den vor der Währungsreform entstandenen Wohnungen bleiben immerhin 22% unter 2 DM, und mehr als die Hälfte (52%) unter 2,50 DM Miete je qm Wohnfläche. Bei den nach der Währungsreform bis 1964 errichteten Wohnungen liegt die Miete für die Hälfte der Wohnungen zwischen 2 und 3 DM und für weitere 32% zwischen 3 und 4 DM. Bei den Neubauwohnungen ab 1965 streut die Miete wesentlich breiter über die einzelnen Klassen. Bemerkenswert bleibt hier, daß noch für fast jede fünfte Neubauwohnung weniger als 3 DM je qm verlangt wird. Andererseits beträgt die Miete für 28% dieser Wohnungen mindestens 5 DM je qm.

Neben dem Alter ist vor allem die Ausstattung mit Bad, WC und Sammelheizung für die Höhe der Miete ausschlaggebend. Die in dieser Hinsicht bestausgestatteten Wohnungen kosten unabhängig vom Baualter im Durchschnitt 3,79 DM je qm Wohnfläche. Für fast jede fünfte dieser Wohnungen müssen sogar mindestens 5 DM je qm gezahlt werden. Für

Bewohnte reine Mietwohnungen nach Baujahr, Ausstattung und Miete

Gegenstand der Nachweisung	Bewohnte reine Mietwohnungen mit Mietangabe					durchschnittliche Miete je qm DM
	insgesamt	davon mit einer monatlichen Miete je qm			%	
		unter 3 DM	von 3 bis unter 4 DM	4 DM und mehr		
bis 1948 errichtet	42	100	69	20	11	2,70
1949 bis 1964 errichtet	34	100	55	32	14	3,10
1965 und später errichtet	24	100	20	36	44	4,08
Mit Bad, WC und Sammelheizung	44	100	23	41	36	3,79
Mit Bad, WC, ohne Sammelheizung	29	100	77	19	5	2,65
Wohnungen insgesamt	100	100	52	28	20	3,19

Wohnungen mit Bad und WC, aber ohne Sammelheizung, ist die Miete mit durchschnittlich 2,65 DM je qm gleich wesentlich niedriger, obwohl es sich in beiden Fällen um die sogenannte "kalte Miete" handelt.

Die Größe der Wohnungen spielt dagegen nach den vorliegenden Durchschnittsberechnungen keine entscheidende Rolle in der Mietgestaltung. Die höchste Durchschnittsmiete

von 3,28 DM je qm errechnet sich für die kleinsten Wohnungen unter 40 qm Wohnfläche, die niedrigste mit 3,10 DM für die Wohnungen mit 40 bis unter 60 qm bei einem Gesamtdurchschnitt von 3,19 DM je qm.

Peter Möller

Vergleiche auch: "Struktur und Ausstattung der Wohnungen im Frühjahr 1972" in Wirtschaft und Statistik 1974, S. 508 (Juli)

Die Struktur der Rinder- und Schweinehaltung 1973

Rinder- und Milchviehhaltung

Aus den Unterlagen der allgemeinen Viehzählung vom 3. Dezember 1973 wurden wie auch in früheren Jahren die Halter und Bestände nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und nach der Größe der Viehbestände besonders ausgewertet. Diese Ergebnisse geben wiederum aufschlußreiche Einblicke in die Struktur der Viehhaltungen und deren Veränderungen.

Ausnahmen in Betrieben mit 20 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche zu finden.

Wie die erste Grafik zeigt, ist der weitaus größte Teil (70%) der Rinder in Beständen ab 50 Tieren und in Betrieben ab 20 ha LF zu finden. 43% wurden in Betrieben mit 20 bis 50 ha LF und 27% in Betrieben mit 50 und mehr ha LF nachgewiesen. Gegenüber 1971 zeigt sich bei den Rinderbeständen noch stärker als bei der Zahl der Haltungen

Rinderhalter im Dezember 1973

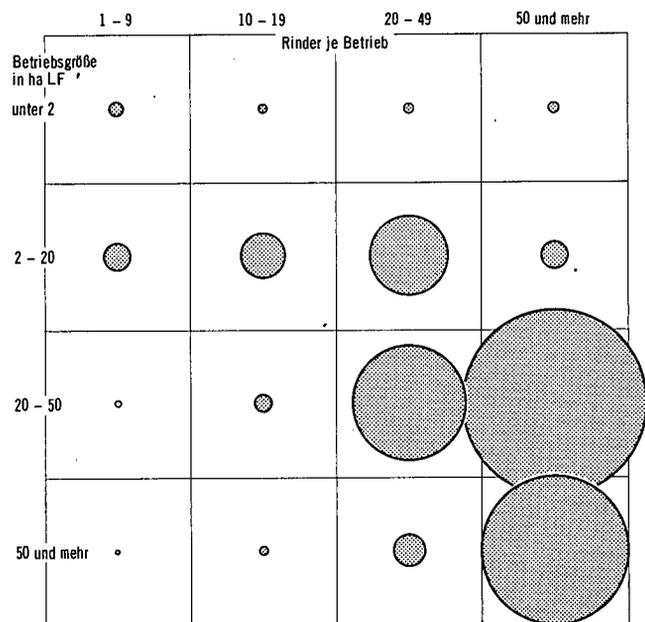
Größenklasse nach der LF in ha	Bestandsgröße von ... bis ... Rindern				Insgesamt
	1 - 9	10 - 19	20 - 49	50 und mehr	
	Rinderhalter				
0 - 2	1 357	94	54	23	1 528
2 - 20	2 783	2 502	3 723	242	9 250
20 - 50	188	375	6 158	9 064	15 785
50 und mehr	85	91	546	3 853	4 575
Insgesamt	4 413	3 062	10 481	13 182	31 138
dagegen Mai 1971	4 875	3 907	13 254	12 194	34 230

Im Dezember 1973 gab es in Schleswig-Holstein gut 31 000 Rinderhaltungen. Das sind 3 100 Haltungen weniger als im Mai 1971. Innerhalb von zwei Jahren hat also fast jeder zehnte Rinderhalter die Rindviehhaltung aufgegeben. Diese Abnahme war stärker als der Rückgang in der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt, wenngleich wegen unterschiedlicher Erhebungstermine die entsprechenden Zahlen nicht voll vergleichbar sind.

Abgenommen hat die Zahl der Haltungen bis zur Größe von 49 Rindern. Von den Haltungen mit 50 und mehr Rindern gab es 1973 fast 13 200. Das sind 42% aller Rinderhaltungen und 8% mehr als im Mai 1971. Diese aufstockenden Rinderhaltungen sind mit wenigen

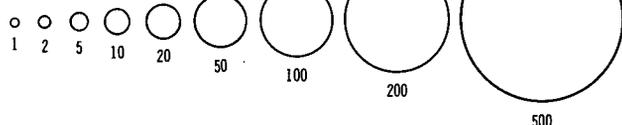
D - 4641

Verteilung der Rinder auf Betriebs- und Bestandsgrößen im Dezember 1973



Ein Kreis mit dem Durchmesser einer Quadratseite bedeutet 27 % aller Tiere

Rinder in 1 000 Stück



die starke Konzentration auf größere Betriebe und auf größere Bestände. In Bestandsgrößen bis zu 19 Rindern standen 1973 gut 4% aller Rinder. Diese Kleinhaltungen sind also heute nur noch von geringer Bedeutung in der Rindfleisch- und Milchproduktion.

Milchkuhhalter im Dezember 1973

Größenklasse nach der LF in ha	Bestandsgröße von ... bis ... Milchkühen				Ins-gesamt
	1 und 2	3 - 19 ^a	20 - 49 ^b	50 und mehr ^c	
	Milchkuhhalter				
0 - 2	741	341	-	-	1 082
2 - 20	791	6 088	295	-	7 174
20 - 50	224	5 951	8 283	82	14 540
50 und mehr	128	444	2 586	484	3 642
Insgesamt	1 884	12 824	11 164	566	26 438
dagegen					
Mai 1971	2 136	18 732	8 654	327	29 849
Dezember 1965	4 658	31 118	4 885	337	40 998
Dezember 1959	8 831	37 958	2 511	290	49 590

a) 1959 und 1965: 3 - 20

b) 1959 und 1965: 21 - 50

c) 1959 und 1965: 51 und mehr

Betrachtet man die Milchkuhhaltungen von der Größe der Milchkuhbestände und nicht von der Größe der Gesamttrinderbestände her, so ergeben sich etwas andere Größenordnungen. Da auch in den milchproduzierenden Betrieben zu den Milchkühen noch eine beträchtliche Anzahl von sonstigem Rindvieh (Kälber, Jungvieh, Starke) hinzukommt, ist der Milchkuhbestand verständlicherweise wesentlich kleiner als der Gesamtbestand an Rindvieh.

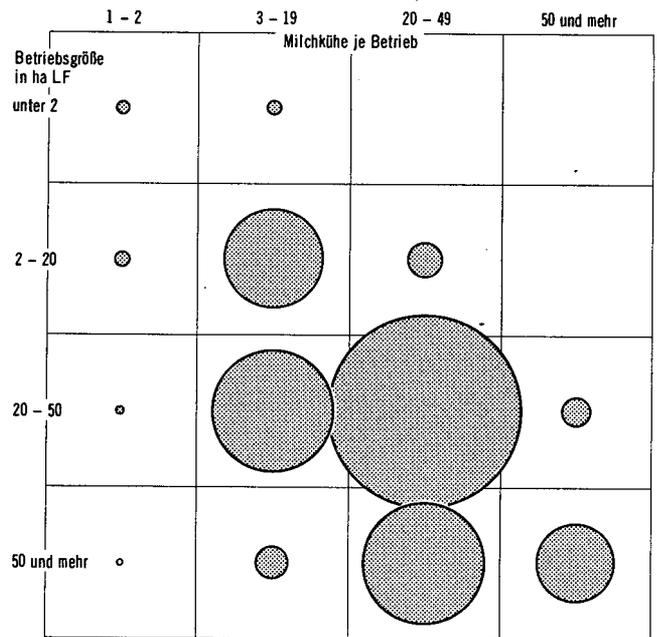
Die hier gewählten vier Bestandsgrößenklassen der Milchkuhhaltung können wie folgt charakterisiert werden.

Bei den Haltungen mit 1 bis 2 Milchkühen dürfte es sich um Selbstversorgerhaltungen handeln. Es gibt sie in allen Betriebsgrößenklassen. Ihre Zahl war in den vergangenen Jahren sehr stark rückläufig. Seit vielen Jahren ist der Grad der Selbstversorgung in den landwirtschaftlichen Betrieben bei allen Nahrungsmitteln rückläufig, da es die außerordentliche Verknappung menschlicher Arbeitskraft in den Betrieben und der ökonomische Zwang zum rationellen Einsatz der verbleibenden Arbeitskraft immer weniger erlaubt, wegen hergebrachter Grundsätze Selbstversorgung mit unrentablen Viehbeständen oder Anbauflächen zu betreiben.

Auch die Haltungen der nächsten Bestandsgrößenklasse von 3 bis 19 Milchkühen erlauben seit Jahren keine kostengünstige Milchproduktion mehr. Diese "Kleinbestände" nehmen

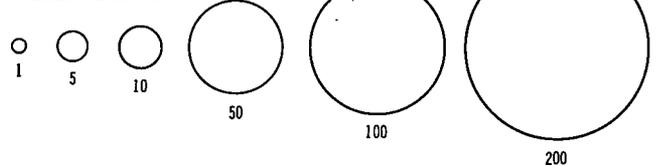
D - 4642

Verteilung der Milchkühe auf Betriebs- und Bestandsgrößen im Dezember 1973



Ein Kreis mit dem Durchmesser einer Quadratseite bedeutet 27 % aller Tiere

Milchkühe in 1 000 Stück



daher laufend ab. Während 1959 noch 38 000 Haltungen mit drei Viertel aller Milchkühe auf diese Größenklasse entfielen, waren es 1973 nur noch 12 800 Haltungen mit knapp 30% aller Milchkühe.

Gemessen an der Zahl der Haltungen ist die nächstgrößere Haltungsgrößenklasse 20 bis 49 Milchkühe bereits annähernd so stark vertreten, wie die der "Kleinhaltungen". In den Haltungen mit 20 bis 49 Milchkühen stehen jedoch 62% der Milchkühe. Die Größe von 20 Milchkühen wurde bereits bei Einführung der Melkmaschine als Mindestgröße für eine kostengünstige Milchproduktion im bäuerlichen Familienbetrieb angesehen. 1959 entfielen erst 2 500 Haltungen mit 15% aller Milchkühe auf diese Größenklasse. Da sich allgemein mit fortschreitender Technik die Mindestgrößen nach oben verschieben, wird die Grenze auch bei 20 Milchkühen nicht stehen bleiben, und die landwirtschaftlichen Betriebe werden sich neu orientieren. Das zeigt sich bereits bei einer weiteren Aufgliederung der Größenklasse. Während die Zahl der Haltungen mit 20 bis 29 Milchkühen von 1971 bis 1973 nur um 11% zunahm, vergrößerten sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Haltungen mit 30 bis 39 Milchkühen um 78% und die

mit 40 bis 49 Milchkühen um rund 100%. Betrachtet man die Entwicklung der Kuhbestände, so ist sie noch eindrucksvoller zugunsten der größeren Haltungen innerhalb der Gesamtspanne von 20 bis 49 Milchkühen verlaufen. Wie die Aufgliederung nach Größenklassen der LF zeigt, sind die Bestände ab 20 Milchkühen erst in Betriebsgrößen ab 20 ha LF in nennenswertem Umfang vertreten. Die Milchkuhhaltung ist, wenn man von den seltenen Abmelkwirtschaften absieht, eng an die betriebseigenen Futterflächen gebunden. Daher ist die Struktur der Milchviehhaltung mit der Struktur der Betriebsgrößen allgemein eng verknüpft.

Haltungen mit 50 und mehr Milchkühen gab es bis vor wenigen Jahren in bäuerlichen Familienbetrieben kaum. Sie fanden sich vielmehr in Betrieben mit Lohnarbeitern und wurden zumeist von Spezialarbeitskräften (Melkern) betreut. Solange Melker eingesetzt werden mußten, stagnierte die Zahl der Milchkuhhaltungen dieser Größenklasse. Noch in den letzten Jahren haben Großbetriebe (insbesondere im Raum Ostholstein) große Milchkuhbestände, die von familienfremden Arbeitskräften betreut wurden, abgeschafft. Infolge fortschreitender Technik in der Milchkuhhaltung (leistungsfähigere und mit weniger Handarbeitsaufwand einzusetzende Melkmaschinenanlagen, mechanisierte Fütterung, mechanische Entmistung) sind in jüngster Zeit auch Betriebe mit Familienarbeitsverfassung in die Lage versetzt worden, 50 und mehr Milchkuhe zu halten. Die Zahl derartiger Haltungen stieg von 327 im Mai 1971 auf 566 im Dezember 1973. Darunter waren 82 Betriebe mit nur 20 bis 50 ha LF. Auf diese Haltungsgrößen entfielen 1973 insgesamt 7,6% des Kuhbestandes (Mai 1971 : 5,1%). In Anbetracht der weiteren Bemühungen der Industrie, die Fütterung, die Entmistung und das Melken immer mehr zu mechanisieren und zu automatisieren, dürften in Zukunft Bestände von 50 und mehr Milchkühen zunehmend in bäuerlichen Familienbetrieben zu finden sein.

Schweinehaltung

Die Zahlen über die Struktur der Schweinehaltung vom Dezember 1973 werden wegen des saisonal unterschiedlichen Standes und wegen der unterschiedlichen Erfassungsgrenzen zwischen Landwirtschaftszählung und Viehzählung nicht mit denen vom Mai 1971 verglichen, sondern nur mit denen der Dezemberzählungen 1969 und 1965.

In der Schweinehaltung zeigen sich die gleichen Tendenzen zur Konzentration auf weniger und größere Haltungen wie in der Rinderhaltung.

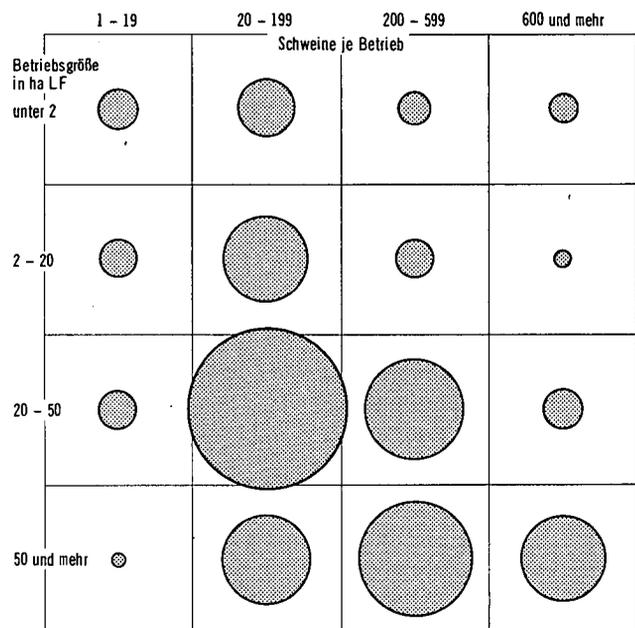
Schweinehalter im Dezember 1973

Größenklasse nach der LF in ha	Bestandsgröße von ... bis ... Schweinen				Insgesamt
	1 - 19	20 - 199	200 - 599	600 und mehr	
	Schweinehalter				
0 - 2	6 435	1 320	62	16	7 833
2 - 20	3 646	2 686	91	4	6 427
20 - 50	3 106	7 854	658	41	11 659
50 und mehr	416	1 813	754	158	3 141
Insgesamt	13 603	13 673	1 565	219	29 060
dagegen					
Dezember 1969	26 217	18 284	1 194	96	45 791
Dezember 1965	40 733	21 651	781	61	63 226

Die Gesamtzahl der Schweinehaltungen nahm gegenüber 1969 um 37% und gegenüber 1965 um 54% ab. Dabei blieb der Gesamtbestand an Schweinen annähernd gleich. Wie die Übersicht zeigt, sind es auch hier die kleinen Haltungen, bäuerliche Kleinhaltungen wie auch Selbstversorgerhaltungen, die die Schweinehaltung aufgegeben haben. Rückläufig war die Zahl der Haltungen bis zur Größenklasse 50 bis 199 Schweine. Erst von der Grenze 200 Schweine an nimmt die Zahl der Haltungen und mehr noch die Zahl der Schweine in diesen Haltungen zu.

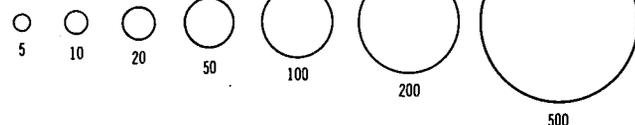
D - 4643

Verteilung der Schweine auf Betriebs- und Bestandsgrößen im Dezember 1973



Ein Kreis mit dem Durchmesser einer Quadratseite bedeutet 27 % aller Tiere

Schweine in 1 000 Stück



In Haltungen ab 200 Schweinen standen 1973 bereits 42% aller Schweine, darunter 12% in Haltungen mit 600 und mehr Schweinen. Acht Jahre vorher waren in Beständen ab 200 Schweinen erst 19% aller Schweine und in Beständen ab 600 Schweinen 5% nachgewiesen worden.

In der Verteilung nach Betriebsgrößenklassen zeigt sich, daß auch die Schweinehaltung als flächenunabhängiger Betriebszweig, der durchaus ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche betrieben werden kann und vereinzelt auch betrieben wird, im allgemeinen noch stark mit der Flächengröße der Betriebe korreliert. Kapitalbedarf, Gebäudeausstattung, Arbeitskräfteausstattung und das wirtschaftliche Risiko wachsen mit dem Schweinebestand und sind vom größeren Betrieb leichter zu realisieren als vom Kleinbetrieb. Rein gewerbliche Haltungen ohne Verbindung mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche sind daher auch sehr häufig mit anderen Gewerbebetrieben wie Futtermittelhandel, Müllerei, Viehhandel oder ähnlichem verbunden.

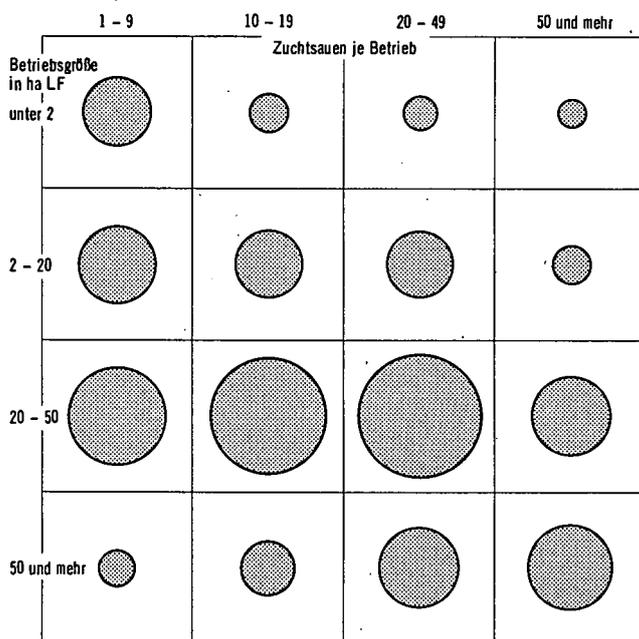
Zuchtsauenhalter im Dezember 1973

Größenklasse nach der LF in ha	Bestandsgröße von ... bis ... Zuchtsauen				Ins- gesamt
	1 - 9	10 - 19	20 - 49	50 und mehr	
	Halte von Zuchtsauen				
0 - 2	2 745	216	81	11	3 053
2 - 20	3 027	647	278	41	3 993
20 - 50	4 060	1 985	1 038	162	7 245
50 und mehr	507	407	426	139	1 479
Insgesamt	10 339	3 255	1 823	353	15 770
darunter					
Dezember 1969	18 084	4 023	1 406	144	23 657
Dezember 1967	22 472	4 144	1 162	118	27 896

Mehr noch als die Schweinehaltung allgemein oder als die Schweinemast wird die Zuchtsauenhaltung als typischer Betriebszweig des bäuerlichen Familienbetriebes angesehen, obwohl es auch hier vereinzelt Anfänge rein gewerblicher Haltungen in Großbeständen gibt.

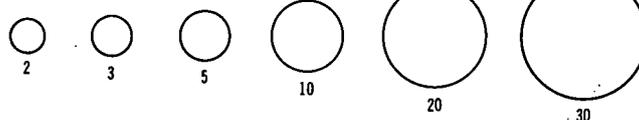
Die Ergebnisse der Sonderauswertung der Viehzählung zeigen, daß von den 15 770 Zuchtsauenhaltungen im Dezember 1973 nur knapp 1 500 zu Betrieben mit 50 und mehr ha LF gehören. Allerdings hielten diese Betriebe bereits 21% aller Zuchtsauen. Schwerpunkt der Zuchtsauenhaltung sind noch die mittleren Betriebe mit 20 bis 50 ha LF. Auf sie entfällt etwa die Hälfte der Haltungen und ebenso die Hälfte des Zuchtsauenbestandes. In allen Betriebsgrößenklassen überwogen auch bei der letzten Zählung noch die kleineren

D - 4644 Verteilung der Zuchtsauen auf Betriebs- und Bestandsgrößen im Dezember 1973



Ein Kreis mit dem Durchmesser einer Quadratseite bedeutet 27 % aller Tiere

Zuchtsauen in 1 000 Stück

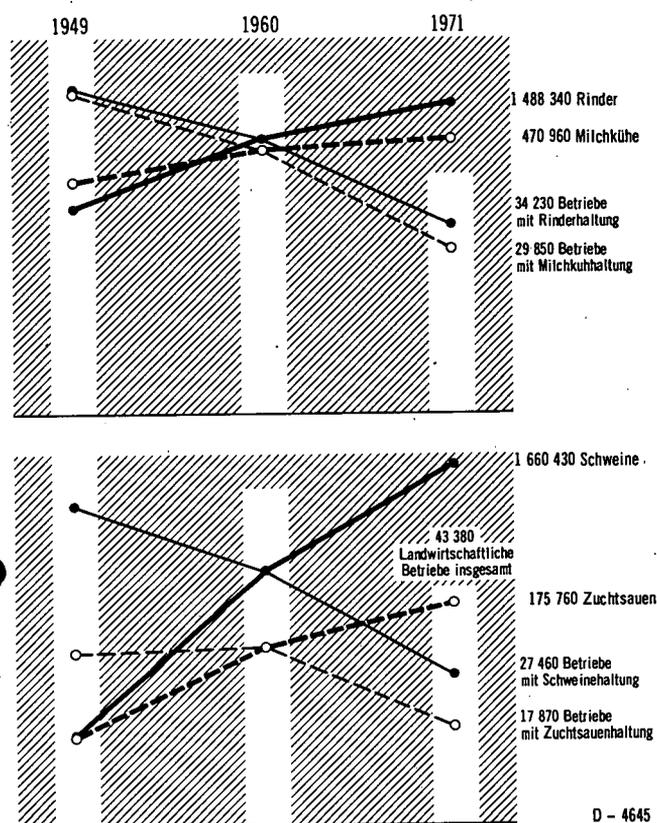


Bestände unter 20 Zuchtsauen, obwohl die Zahl dieser Haltungen allein im Verlauf der letzten vier Jahre um gut 8 500 Einheiten abgenommen hat (- 39%). Der Anteil der Zuchtsauen in Beständen unter 20 Stück ging von 71% im Dezember 1969 auf 51% im Dezember 1973 zurück.

Erhebliche Zunahmen gab es dagegen in den Bestandsgrößenklassen ab 20 Zuchtsauen. Die Zunahmen der Zuchtsauenbestände in den mittleren und größeren Haltungen ab 20 Stück konnten im Dezember 1973 die Abnahmen in den kleinen Haltungen überkompensieren, so daß - erstmalig seit Dezember 1970 - die Zuchtsauenbestände insgesamt wieder anstiegen. Inwieweit sich hier ein struktureller Umschwung in der Entwicklung der Zuchtsauenhaltung in Schleswig-Holstein anzeigt oder nur zyklische Bewegungen zum Ausdruck kommen, werden erst die Ergebnisse der Viehzählungen der kommenden Jahre zeigen.

In dem letzten Bild werden noch einmal die Strukturwandlungen, die im einzelnen für kürzere Zeiträume dargestellt wurden, in wenigen zusammengefaßten Daten seit 1949 sichtbar gemacht. Hierbei handelt es sich um Daten der Betriebsstrukturhebungen; die vielen kleinen flächenlosen Selbstversorgerhaltungen mit Schweinen und auch mit Milch-

Langfristige Strukturveränderung in der Viehhaltung



kühen, die es gerade in der Nachkriegszeit in großer Zahl gab, sind dabei noch nicht einmal erfaßt.

Aus den Daten wird deutlich, daß in dem Zeitraum von 22 Jahren, in denen sich die Zahl aller landwirtschaftlichen Betriebe etwa

um ein Drittel verringerte, die Zahl der Milchkuhhaltungen auf die Hälfte zurückging und gleichzeitig der Milchkuhbestand insgesamt um fast ein Fünftel aufgestockt wurde. Die Zahl der schweinehaltenden Betriebe ging auf weniger als die Hälfte zurück. Gleichzeitig wuchs der Schweinebestand auf das Vierfache.

Diese Entwicklungen zeigen den ökonomischen Zwang zur Rationalisierung und Kostensenkung, dem die Landwirtschaft wie viele andere Wirtschaftsbereiche unterliegt, und der bisher immer größere Wirtschaftseinheiten - in diesem Falle Viehhaltungen - erfordert.

In der Schweinehaltung gibt es vereinzelt bereits auch Großbestände. Jedoch scheinen die Risiken solcher sehr großen Tierhaltungen, insbesondere wegen der Seuchengefahren, größer zu sein, als bei industriellen Großbetrieben. Wie bei großen Industriebetrieben haben auch große Viehhaltungen mit Problemen der Umweltbelastung zu kämpfen, die bei der bäuerlichen Viehhaltung mit mittleren Bestandsgrößen nicht oder weniger stark auftreten.

Der Konzentrationsprozeß in der Rinder- und Schweinehaltung wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Inwieweit sich hier Massentierhaltungen (wie z. B. in der Masthühnerhaltung) durchsetzen werden, ist nicht zu übersehen.

Dr. Matthias Sievers

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht C III 1 enthalten. Vergleiche auch: "Entwicklungen in der Schweinehaltung" in dieser Zeitschrift 1973, S. 123 (Juni)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

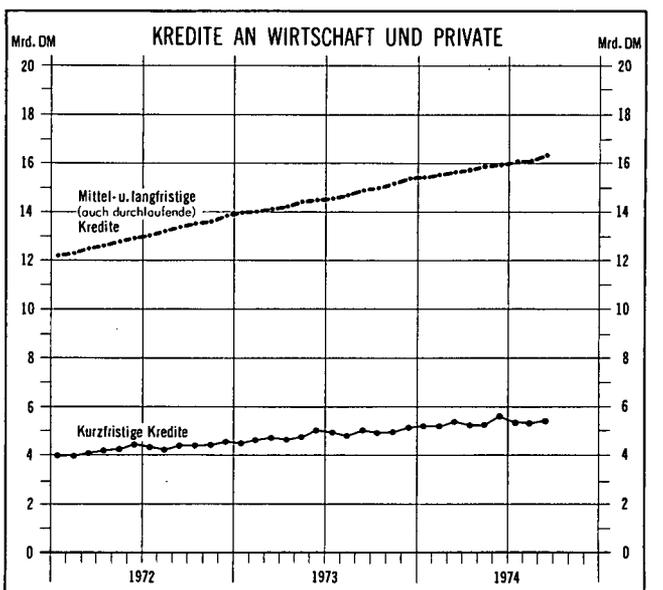
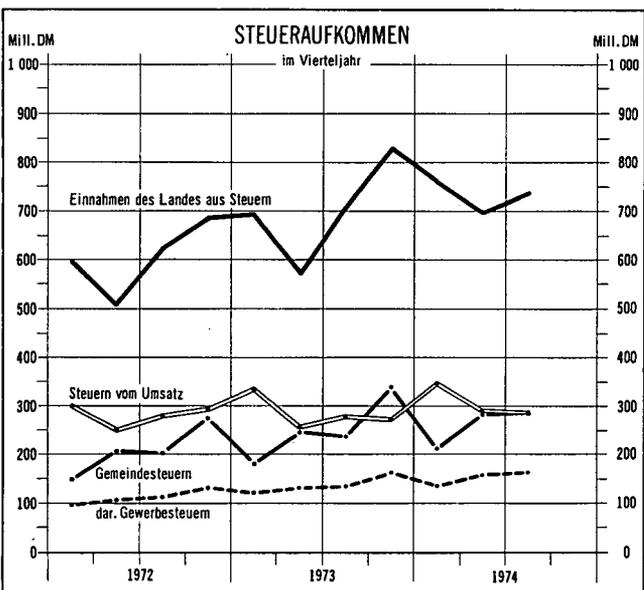
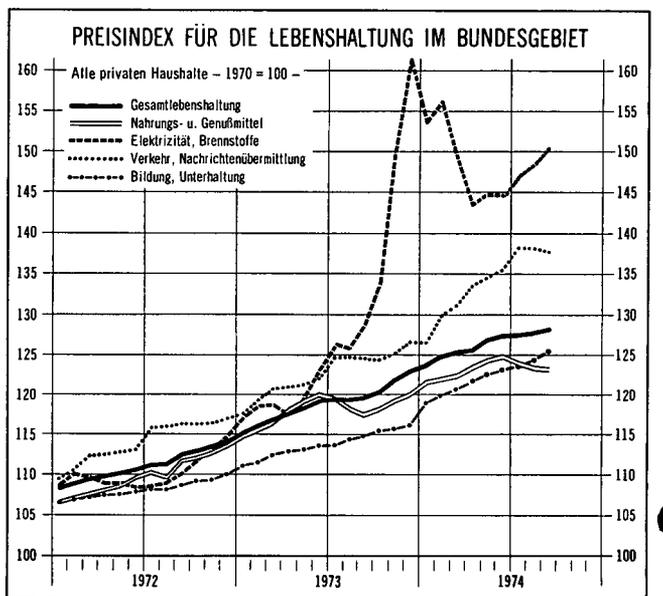
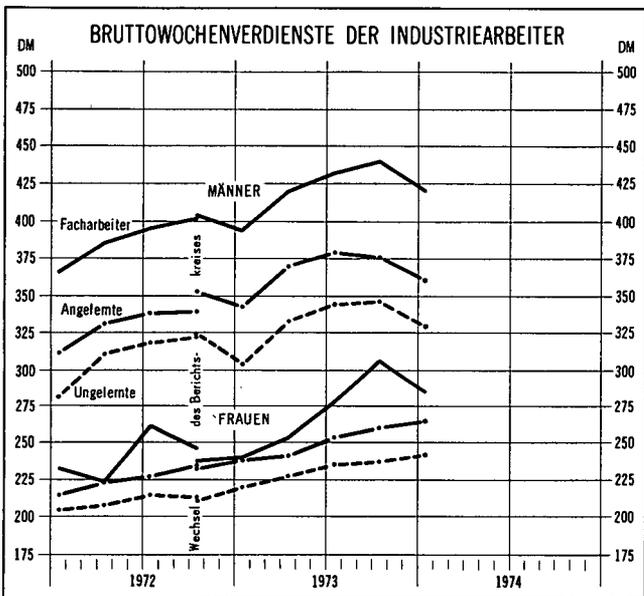
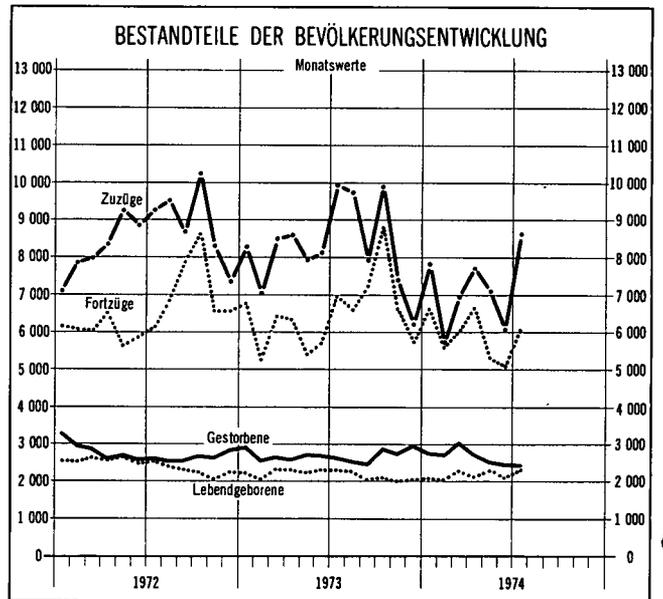
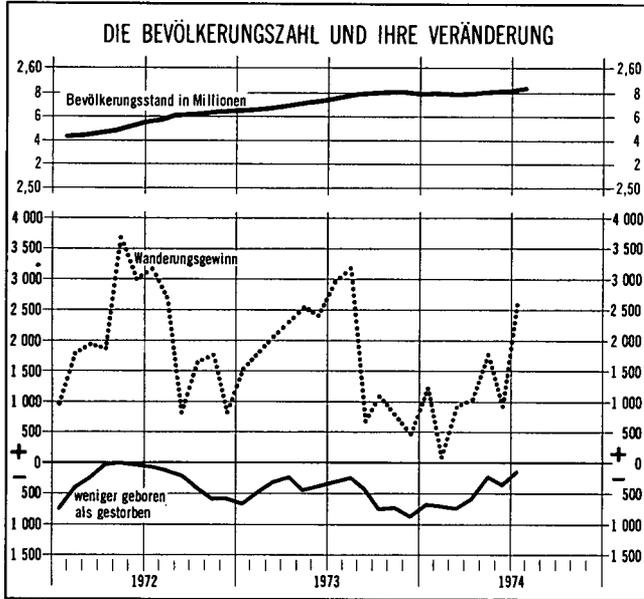
0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

26. Jahrgang . Heft 11/12 . November/Dezember 1974

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt			Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 554	2 573	2 576	2 579	2 580	2 582	2 585
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 370	1 266	1 571	1 838	1 254	1 302	1 377
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,4	5,9	7,2	8,4	5,9	6,1	6,3
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 440	2 199	2 321	2 289	2 038	2 124	2 311
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	10,3	10,6	10,5	9,6	10,0	10,5
* Gestorben 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 730	2 693	2 644	2 539	2 451	2 477	2 456
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,8	12,6	12,1	11,6	11,6	11,7	11,2
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	49	48	53	38	39	60	31
*	je 1 000 Lebendgeborene	19,9	21,7	22,8	16,6	19,1	28,2	13,4
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	290	494	323	250	413	353	145
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	1,4	2,3	1,5	1,1	1,9	1,7	0,7
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 527	8 280	9 918	9 738	7 904	6 057	8 642
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 530	6 468	6 942	6 573	7 244	5 103	6 049
* Wanderungsgewinn, (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 997	+ 1 812	+ 2 976	+ 3 165	+ 660	+ 954	+ 2 593
* Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 400	10 318	11 591	11 583	10 443	8 785	11 001
Wanderungsfälle	Anzahl	25 456	25 066	28 451	27 894	25 591	19 945	25 692
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	168	165	183	180	170	135	167
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	12	14	10	11	11	21	23	24	25
darunter * Männer	1 000	7	8	5	5	5	12	13	13	14
Offene Stellen	1 000	19	20	22	21	20	16	14	14	12
darunter für Männer	1 000	11	13	14	14	14	9	9	9	8
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 421 ^a	1 496 ^a	.	.	.	1 587	.	.	.
darunter * Milchkühe	1 000	498 ^a	504 ^a	.	.	.	490	.	.	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000
* Schweine	1 000	1 598 ^a	1 659 ^a	.	.	1 717	.	.	1 799	.
darunter * Zuchtsauen	1 000	161 ^a	168 ^a	.	.	163	.	.	180	.
darunter * trächtig	1 000	100 ^a	111 ^a	.	.	98	.	.	120	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	29	31	24	30	40	27	34	37	45
* Kälber	1 000 St.	2	1	2	1	1	1	2	1	1
* Schweine	1 000 St.	205 ^b	200 ^c	194	206	193	190	226	232	221
darunter * Hausschlachtungen	1 000 St.	8	7	2	2	3	3	5	4	4
* Schlachtmengen 5) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)										
	1 000 t	23,7	24,2	22,1	24,9	26,6	22,7	27,0	29,1	30,7
darunter * Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	7,2	8,0	6,3	7,8	10,5	7,1	9,0	9,9	12,1
* Kälber	1 000 t	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	16,3	16,1	15,7	16,9	16,0	15,3	17,7	18,9	18,5
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	257	264	262	261	264	269	270	272	270
Kälber	kg	78	95	96	98	97	92	96	98	96
Schweine	kg	83	83	82	83	84	82	80	83	85
Geflügel										
Eingelegte Bruteler 6)	1 000	518	515	460	498	384	540	480	470	500
* für Legehennenküken	1 000	877	879	857	1 000	819	1 183	937	969	959
* für Masthühnerküken	1 000	877	879	857	1 000	819	1 183	937	969	959
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	843	825	804	883	784	666	821	793	862
* Milcherzeugung										
	1 000 t	178	181	185	159	121	225	191	156	117
darunter * an Meiereien geliefert	%	92	93	94	93	93	94	94	94	93
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,0	11,8	11,9	10,3	8,1	14,9	12,2	10,0	7,7

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

c) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Industrie und Handwerk										
Industrie⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	188	187	187	188	190	187	188	189	188
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	139	138	138	139	140	136	136	138	137
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 242	22 249	19 557	21 611	22 268	20 761	18 587	20 880	21 576
*Löhne (brutto)	Mill. DM	185,9	208,6	215,1	218,9	207,2	225,2	251,3	240,8	224,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	85,0	97,5	98,1	96,1	94,8	115,4	119,5	115,2	110,3
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	20	28	25	25	26	32	31	32	33
*Gasverbrauch (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,3	13,8	10,7	11,1	13,0	11,2	9,9	11,7	12,2
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4,0	3,5	3,5	3,3	3,5	2,4	2,9	2,6	2,6
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	9,4	10,3	7,3	7,8	9,4	8,8	7,0	9,1	9,5
*Heizölverbrauch	1 000 t	95	100	84	89	94	92	86	85	86
*leichtes Heizöl	1 000 t	20	21	12	13	16	15	12	13	15
*schweres Heizöl	1 000 t	75	79	71	75	79	76	75	72	71
*Stromverbrauch	Mill. kWh	165	177	162	171	181	170	167	179	180
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	36	33	33	34	31	37	35	37
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹⁰⁾	Mill. DM	1 273	1 439	1 261	1 423	1 383	1 772	1 497	1 741	1 661
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	200	242	175	179	196	359	242	311	304
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	172	184	151	165	196	211	156	178	197
*Bergbau	1962=100	109	100	99	98	99	83	81	82	80
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	179	200	177	209	220	239	181	198	203
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	192	206	149	169	225	249	172	218	249
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	208	220	176	180	234	228	153	180	216
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	134	139	125	129	140	155	128	132	142
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	144	143	127	144	162	162	107	141	150
Handwerk (Meßziffern)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1970=100	97,0	96,7	.	.	99,0	92,0	.	.	94,4
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	126,7	132,2	.	.	139,4	127,3	.	.	140,6
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	266	290	296	322	350	206	224	309	306
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	545	582	476	505	525	498	516	547	547
*Gaserzeugung (brutto) (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	11	10	5	5	5	4	4	4	4
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
- 1974 vorläufige Zahlen -										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 896	61 242	62 627	62 530	61 869	55 384	55 782	55 827	55 053
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 347	7 906	7 369	8 702	8 494	7 239	6 080	7 678	7 743
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 774	3 576	3 164	3 850	3 688	2 973	2 245	3 078	3 172
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 347	1 342	1 184	1 468	1 431	1 164	960	1 175	1 154
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 047	2 790	2 847	3 141	3 151	2 878	2 698	3 200	3 194
*Löhne (brutto)	Mill. DM	83,2	90,2	86,9	102,0	97,7	91,8	80,3	95,6	94,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	9,7	11,3	11,8	11,2	11,7	12,1	12,3	11,9	11,6
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	256,4	282,0	314,5	293,4	331,8	296,7	322,7	290,5	248,7

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	991	946	1 203	986	898	893	835	819	914
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	874	853	1 118	916	827	825	787	791	864
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 124	1 018	1 201	898	880	851	767	736	846
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	180 223	177 561	216 057	155 673	157 714	160 505	144 460	128 947	160 746
*Wohnfläche	1 000 qm	212	193	229	162	214	155	140	122	154
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)										
*umbauter Raum	1 000 cbm	716	775	707	863	990	505	583	753	703
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	79 651	90 227	90 102	86 547	132 075	64 797	70 967	82 706	108 037
*Nutzfläche	1 000 qm	126	141	134	149	181	95	111	132	141
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 854	2 305	2 810	1 907	1 784	1 898	1 595	1 342	1 820
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹²⁾	Anzahl	2 629	2 937	1 658	1 488	1 808	863	985	1 125	1 411
Wohnräume	Anzahl	10 797	11 336	7 022	5 884	7 814	3 785	4 219	4 810	6 362
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	251,0	279,8	288,5	216,7	230,8	274,6	315,7	399,1	414,9
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	27,2	32,5	31,5	28,9	34,4	31,1	42,3	56,6	55,2
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	223,8	247,3	257,0	187,8	196,4	243,6	273,4	342,5	359,8
davon *Rohstoffe	Mill. DM	4,8	5,9	5,9	6,0	5,7	6,1	9,3	7,3	9,3
*Halbwaren	Mill. DM	9,9	19,7	19,9	23,2	15,9	18,7	53,8	65,5	52,3
*Fertigwaren	Mill. DM	209,2	221,7	231,2	158,5	174,8	218,7	210,3	269,8	298,2
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	16,4	21,0	18,2	19,8	21,7	31,2	29,6	31,2	28,9
*Enderzeugnisse	Mill. DM	192,7	200,7	213,0	138,7	153,1	187,6	180,7	238,6	269,4
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	68,6	122,3	143,6	118,6	113,8	122,9	172,3	169,7	185,4
darunter Italien	Mill. DM	20,1	22,9	19,7	25,9	25,4	18,7	22,4	19,7	23,8
Niederlande	Mill. DM	22,8	25,6	23,6	27,0	25,9	26,5	45,9	35,6	38,3
ab Januar 1973										
Dänemark	Mill. DM	17,3	22,0	18,0	24,2	21,9	22,0	29,1	52,7	50,1
Großbritannien	Mill. DM	40,3	18,4	50,8	8,7	11,8	19,4	29,5	24,6	27,4
*EFTA-Länder	Mill. DM	89,9	65,4	29,8	30,7	39,8	36,3	43,0	48,0	85,9
darunter Norwegen	Mill. DM	5,0	27,5	5,3	5,4	10,5	4,5	4,8	8,0	5,9
Schweden	Mill. DM	8,3	19,0	6,8	8,6	10,2	11,4	14,8	20,3	52,8
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	124,7	133,6	r 137,8	132,5	122,5	133,9	150,3	145,0	135,7
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	111,5	119,2	209,4	179,9	130,1	174,4	r 214,5	225,1	153,9
Fremdenverkehr in 134 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	187	200	534	409	226	p 337	p 520	p 479	p 246
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	18	41	30	20	p 22	p 44	p 34	p 20
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 537	1 659	6 008	4 954	1 856	p 2 904	p 5 567	p 5 664	p 2 137
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	37	93	76	39	p 48	p 94	p 75	p 40
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹³⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 053	1 121	1 391	1 133	1 184	1 212	1 148
Güterversand	1 000 t	307	399	352	554	386	540	481
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	243	236	216	261	224	235	241	235	218
*Güterversand	1 000 t	362	327	380	410	351	318	283	349	345
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	8 122	7 522	7 314	5 419	6 220	6 218	6 347	5 055	6 126
*Personenkraftwagen ¹⁴⁾	Anzahl	63	92	139	88	51	110	103	66	56
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 234	6 693	6 441	4 689	5 461	5 448	5 645	4 362	5 446
	Anzahl	445	386	385	308	303	329	302	262	252
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 502	1 428	1 503	1 511	1 490	1 365	1 211	1 583	p 1 519
*Getötete Personen	Anzahl	71	61	55	65	57	55	50	69	p 47
*Verletzte Personen	Anzahl	2 023	1 891	2 103	1 976	1 952	1 864	1 657	2 128	p 2 018

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt ^{d)}		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹⁵⁾										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	20 540	23 133	21 873	21 920	22 291	24 135	24 090	24 117	24 432
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	19 793	22 352	21 174	21 222	21 621	23 339	23 258	23 282	23 558
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 466	4 903	4 779	4 653	4 842	5 391	5 146	5 107	5 200
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 430	4 882	4 751	4 630	4 818	5 364	5 130	5 099	5 189
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	36	21	28	23	24	27	16	8	11
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 794	2 068	1 849	1 871	1 923	2 041	2 078	2 029	2 140
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 698	1 925	1 705	1 738	1 789	1 905	1 940	1 883	1 993
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	96	143	144	133	134	135	138	146	147
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	13 533	15 382	14 546	14 697	14 855	15 907	16 034	16 145	16 218
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 525	12 934	12 329	12 455	12 601	13 424	13 520	13 605	13 677
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 007	2 448	2 218	2 243	2 254	2 483	2 514	2 540	2 541
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁶⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 149	18 446	17 003	17 225	17 327	18 757	19 054	19 292	19 267
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 817	10 614	9 718	9 938	10 034	10 881	11 156	11 325	11 263
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 247	6 645	5 981	6 122	6 293	6 873	7 049	7 201	7 225
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 570	3 969	3 737	3 816	3 741	4 008	4 107	4 124	4 038
*Spareinlagen	Mill. DM	7 332	7 832	7 285	7 287	7 293	7 876	7 898	7 967	8 004
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 495	4 686	4 452	4 458	4 449	4 704	4 723	4 767	4 789
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	395	411	396	365	324	363	526	415	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	326	380	435	362	318	343	504	347	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	13	16	17	11	19	14	21	28	23
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,9	1,3	-	-	-	1	3	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	393	437	462	456	376	495
*Wechselsumme	Mill. DM	1,131	1,541	1,597	1,426	1,564	9,858
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	314 873	373 472	353 507	286 257	459 751	500 006	277 026	380 212	541 066
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	221 614	278 599	254 777	193 434	373 565	401 150	193 240	277 295	441 155
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	149 077	186 403	216 099	162 401	160 880	175 857	164 474	272 432	195 416
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 557	72 222	20 414	20 013	176 868	190 598	22 790	- 4 158	207 206
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 700	2 004	4 769	2 959	2 351	1 690	4 154	1 979	2 177
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	12 280	17 970	13 494	8 060	33 467	33 005	1 823	7 043	36 355
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	93 259	94 873	98 730	92 823	86 185	98 857	83 787	102 917	99 910
*Umsatzsteuer	1 000 DM	69 991	68 131	71 386	66 007	60 811	64 993	48 112	67 899	61 105
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	23 268	26 742	27 344	26 816	25 375	33 864	35 675	35 018	38 805
*Bundessteuern	1 000 DM	101 340	116 332	103 986	104 780	112 247	121 468	103 396	43 259	46 535
*Zölle	1 000 DM	10 910	10 676	9 875	9 264	9 692	9 873	10 296	8 020	10 747
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	85 163	99 163	89 688	90 665	93 366	101 215	89 122	30 949	24 787
*Landessteuern	1 000 DM	28 267	30 039	26 531	36 990	22 438	27 257	27 429	39 199	24 399
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 272	5 700	759	13 736	1 156	1 896	1 625	16 393	1 851
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	16 236	17 414	19 086	15 994	15 396	15 607	19 639	16 006	15 959
*Biersteuer	1 000 DM	1 018	951	1 240	1 307	1 269	1 117	1 057	1 226	1 202
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	156 174 ⁺	187 078 ⁺	.	.	189 166	206 268	.	.	216 285
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 177 ⁺	7 114 ⁺	.	.	7 194	7 394	.	.	7 432
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	24 119 ⁺	26 496 ⁺	.	.	30 360	25 867	.	.	26 946
*Gewerbesteuer	1 000 DM	97 117 ⁺	121 447 ⁺	.	.	118 294	139 196	.	.	145 035
nach Ertrag und Kapital (brutto) ²⁰⁾	1 000 DM	14 210 ⁺	15 929 ⁺	.	.	16 106	16 667	.	.	18 422
*Lohnsummensteuer	1 000 DM			
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	257 467	296 497	276 690	249 054	331 408	358 658	267 547	190 739	302 130
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	88 868	110 391	84 722	83 939	163 140	174 910	83 511	82 643	192 394
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	60 653	61 668	64 175	60 335	56 021	62 280	52 786	64 838	63 201
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	23 807	-	-	-	27 854	-	-
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	201 260	232 862	250 793	182 159	274 548	239 083	198 609	256 938	278 770
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	102 089	129 683	131 447	83 955	163 140	174 936	83 330	148 975	192 394
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	64 297	65 034	69 007	61 214	88 970	36 890	59 996	68 764	61 977
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	23 807	-	-	-	27 854	-	-
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	207 218 ⁺	250 030 ⁺	.	.	236 121	281 398	.	.	283 956
*Gewerbesteuer	1 000 DM	57 480 ⁺	72 809 ⁺	.	.	70 680	92 385	.	.	89 327
nach Ertrag und Kapital (netto) ²²⁾	1 000 DM			
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	90 682 ⁺	111 589 ⁺	.	.	94 569	121 941	.	.	123 379

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
			Monats- durchschnitt	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970=100	99,8	112,6	110,5	110,7	110,5	143,0	143,7	145,6	146,3
Ausfuhrpreise	1970=100	105,5	112,3	112,1	112,6	113,0	131,7	133,2	134,2	134,8
Grundstoffpreise ²³⁾	1962=100	108,9	120,3	119,7	121,1	121,3	143,1	143,3	144,3	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte ²³⁾	1970=100	107,0	114,1 ^f	114,8	115,1	115,3	129,3	130,8	131,3	131,7
landwirtschaftlicher Produkte ²³⁾	1961/63=100	118,7 ^e	118,8 ^f	120,6	118,6	120,3	113,2	p 111,1	p 111,3	p 115,6
*Preisindex für Wohngebäude,										
Bauleistungen am Gebäude ²⁴⁾	1962=100	174,3	187,1	.	189,9	.	.	.	203,6	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher										
Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²³⁾	1962/63=100	127,3 ^e	139,8 ^f	140,0	138,0	136,2	143,2	143,1	144,0	144,8
Einzelhandelspreise	1962=100	123,7	131,6	132,2	131,9	132,2	142,2	142,4	142,5	143,2
*Preisindex für die Lebenshaltung ²⁵⁾	1970=100	111,1	118,8	119,3	119,3	119,4	127,2	127,5	127,7	128,1
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	109,7	118,0	119,3	118,1	117,4	124,8	124,1	123,4	123,2
Kleidung, Schuhe	1970=100	112,3	120,7	120,8	121,3	122,4	129,3	129,8	130,3	131,4
Wohnungsmieten	1970=100	112,5	119,2	119,4	119,8	120,3	125,0	125,5	125,8	126,1
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	110,1	128,2	126,1	125,7	128,4	144,8	147,0	148,5	150,4
übrige Waren und Dienstleistungen										
für die Haushaltsführung	1970=100	109,7	114,3	113,5	113,3	113,9	122,8	122,7	123,1	124,0
Löhne und Gehälter ²⁶⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	369	402	409
darunter *Facharbeiter	DM	390	426	432
*weibliche Arbeiter	DM	218	241	244
darunter *Hilfsarbeiter	DM	210	232	235
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	8,32	9,11	9,26
darunter *Facharbeiter	DM	8,84	9,67	9,81
*weibliche Arbeiter	DM	5,38	5,98	6,09
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,21	5,75	5,84
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,4	44,0	44,2
weibliche Arbeiter	Std.	40,5	40,2	40,1
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 792	2 009	2 027
*weiblich	DM	1 194	1 355	1 374
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 923	2 196	2 220
*weiblich	DM	1 218	1 321	1 331
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 533	1 796	1 809
*weiblich	DM	953	1 129	1 150
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 704	1 708	1 687
weiblich	DM	(1 112)	1 384	1 411
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 615	1 861	1 875
weiblich	DM	1 019	1 184	1 203
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 909	2 151	2 171
weiblich	DM	1 213	1 325	1 336

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

20) Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen

21) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. 8. 1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau

25) alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31. 12.

e) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1973/74 (Juli-Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁾ in 1 000	fertiggestellte Wohnungen ¹⁾		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins-gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins-gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	Auslands-gäste
	Mill. DM								in 1 000			
1969	28	23	24	868	2 159	656	707	1 901	2 251	235	16 856	466
1970	27	21	19	889	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁴⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopfer-fürsorge
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins-gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	36,0	17,0
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	39,1	22,9
1973	837	6	704	45	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	...	27,1

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch-steuern	Gewerbe-steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins-gesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				ins-gesamt	Kreditmarkt-mittel
	Mill. DM											
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580	1 100
1970	2 425	1 865	590	867	1 714	1 081	481	850	342	2 615	1 734	1 209
1971	2 730	2 067	740	967	2 060	1 367	549	904	395	2 823	1 992	1 428
1972	3 087	2 448	829	1 117	2 455	1 609	703	1 022	445	3 326	2 286	1 675
1973	3 558	2 794	1 000	1 138	3 047	1 974	867	1 190	550	3 620	2 562	1 923

Jahr	Preisindices im Bundesgebiet				Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise		für Wohn-gebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1970=100	Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie ⁹⁾ und Handel			öffentlicher Dienst		
	indus-trieller Produkte ⁷⁾ 1962=100	landwirt-schaftlicher Produkte ⁷⁾⁸⁾ 1961/63=100			ins-gesamt	Nahrungs- und Genuß-mittel	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
	DM											
1969	101,5	106,2	127,2	96,7	97,7	259	157	1 208	758	1 398	1 474	1 005
1970	107,5	98,1	147,4	100	100	297	178	1 329	839	1 572	1 608	1 152
1971	112,5	106,5	162,7	105,3	103,8	337	198	1 484	938	1 752	1 744	1 257
1972	116,1	118,7	174,3	111,1	109,7	369	218	1 615	1 019	1 909	1 841	1 334
1973	123,8	...	187,1	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448

1) Errichtung neuer Gebäude

2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

4) ohne Postspareinlagen

5) ohne Kassenkredite

6) alle privaten Haushalte

7) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

9) einschließlich Hoch- und Tiefbau

10) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Mai 1974			Bevölkerungsveränderung im Mai 1974			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1974	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
in %								
FLensburg	95 050	- 0,1	- 0,6	- 25	- 98	- 123	26 785	24 414
KIEL	264 768	- 0,0	- 0,7	- 104	67	- 37	74 683	68 049
LÜBECK	235 005	- 0,1	- 0,8	- 59	- 180	- 239	62 797	56 445
NEUMÜNSTER	86 045	- 0,1	- 0,6	- 15	- 82	- 97	26 488	23 635
Dithmarschen	132 520	- 0,1	- 0,7	- 6	- 91	- 97	47 263	36 781
Hzgt. Lauenburg	150 323	+ 0,0	+ 1,0	- 16	72	56	48 923	41 418
Nordfriesland	162 173	+ 0,2	+ 0,7	8	354	362	58 326	46 379
Ostholstein	186 369	+ 0,2	+ 0,3	- 6	461	455	60 308	50 156
Pinneberg	253 059	+ 0,1	+ 0,4	18	339	357	81 474	70 964
Plön	113 049	+ 0,0	+ 0,6	- 21	74	53	41 627	34 289
Rendsburg-Eckernförde	234 724	+ 0,1	+ 1,1	- 32	240	208	81 229	66 249
Schleswig-Flensburg	175 767	+ 0,1	+ 0,5	- 2	124	122	65 973	51 874
Segeberg	190 224	+ 0,2	+ 3,1	67	394	461	72 272	60 864
Steinburg	131 947	- 0,1	- 0,5	- 39	- 87	- 126	44 577	35 898
Stormarn	170 691	+ 0,1	+ 1,4	- 3	193	190	57 835	50 161
Schleswig-Holstein	2 581 714	+ 0,1	+ 0,4	- 235	1 780	1 545	850 560	717 576

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im September 1974 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31.8.1974	Beschäftigte am 31.8.1974	Umsatz ⁴⁾ im August 1974 Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLensburg	60	9 020	74	54	-	74
KIEL	143	30 536	389	157	4	205
LÜBECK	141	28 532	159	137	5	169
NEUMÜNSTER	74	10 736	57	68	-	91
Dithmarschen	63	6 414	149	71	7	94
Hzgt. Lauenburg	99	9 318	61	72	1	94
Nordfriesland	47	2 457	41	93	5	124
Ostholstein	75	6 527	46	137	2	197
Pinneberg	235	23 952	177	137	2	166
Plön	41	2 707	21	65	-	88
Rendsburg-Eckernförde	131	11 606	81	153	3	212
Schleswig-Flensburg	69	4 589	68	92	4	134
Segeberg	182	15 290	121	112	7	148
Steinburg	97	10 537	98	79	3	100
Stormarn	137	16 610	200	92	4	122
Schleswig-Holstein	1 594	188 831	1 741	1 519	47	2 018

1) nach dem Gebietsstand vom 31. Mai 1974

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. März 1974			Offene Stellen am 31. 8. 1974 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im August 1974			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 2. 8. 1974	Rindvieh am 31. 5. 1974	
		VZ 1961	31. 3. 1973						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 580	+ 11,3	+ 0,5	14	156	93,6	10,0	1 799	1 587	490
Hamburg	1 748	- 4,6	- 0,8	14	1	94,6	9,7	14	18	4
Niedersachsen	7 259	+ 9,3	+ 0,5	33	368	91,0	11,5	6 486	3 206	1 029
Bremen	728	+ 3,0	+ 0,7	6	2	79,6	10,7	7	19	5
Nordrhein-Westfalen	17 235	+ 8,3	+ 0,2	100	238	95,0	11,0	4 687	2 077	704
Hessen	5 585	+ 16,0	+ 0,7	32	115	81,7	11,3	1 563	947	333
Rheinland-Pfalz	3 698	+ 8,2	+ 0,1	16	81	86,2	10,4	739	714	247
Baden-Württemberg	9 241	+ 19,1	+ 0,6	55	218	79,5	9,9	2 283	1 849	702
Bayern	10 853	+ 14,1	+ 0,5	53	606	88,2	10,1	4 675	4 643	1 922
Saarland	1 110	+ 3,5	- 0,6	3	10	80,5	11,5	73	77	28
Berlin (West)	2 040	- 7,2	- 0,8	13	0	24,2	15,3	8	1	1
Bundesgebiet	62 075	+ 10,5	+ 0,3	339	1 793	88,5	10,5	22 334	15 138	5 463

Land	Industriebeschäftigte (alle Betriebe, Totalerhebung) am 30. Sept. 1973		Industrie ¹⁾				Wohnungswesen im Juni 1974			
			Beschäftigte am 31. 7. 1974 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Juli 1974		Produktions- index 3) 1962=100 im Juli 1974	zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
				Mill. DM	Auslands- umsatz in %		Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	194	75	188	1 497	16	156	1 898	7,4	863	3,3
Hamburg	199	113	188	2 155	16	109	394	2,2	654	3,7
Niedersachsen	799	110	761	5 606	22	123	4 411	6,1	3 476	4,8
Bremen	103	141	101	1 095	28	.	259	3,6	330	4,5
Nordrhein-Westfalen	2 674	155	2 512	22 193	25	.	8 720	5,1	9 766	5,7
Hessen	753	135	709	4 811	28	.	3 924	7,0	6 380	11,4
Rheinland-Pfalz	420	113	399	3 612	29	237	2 563	6,9	1 631	4,4
Baden-Württemberg	1 617	175	1 545	10 265	24	164	5 919	6,4	4 711	5,1
Bayern	1 441	133	1 368	9 369	23	.	6 471	6,0	3 875	3,6
Saarland	171	153	163	1 092	34	.	624	5,6	265	2,4
Berlin (West)	245	119	227	1 508	12	.	724	3,5	883	4,3
Bundesgebiet	8 616	139	8 161	63 203	24	159	35 907	5,8	32 834	5,3

Land	Bauhauptgewerbe		Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Juli 1974				Bestand an Spar- einlagen ⁵⁾ am 31. 7. 1974 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	Beschäftigte am 30. Juni 1974		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
	in 1 000	je 1 000 Einwohner								
Schleswig-Holstein	55	21	1 211	50	1 657	141	3 062	281	352	...
Hamburg	37	21	703	12	957	138	5 720	530	2 265	...
Niedersachsen	161	22	3 146	169	4 366	144	3 794	272	267	...
Bremen	19	25	291	8	366	129	4 336	367	1 248	...
Nordrhein-Westfalen	338	20	7 573	222	9 840	133	4 396	310	444	...
Hessen	124	22	2 437	91	3 455	146	4 882	327	427	...
Rheinland-Pfalz	81	22	1 614	90	2 267	146	4 046	262	301	...
Baden-Württemberg	218	24	4 216	227	6 058	149	4 549	329	442	...
Bayern	267	25	5 867	259	8 285	146	4 657	298	351	...
Saarland	21	19	496	18	680	141	3 728	268	303	...
Berlin (West)	39	19	948	17	1 231	132	3 985	214	624	...
Bundesgebiet	1 360	22	28 502	1 163	39 162	143	4 373	307	457	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

5) ohne Postspareinlagen

Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31.12.1973 in qkm	Gemeinden am 31.12.1973	Bevölkerung am 31.12.1973			Eheschließungen 1973		Lebendgeborene 1973	
			insgesamt	männlich	Einwohner je qkm	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	51,17	1	93 617	43 712	1 830	603	6,4	1 082	11,5
KIEL	110,12	1	265 587	125 102	2 413	1 675	6,3	2 426	9,1
LÜBECK	213,97	1	236 047	109 334	1 103	1 566	6,6	2 230	9,4
NEUMÜNSTER	71,57	1	86 321	40 754	1 206	538	6,2	934	10,8
Dithmarschen	1 381,09	134	133 014	63 218	96	838	6,3	1 512	11,3
Flensburg-Land	1 022,35	75	75 881	37 910	74	435	5,8	749	9,9
Hzgt. Lauenburg	1 264,29	134 ^a	150 130	72 729	119	817	5,5	1 485	10,0
Nordfriesland	2 023,71	162	161 524	78 478	80	932	5,8	1 721	10,7
Ostholstein	1 390,03	43	186 065	88 646	134	1 117	6,0	1 900	10,2
Pinneberg	661,78	51	252 799	122 024	382	1 418	5,6	2 547	10,1
Plön	1 081,21	89	113 065	55 381	105	675	6,0	1 139	10,1
Rendsburg-Eckernförde	2 185,52	174	234 121	113 849	107	1 378	5,9	2 452	10,5
Schleswig	1 054,07	91	101 351	49 455	96	599	5,9	1 082	10,7
Segeberg	1 344,33	98 ^a	187 751	91 394	140	1 026	5,5	2 101	11,3
Steinburg	1 056,37	117	132 618	63 517	126	706	5,3	1 296	9,8
Stormarn	766,21	86	169 707	81 885	221	871	5,2	1 742	10,3
Schleswig-Holstein	15 677,78	1 258	2 579 598	1 237 388	165	15 194	5,9	26 398	10,3

KREISFREIE STADT Kreis	Gestorbene (ohne Totgeborene) 1973		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Über die Kreisgrenze		Wande- rungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Gesundheitswesen			
	Anzahl	je 1 000 Einwohner		Zugezogene 1973	Fort- gezogene 1973		Ärzte ¹⁾		Zahnärzte und sonstige Zahn- behandler 1)	
							insgesamt	darunter ausschl. frei- praktizierende am 31.12.1973		
FLensburg	1 332	14,2	- 250	7 580	7 826	-	246	231	124	67
KIEL	3 630	13,6	- 1 204	16 126	18 175	-	2 049	920	299	259
LÜBECK	3 410	14,4	- 1 180	12 199	12 670	-	471	626	272	177
NEUMÜNSTER	1 032	11,9	- 98	4 355	4 337	+	18	175	84	45
Dithmarschen	1 822	13,7	- 310	5 185	5 608	-	423	174	115	74
Flensburg-Land	774	10,3	- 25	5 488	4 708	+	780	39	32	25
Hzgt. Lauenburg	1 872	12,6	- 387	10 329	7 610	+	2 719	165	99	63
Nordfriesland	1 840	11,4	- 119	11 250	9 850	+	1 400	247	149	69
Ostholstein	2 468	13,3	- 568	14 578	12 379	+	2 199	322	178	98
Pinneberg	2 727	10,8	- 180	18 336	15 295	+	3 041	301	193	118
Plön	1 340	11,9	- 201	9 304	7 289	+	2 015	107	67	52
Rendsburg-Eckernförde	2 780	12,0	- 328	15 048	11 631	+	3 417	242	149	101
Schleswig	1 440	14,2	- 358	5 888	5 510	+	378	179	82	38
Segeberg	1 959	10,6	+ 142	16 537	10 965	+	5 572	208	115	73
Steinburg	1 913	14,4	- 617	6 199	6 155	+	44	158	91	64
Stormarn	1 980	11,8	- 238	13 573	10 223	+	3 350	188	110	70
Schleswig-Holstein	32 319	12,6	- 5 921	171 975	150 231	+	21 744	4 282	2 159	1 393

1) ohne Bundesgrenzschutz und Landespolizei

a) darunter 1 Forstgutsbezirk

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Schüler in allgemeinbildenden Schulen ¹⁾ im September 1973			Schüler in beruflichen Schulen ³⁾ im November 1973	Wirtschaftsfläche 1973			Landwirt- schaftlich genutzte Fläche 1973 in ha
	in				insgesamt in ha	darunter in %		
	Grund- und Hauptschulen ²⁾	Realschulen	Gymnasien			landwirt- schaftlich genutzte Fläche	Waldfläche	
FLensburg	* 9 614	* 2 682	* 4 200	* 5 989	* 5 636	* 20,0	* 17,2	* 1 127
KIEL	21 870	6 140	8 869	12 849	10 861	35,5	7,4	3 856
LÜBECK	22 594	5 270	5 885	11 420	22 299	33,7	11,2	7 523
NEUMÜNSTER	8 980	2 182	2 875	4 479	6 847	55,1	7,5	3 773
Dithmarschen	15 092	4 282	3 295	5 083	139 531	81,1	3,0	113 205
Flensburg-Land	10 109	894	50	822	102 697	79,3	5,4	81 450
Hzgt. Lauenburg	15 915	3 733	3 328	2 922	126 495	60,1	24,1	76 028
Nordfriesland	19 270	5 338	4 174	6 106	204 842	81,1	3,1	166 049
Ostholstein	18 764	4 880	4 750	3 982	139 501	75,3	8,3	104 993
Pinneberg	25 735	6 087	7 063	5 439	66 287	68,1	5,0	45 160
Plön	12 537	2 568	2 647	1 976	108 941	68,9	10,1	75 090
Rendsburg-Eckernförde	26 322	6 416	4 168	5 884	216 257	74,5	9,7	161 090
Schleswig	11 935	3 313	2 835	3 054	106 271	78,8	4,5	83 706
Segeberg	21 619	5 006	4 793	3 311	133 368	71,2	13,8	94 971
Steinburg	14 532	3 603	3 021	4 008	104 704	74,3	7,0	77 773
Stormarn	17 154	4 409	4 313	2 995	76 350	71,6	11,0	54 699
Schleswig-Holstein	272 042	66 803	66 266	80 319	1 570 887	73,2	8,7	1 150 493

KREISFREIE STADT Kreis	Betriebsgrößenstruktur 1973							
	landwirtschaftliche Betriebe ⁴⁾ mit ... bis unter ... ha landw. genutzter Fläche							
	2 - 5	5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 30	30 - 50	50 und mehr	zusammen
FLensburg	* 12	* 4	* 2	* -	* 10	* 7	* 4	* 39
KIEL	22	18	8	8	9	23	19	107
LÜBECK	58	41	14	9	24	32	48	226
NEUMÜNSTER	10	17	4	12	8	27	24	102
Dithmarschen	383	346	282	359	786	1 060	512	3 728
Flensburg-Land	223	216	168	223	604	765	373	2 572
Hzgt. Lauenburg	208	138	127	168	350	598	396	1 985
Nordfriesland	605	589	445	494	1 156	1 497	700	5 486
Ostholstein	262	147	101	158	328	526	700	2 222
Pinneberg	401	276	190	183	378	416	113	1 957
Plön	273	118	143	183	468	495	302	1 982
Rendsburg-Eckernförde	405	370	349	466	1 049	1 236	768	4 643
Schleswig	280	260	245	275	543	792	384	2 779
Segeberg	279	217	199	249	600	782	466	2 792
Steinburg	259	218	183	283	613	848	270	2 674
Stormarn	181	118	76	133	296	412	273	1 489
Schleswig-Holstein	3 861	3 093	2 536	3 203	7 222	9 516	5 352	34 783

1) ohne 1 792 Schüler in integrierten Gesamtschulen, 972 Schüler in Abendschulen und 56 Schüler in Kollegs

2) einschließlich Sonderschüler

3) ohne 503 Schüler in Berufsaufbauschulen in Teilzeitform

4) Betriebe, bei denen das Schwergewicht der Produktion auf landwirtschaftlichen Erzeugnissen liegt

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Viehbestand am 3. Dezember 1973						Milcherzeugung im Jahre 1973		Jahres- milch- leistung 1973 in kg je Kuh
	Rindvieh		Schweine		Legehennen (einschl. Küken)	Schlacht- und Masthühner (einschl. Küken)	1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	
	insgesamt	darunter Milchkühe ¹⁾	insgesamt	darunter Zuchtsauen					
FLENSBURG	* 1 190	* 291	* 670	* 16	* 12 931	* 24	*	*	*
KIEL	3 170	989	1 506	90	22 164	54	.	.	.
LÜBECK	5 182	2 104	10 865	1 429	45 771	794	.	.	.
NEUMÜNSTER	4 004	1 517	4 856	415	10 073	104	.	.	.
Dithmarschen	180 105	45 007	127 371	15 981	227 259	281 156	171	92,3	3 826
Flensburg-Land	130 727	44 160	155 487	11 023	102 948	28 723	203 ^a	92,2	4 578
Hzgt. Lauenburg	62 870	22 611	131 699	14 009	252 993	30 061	94	96,3	4 166
Nordfriesland	244 809	75 631	154 246	17 472	121 184	2 730	317	92,9	4 213
Ostholstein	66 223	24 976	126 939	13 603	342 221	71 322	130 ^b	91,5	4 782
Pinneberg	68 632	23 083	48 757	5 042	135 936	43 170	99	94,8	4 351
Plön	75 086	28 495	88 948	10 983	304 593	80 459	147 ^c	91,8	4 717
Rendsburg-Eckernförde	217 577	79 009	204 858	22 041	323 953	85 758	337	93,1	4 312
Schleswig	123 722	42 852	180 594	14 153	95 304	11 096	181	94,6	4 266
Segeberg	118 579	44 578	181 895	17 156	468 256	201 051	203	94,2	4 585
Steinburg	142 724	47 469	143 351	13 304	203 372	158 338	193	92,0	4 129
Stormarn	51 651	21 221	96 972	11 112	164 497	43 577	90	97,8	4 217
Schleswig-Holstein	1 496 251	503 993	1 659 014	167 829	2 833 455	1 038 417	2 166	93,3	4 323

KREISFREIE STADT Kreis	Industriebeschäftigte (alle Betriebe, Totalerhebung) am 30.9.1973		Industrie ²⁾ 1973						
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Betriebe	Beschäftigte			geleistete Arbeiter- stunden in 1 000	Löhne und Gehälter (brutto)	
				insgesamt	Inhaber und Angestellte einschl. Auszubildender	Arbeiter		insgesamt	darunter Löhne
FLENSBURG	* 8 915	* 95	* 68	* 8 678	* 1 811	* 6 867	* 13 494	* 151 811	* 111 559
KIEL	30 662	116	144	30 736	9 154	21 582	40 178	625 545	409 647
LÜBECK	29 270	124	142	28 585	7 282	21 303	41 090	552 951	382 172
NEUMÜNSTER	11 062	128	72	10 639	2 564	8 075	14 403	192 824	134 622
Dithmarschen	6 971	52	60	6 516	1 341	5 175	10 149	123 686	90 668
Flensburg-Land	1 145	15	31	1 020	231	789	1 605	17 800	13 261
Hzgt. Lauenburg	10 029	67	102	9 652	2 208	7 444	14 427	178 717	129 717
Nordfriesland	3 004	19	46	2 724	541	2 183	4 394	49 902	37 210
Ostholstein	6 805	36	76	6 295	1 693	4 602	8 588	102 564	67 591
Pinneberg	24 891	98	241	24 000	7 617	16 383	31 802	477 327	289 454
Plön	2 967	26	41	2 661	640	2 021	3 802	47 924	32 712
Rendsburg-Eckernförde	12 107	52	124	11 498	2 422	9 076	18 610	214 862	160 127
Schleswig	3 605	35	35	3 456	688	2 768	5 667	61 695	46 355
Segeberg	15 008	80	175	14 369	4 156	10 213	20 389	301 726	196 843
Steinburg	11 262	85	98	10 927	2 248	8 679	16 113	229 005	170 362
Stormarn	16 430	97	126	15 626	4 468	11 158	22 275	344 726	231 140
Schleswig-Holstein	194 133	75	1 581	187 382	49 064	138 318	266 988	3 673 067	2 503 439

1) ohne Ammen- und Mutterkühe

2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr tätigen Personen

a) einschließlich Flensburg, Stadt

b) einschließlich Lübeck

c) einschließlich Kiel und Neumünster

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis		noch: Industrie ¹⁾ 1973						
		Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)		Kohle- verbrauch in t SKE ²⁾	Heizölverbrauch		Gas- verbrauch (H ₀ = 4 300 kcal je cbm)	Strom- verbrauch in 1 000 kWh
		insgesamt	darunter Auslands- umsatz		insgesamt	darunter schweres Heizöl		
		1 000 DM		t		1 000 cbm		
*	*	*	*	*	*	*	*	
FLENSBURG	800 219	193 625	209	36 842	31 371	488	93 032	
KIEL	1 941 721	699 650	3 268	30 629	7 596	5 085	144 694	
LÜBECK	2 160 280	560 808	.	71 835	41 138	198 965	328 313	
NEUMÜNSTER	629 049	96 812	.	17 417	4 051	3 714	110 628	
Dithmarschen	1 218 956	171 339	1 236	331 313	326 241	.	300 730	
Flensburg-Land	88 673	18 564	-	.	.	-	9 672	
Hzgt. Lauenburg	669 273	96 968	1 105	21 298	10 144	1 059	61 081	
Nordfriesland	482 842	51 820	.	6 181	649	.	14 878	
Ostholstein	537 065	53 778	.	17 751	12 302	5 772	38 735	
Pinneberg	2 043 094	291 738	1 063	106 450	65 592	27 096	300 877	
Plön	234 658	7 083	.	5 492	849	.	23 414	
Rendsburg-Eckernförde	1 053 313	187 839	.	45 832	24 768	1 512	85 820	
Schleswig	652 752	27 866	.	37 598	22 756	.	43 840	
Segeberg	1 362 314	147 255	.	29 425	3 781	.	97 170	
Steinburg	1 088 059	80 160	645	.	.	1 202	340 249	
Stormarn	2 308 183	218 468	1 718	36 339	14 639	.	126 616	
Schleswig-Holstein	17 270 452	2 903 773	332 157	1 200 860	951 978	328 890	2 119 748	

KREISFREIE STADT Kreis		Wohnungsbestand am 31.12.1973		Fertiggestellte Wohngebäude 1973		Fertiggestellte Wohnungen ³⁾ 1973		
		Wohngebäude	Wohnungen in Wohn- und Nicht- wohngebäuden	insgesamt	darunter Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen	insgesamt	und zwar	
							in Gebäuden mit 1 und 2 Wohnungen	öffentlich voll- und teilgefördert
*	*	*	*	*	*	*	*	
FLENSBURG	10 654	38 673	182	120	928	129	235	
KIEL	26 220	107 352	252	185	1 345	209	228	
LÜBECK	33 721	98 376	414	304	1 637	362	187	
NEUMÜNSTER	13 722	34 083	306	223	1 066	236	137	
Dithmarschen	34 080	49 260	699	657	1 346	709	240	
Flensburg-Land	16 921	25 428	448	429	816	480	124	
Hzgt. Lauenburg	30 449	56 396	1 000	925	2 873	1 055	444	
Nordfriesland	39 754	63 630	778	684	2 238	802	122	
Ostholstein	37 327	74 432	879	765	3 946	925	250	
Pinneberg	44 304	93 832	1 341	1 166	3 520	1 269	332	
Plön	23 422	41 106	631	591	1 961	659	269	
Rendsburg-Eckernförde	47 934	84 667	1 276	1 204	4 388	1 293	416	
Schleswig	20 851	34 602	338	321	624	347	179	
Segeberg	35 792	66 487	1 823	1 654	4 661	1 778	569	
Steinburg	28 197	49 986	673	640	1 256	707	227	
Stormarn	33 159	61 788	1 031	915	2 641	1 032	252	
Schleswig-Holstein	476 507	980 098	12 071	10 783	35 246	11 992	4 211	

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr tätigen Personen

2) 1 t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle = 1 t Steinkohlenbriketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

3) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	noch: Fertiggestellte Wohnungen ¹⁾ 1973					Fertig- gestellte Wohnräume 1)2) 1973	Bauüberhang am 31. 12. 1973	
	von den Wohnungen hatten ... Wohnräume mit 6 oder mehr qm einschließlich Küchen						Wohnungen	
	1 und 2	3	4	5	6 und mehr	unter Dach und noch nicht unter Dach	noch nicht begonnen	
FLENSBURG	* 209	* 221	* 258	* 158	* 82	* 3 406	* 832	* 162
KIEL	241	245	484	215	160	5 325	2 906	248
LÜBECK	335	210	490	394	208	6 489	1 449	465
NEUMÜNSTER	174	147	400	184	161	4 220	804	356
Dithmarschen	293	122	306	321	304	5 763	907	304
Flensburg-Land	81	105	184	214	232	3 942	898	257
Hzgt. Lauenburg	694	315	796	564	504	11 564	1 988	610
Nordfriesland	799	481	325	283	350	8 344	2 097	380
Ostholstein	2 125	513	569	349	390	11 595	2 712	577
Pinneberg	448	546	1 066	860	600	14 997	3 789	641
Plön	771	214	335	317	324	7 057	1 309	484
Rendsburg-Eckernförde	2 168	278	687	583	672	13 525	2 699	884
Schleswig	56	94	154	114	206	2 929	901	100
Segeberg	774	417	1 564	1 057	849	19 793	2 924	729
Steinburg	117	199	321	331	288	5 568	1 021	327
Stormarn	308	459	751	613	510	11 519	2 792	1 053
Schleswig-Holstein	9 593	4 566	8 690	6 557	5 840	136 036	30 028	7 577

KREISFREIE STADT Kreis	Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1974					Straßenverkehrsunfälle 1973	
	insgesamt	darunter			Personen- kraftwagen 1) je 1 000 Einwohner	Unfälle mit Personen- schaden	verunglückte Personen (Getötete und Verletzte)
		Personen- kraftwagen 3)	Last- kraftwagen	Zug- maschinen 4)			
FLENSBURG	* 26 785	* 24 414	* 1 593	* 147	* 257	* 537	* 670
KIEL	74 683	68 049	4 314	491	257	1 558	2 032
LÜBECK	62 797	56 445	4 104	764	240	1 568	1 958
NEUMÜNSTER	26 488	23 635	1 803	451	275	658	859
Dithmarschen	47 263	36 781	2 371	7 215	277	926	1 303
Flensburg-Land						488	734
Hzgt. Lauenburg	48 923	41 418	2 084	4 455	275	903	1 221
Nordfriesland	58 326	46 379	2 921	7 766	286	1 133	1 640
Ostholstein	60 308	50 156	2 998	5 710	269	1 402	2 012
Pinneberg	81 474	70 964	4 843	4 279	281	1 521	1 997
Plön	41 627	34 289	1 782	4 707	303	774	1 076
Rendsburg-Eckernförde	81 229	66 249	3 760	9 659	282	1 594	2 231
Schleswig	65 973 ^a	51 874 ^a	2 727 ^a	9 973 ^a	295 ^a	596	820
Segeberg	72 272	60 864	3 967	6 284	319	1 375	1 923
Steinburg	44 577	35 898	2 340	5 298	272	880	1 216
Stormarn	57 835	50 161	3 113	3 477	294	1 226	1 724
Schleswig-Holstein	850 560	717 576	44 720	70 676	278	17 139	23 416

1) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

2) mit 6 oder mehr qm einschließlich Küchen

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

4) zulassungspflichtige

a) einschließlich Kreis Flensburg-Land (wurde am 24. 3. 1974 mit Kreis Schleswig vereinigt)

Schluß: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1973				Empfänger ¹⁾ von Sozialhilfe 1973		
	Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	DM je Einwohner	im Laufe des Jahres	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten am 31. Dezember 1973	
	1 000 DM					insgesamt	je 1 000 Einwohner
FLensburg	* 5 918	* 4 684	* 10 603	* 113,26	* 3 976	* 881	* 9,4
KIEL	13 959	15 312	29 271	110,21	13 191	5 327	20,1
LÜBECK	13 750	16 130	29 880	126,59	10 261	4 142	17,6
NEUMÜNSTER	3 809	3 648	7 458	86,40	3 507	1 647	19,1
Dithmarschen	3 269	3 605	6 874	51,68	3 125	1 182	8,9
Flensburg-Land	1 991	2 261	4 252	56,04	2 487	899	11,9
Hzgt. Lauenburg	3 949	6 404	10 353	68,96	4 424	1 389	9,3
Nordfriesland	4 097	3 604	7 701	47,68	4 469	1 482	9,2
Ostholstein	5 047	7 996	13 043	70,10	5 182	1 742	9,4
Pinneberg	5 910	9 907	15 817	62,57	6 735	2 321	9,2
Plön	2 542	4 468	7 010	62,00	2 990	1 012	9,0
Rendsburg-Eckernförde	6 298	8 981	15 278	65,26	6 877	2 332	10,0
Schleswig	2 772	3 815	6 587	64,99	2 940	1 140	11,3
Segeberg	4 206	6 195	10 400	55,39	4 633	1 708	9,1
Steinburg	4 427	6 543	10 970	82,72	4 476	1 602	12,1
Stormarn	3 374	5 514	8 888	52,37	3 827	1 243	7,3
Landesbehörden	46	60 289	60 335	23,39	431	-	-
Schleswig-Holstein	85 363	169 357	254 720	98,74	83 531	30 049	11,6

KREISFREIE STADT Kreis	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände									
	Realsteueraufbringungskraft ²⁾ 1973				Steuereinnahmekraft der Gemeinden ⁴⁾ 1973		allgemeine Finanzzuweisungen ⁵⁾ 1973			
	insgesamt		aus Gewerbesteuern ³⁾		1 000 DM	DM je Einw. 6)	Gemeinden und Gemeindeverbände		kreisangehörige Gemeinden und Ämter	
	1 000 DM	DM je Einw. 6)	1 000 DM	DM je Einw. 6)			1 000 DM	DM je Einw. 6)	1 000 DM	DM je Einw. 6)
FLensburg	* 25 894	* 276	* 21 993	* 235	* 38 177	* 408	* 15 974	* 171	.	.
KIEL	111 879	420	98 906	371	146 914	552	39 524	148	.	.
LÜBECK	97 627	413	85 380	361	122 915	519	40 874	173	.	.
NEUMÜNSTER	25 227	291	21 516	249	36 127	417	9 520	110	.	.
Dithmarschen	27 729	208	19 430	146	38 090	285	30 490	228	22 816	171
Flensburg-Land	10 548	140	7 154	95	15 997	212	19 864	264	14 860	197
Hzgt. Lauenburg	30 898	207	23 152	155	48 974	329	30 235	203	21 882	147
Nordfriesland	33 536	208	23 655	146	46 636	289	36 959	229	28 113	174
Ostholstein	38 068	204	26 676	143	57 807	310	37 020	199	26 853	144
Pinneberg	70 857	281	58 624	232	103 573	411	39 702	157	28 898	115
Plön	18 135	161	12 092	107	29 871	266	24 104	214	17 187	153
Rendsburg-Eckernförde	48 881	210	37 205	160	69 938	301	50 269	216	36 645	158
Schleswig	18 225	180	13 158	130	26 848	264	24 123	238	17 790	175
Segeberg	53 777	290	44 716	242	65 305	353	37 602	203	27 791	150
Steinburg	30 950	233	23 292	176	42 969	324	28 112	212	21 502	162
Stormarn	44 109	262	35 849	213	62 344	370	31 052	184	22 730	135
Schleswig-Holstein	686 341	267	552 796	215	952 487	370	495 425	192	287 070	152

1) ohne Nichtseßhafte und ohne solche, die nur einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen

2) Summe der Grundbeträge vervielfältigt mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz. Die Grundbeträge ergeben sich, indem man je Gemeinde die kassenmäßigen Einnahmen durch den jeweiligen Hebesatz dividiert und diesen Quotienten mit 100 multipliziert

3) nach Ertrag, Kapital und Lohnsumme

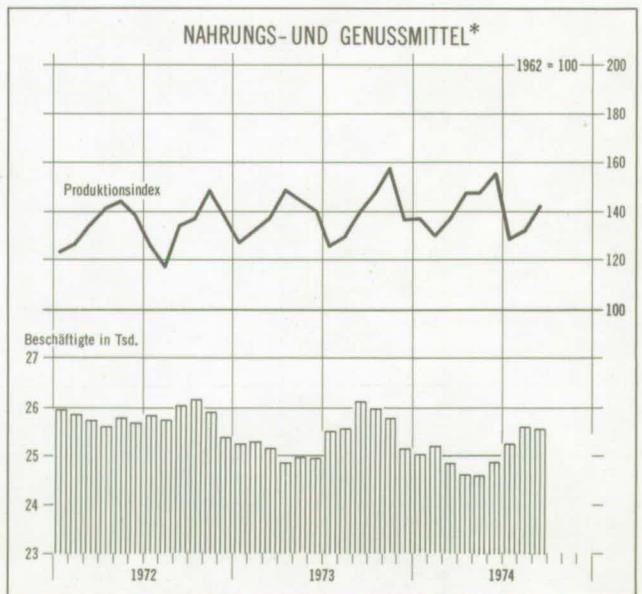
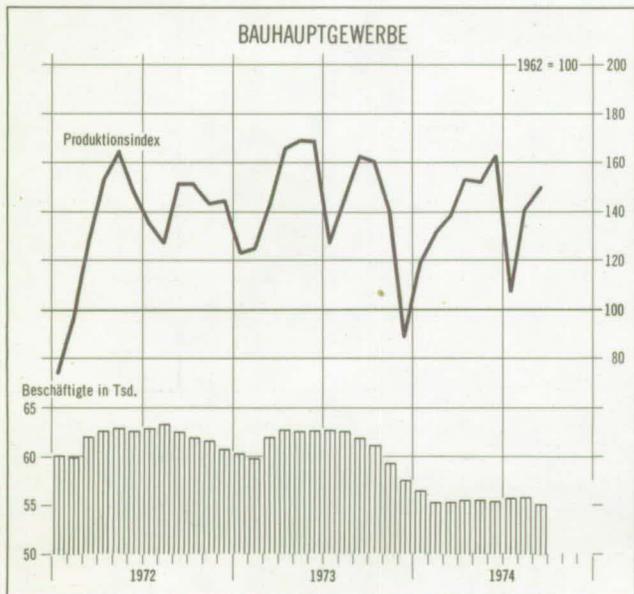
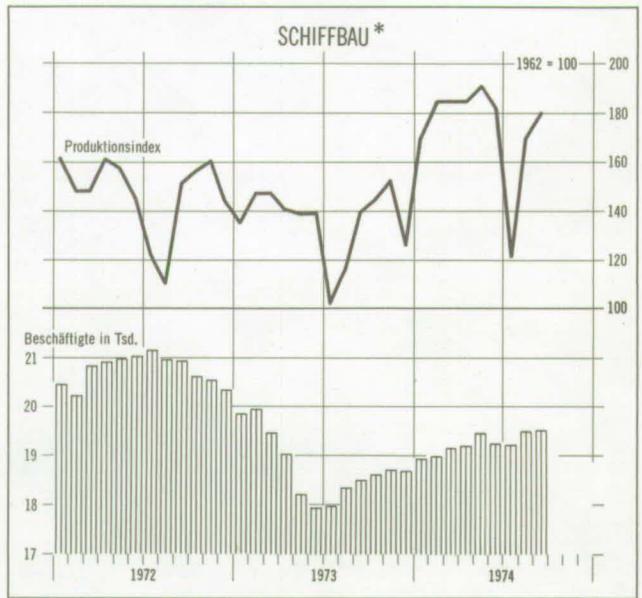
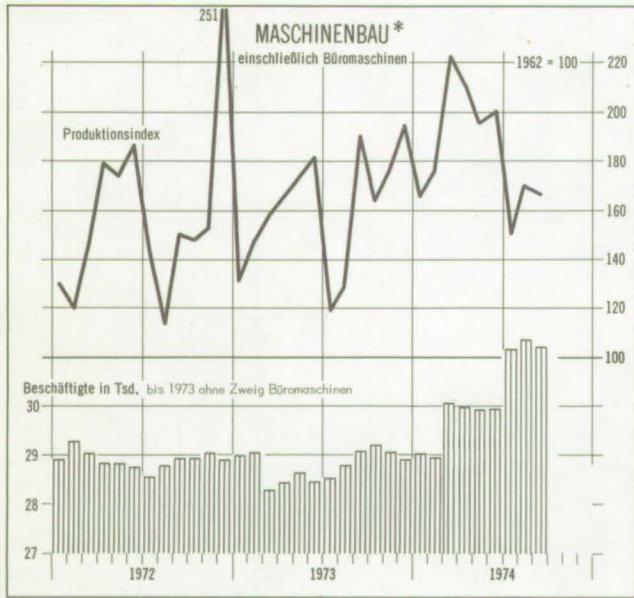
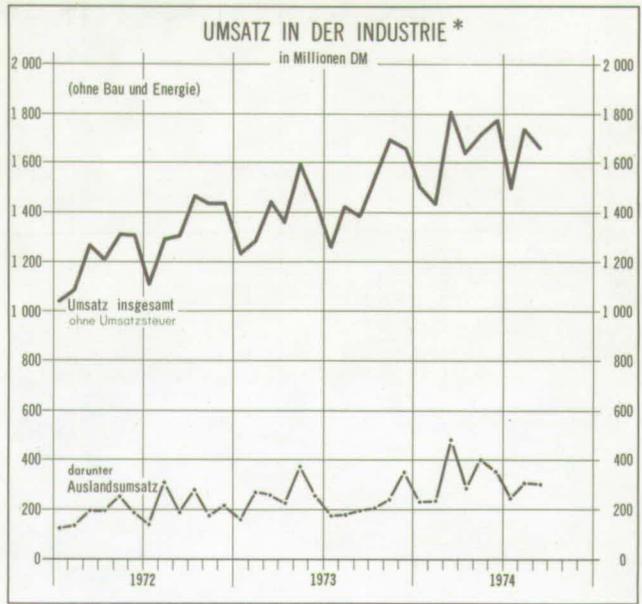
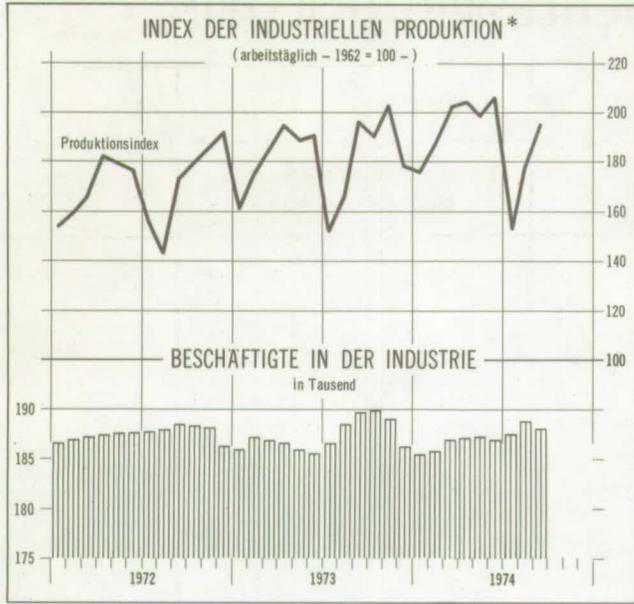
4) Realsteueraufbringungskraft abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach der Endabrechnung

5) kassenmäßige Einnahmen gemäß vierteljährlicher Finanzstatistik, für Ämter aus der Jahresrechnung

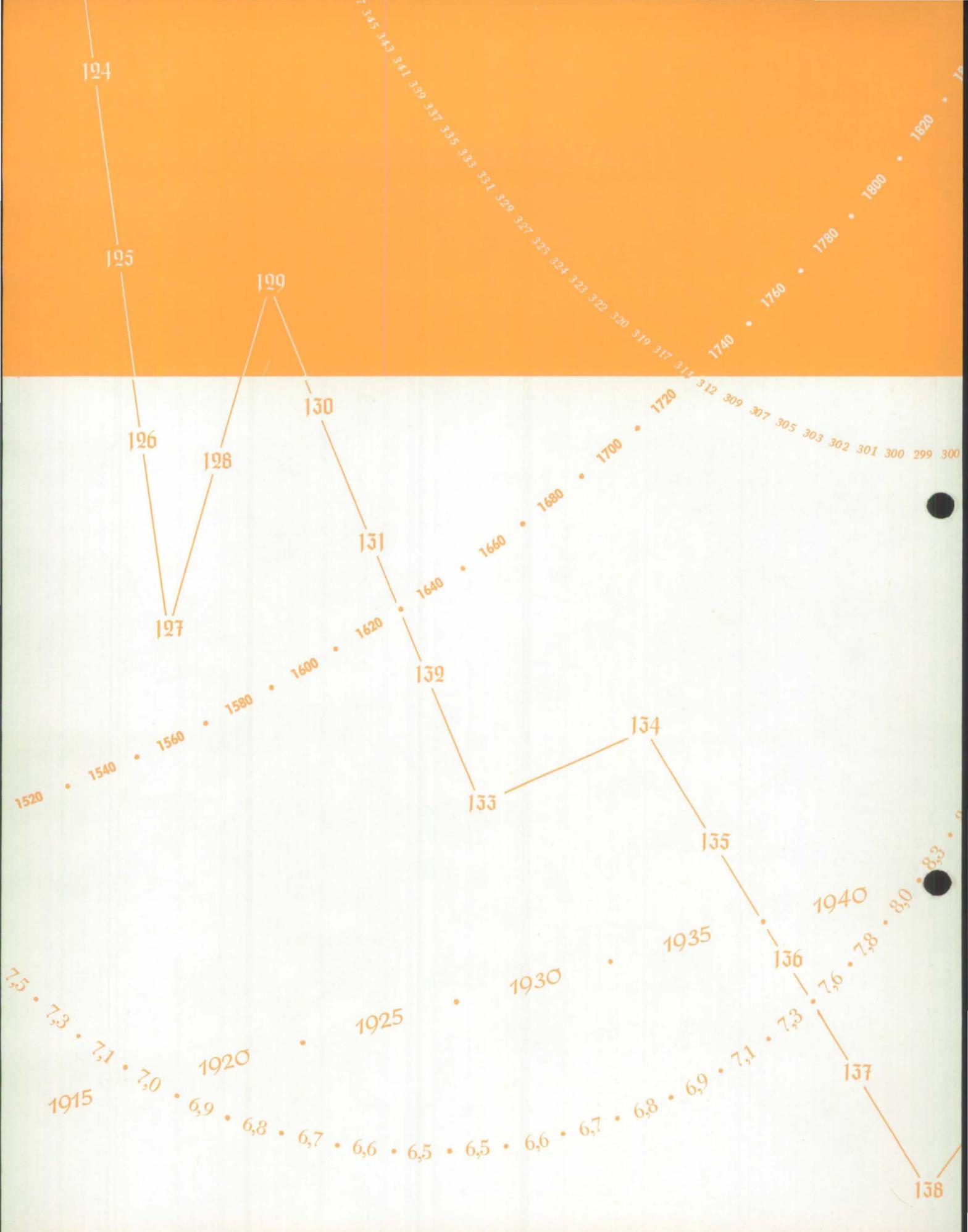
6) Bevölkerungsstand 30. 6. 1972

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen